

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: halbjährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 8 Pf., Samstagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnement: 1.10 Mk. pro Monat.
 Eingetragen in die Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter über deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 30 Pf., (zulässig 2 Zeilen gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 16 Pf., jedes weitere Wort 8 Pf., Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 4. April 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Kaiser wollte abdanken!

Aus Wien wird uns geschrieben:

Eine höchst rührende Szene soll sich Freitag im Schönbrunner Schloß zugetragen haben. Der Kaiser soll den ungarischen Ministerpräsidenten in den beweglichsten Wendungen gebeten haben, doch nachzugeben, weil er sonst... hier brach der kaiserliche Redner ab, weil ihn Graf Khuen-Hedervary daran hinderte, das Schreckliche auszusprechen, aber die „Geste“, die Franz Josef gemacht haben soll, war deutlich: sie besagte, daß er, wenn die Ungarn nicht nachgeben, abzudanken gezwungen wäre. Diese Möglichkeit erreichte den harten Sinn der ungarischen Regierung; Graf Khuen berief seine Ministerkollegen telephonisch zum Ministerrat nach Wien, wo ungesäumt beschlossen wurde, die Bitte des Kaisers zu erfüllen, nämlich auf die berühmte Resolution zu verzichten. Daraufhin ist der neue Vertrag zwischen König und „Nation“ in einem Handschreiben niedergelegt worden, in dem der Kaiser die „Nation“ auffordert, ihm das Regieren zu „erleichtern“, ihm also seine „konstitutionellen Herrscherrechte“ nicht weiter zu bestreiten, weil er sonst seinen Herrscherpflichten nicht nachzukommen vermöchte. Also bis auf weiteres: Alles gerettet!

Der Anlaß zu diesem merkwürdigen Vorgang, in dem die Kabinettsfrage der Kaiser stellt, ist noch in Erinnerung: es handelt sich um eine Resolution, die in Ungarn bei der Verhandlung der Wehrreform beschlossen hätte werden sollen und deren Sinn dahin ging, daß die Einberufung der Ersatzreservisten, die jetzt, wenn es „besondere Verhältnisse“ nötig machen, zulässig ist, nicht angewendet werden dürfe, wenn der Reichstag die gewöhnliche Aushebung der Rekruten verweigert hat. Das Rekrutenbewilligungsrecht der Parlamente geht nämlich in Oesterreich-Ungarn, wenigstens in der Theorie, recht weit: es muß nämlich nicht bloß jedes Jahr die Zahl der auszuhebenden Rekruten bewilligt werden, sondern alljährlich auch die Aushebung selbst; die jährliche Ergänzung der Armee ist also an ein alljährliches Gesetz gebunden. Nun hat die Erlangung dieser Bewilligung sehr oft ihre Schwierigkeiten: weil ja beide Parlamente nicht selten durch Obstruktion arbeitsunfähig gemacht werden. In Oesterreich hilft man sich dann mit dem § 14, mit einer sogenannten kaiserlichen Verordnung, die an die Stelle des sonst nötigen Gesetzes tritt; in Ungarn, dessen Verfassung Ordonanzen ausschließt, muß man mit der Aushebung eben warten, hat schon einmal zwei Jahre warten müssen. In Ungarn ist auch der Fall denkbar, daß der Reichstag die Aushebung überhaupt verweigert, daß das betreffende Gesetz einfach abgelehnt wird, weil ja der berühmte Konflikt zwischen Krone und „Nation“ in Ungarn, wie man aus der Erfahrung weiß, sehr leicht praktisch werden kann. Wohl ist es in der letzten Vergangenheit zu einer unmittelfahren Ablehnung noch nicht gekommen; dennoch war der Konflikt unter der Regierung Fejervary-Kristoffy, die ganz eingeständenermaßen gegen den Reichstag regierte und sich von der offenen Niederstimmung immer nur durch eine Schließung des Parlaments retten konnte, nicht weit. Damals ist auch zur Füllung der Lücken, die durch den Mangel neuer Rekruten entstanden, die Einberufung der Ersatzreservisten erfolgt; offensichtlich eine Umgehung des Gesetzes, das unter den besonderen Umständen sicherlich nur besondere Umstände der auswärtigen und dadurch militärischen Lage meint, also die Verstärkung der Armee auf einen halben Kriegszustand im Auge hat, keineswegs damit ein Mittel beschleunigen will, um die Armeeverwaltung vom Parlament unabhängig zu machen. Um eben eine solche Auspielung in Zukunft unmöglich zu machen, sollte jene Resolution, und zwar sollte sie in besonders feierlicher Weise von beiden Häusern des Reichsrats beschlossen werden. Praktisch hätte sich die Resolution natürlich nicht bewähren können, denn da jene Einberufung ein Akt der militärischen Befehlshaber Gewalt ist, der Gegenzeichnung der ungarischen Regierung nicht bedarf, so hätte die Resolution die Einberufung auch nie hindern können. Denn die Verweigerung der Rekruten wäre die Deklaration eines offenen Konfliktes, und in einem solchen Konflikt würde sich die Krone von einer Resolution, die für sie selbst Rechtskraft nicht beansprucht, sie auch nicht bindet, natürlich nicht hindern lassen, zu tun und zu verfügen, was sie für richtig erachtet. Aber weil der Resolution eine praktische Bedeutung nicht zukam, war sie umso mehr eine Demonstration; freilich nicht gerade gegen den Kaiser, weit mehr im Hinblick auf die Zeit, die nach ihm kommt.

Ursprünglich dürfte Graf Khuen-Hedervary die Geschichte mit der Resolution ausschließlich zu dem Zwecke ersonnen haben, um in ihr der Oppositionspartei einen Preis für das Aufgeben der Obstruktion zu bieten. Auch unterliegt es keinem Zweifel, daß der Kaiser gegen die Resolution zuerst nichts eingewendet hat; er mag, was bei dem alten Mann kein Wunder ist, dem Grafen Khuen, dessen Absicht keineswegs auf eine Einigung der Kronrechte in Ungarn ausgeht, soweit vertraut haben, daß er ihm nichts vorschlagen werde, was geeignet wäre, seine Befugnisse über das geltende Recht hinaus einzuschränken. Der Konflikt entstand erst, als sich der Thronfolger ins Mittel legte, der nicht mit Unrecht annahm, daß die Resolution vornehmlich gegen ihn zielt, von dem die

Sage geht, daß er sich nicht nur nicht bemühen werde, Konflikte mit Ungarn zu vermeiden, viel eher beklissen sei, sie herbeizurufen. Auf das Geheiß vom Belvedere rückte auch der gesamte schwarzgelbe Heerbann aus: die patriotische Wiener Presse, die österreichische Regierung und, namentlich, der gemeinsame Kriegsminister, der als das eigentliche Exekutivorgan der Belvedere-Ansichten anzusehen ist. Selbstverständlich wurde auf diese Weise die Resolution auch für den Kaiser unannehmbar und das Ergebnis war die Demission der ungarischen Regierung. Nun kam Khuen am Freitag nach Wien, um dem Kaiser zu melden, daß er keine Aussicht sehe, die Krise einer Lösung zuzuführen. In dieser Audienz soll sich nun die Szene abgespielt haben, die alles umgestürzt hat. Während bis dahin die ungarische Regierungspartei auf dem Standpunkt zu verharren schien, und zwar sehr nachdrücklich zu verharren schien, daß von jener Resolution nicht abgegangen werden könne, ist daraufhin von dem nach Wien telephonisch einberufenen ungarischen Ministerium der bedingungslose Verzicht auf die Resolution beschlossen worden, so daß die Regierung Khuen von neuem ernannt werden konnte. Die Schilderung der Szene geht ersichtlich von Khuen selber aus und ist so kostbar, daß sie verdient, im vollen Wortlaut genossen zu werden. Danach habe der Kaiser, wenn Khuen nicht nachgebe, mit der Abdankung gedroht, und zwar verließ das Gespräch zwischen dem Kaiser und seinem Ministerpräsidenten folgendermaßen:

Der Kaiser: Sie wissen, ich war immer konstitutionell gesinnt. Ich habe den Aufschwung und das Emporblühen Ungarns immer mit Freude gesehen und Ungarn hatte nie einen besseren Freund als mich. Ich bin sechzig Jahre auf dem Thron und fünf- undvierzig Jahre konstitutioneller König von Ungarn. Jetzt aber will man mir plötzlich meine Herrscherrechte antastet, man will mir meine Rechte nehmen, man tritt mir mit Nivirauen entgegen. Wenn diese Resolution nicht beseitigt wird, so bleibe mir — Sie kennen ja die Verhältnisse — nichts anderes übrig, als...

Der Kaiser machte hier in sehr bewegter Stimmung eine Handbewegung.

Graf Khuen-Hedervary erhob sich von seinem Stuhl und rief: „Majestät, um Gottes willen!“

Der Kaiser: Das ist nicht der Moment für Sentimentalitäten — es ist nun einmal so. Ich habe mir die Sache reiflich überlegt. Mir bleibt nichts anderes übrig. Damit müssen Sie unbedingt rechnen. Die Resolution muß aus der Welt geschafft werden, und das muß rasch geschehen, das muß gleich geschehen, sonst ist es zu spät.

Der Kaiser war tief bewegt, als er diese Worte sprach: Graf Khuen erhob sofort die Wichtigkeit des Augenblicks und sagte, daß er den Beschluß des Ministerrates binnen vierundzwanzig Stunden unterbreiten werde. Erschüttert verließ Graf Khuen den Audienzsaal.

Unter dem Eindruck des Ereignisses beschloß das Kabinett dann, die Resolution fallen zu lassen.

Ungemein rührend, nicht? Die Schwarzgelben sind auch sehr gerührt, aber im Innern mögen sie wohl denken, es sei doch recht eigentümlich, daß ihr „guter Kaiser“ sie verlassen wollte, weil er mit den Ungarn in Krieg geraten sei. Dabei sie auch daran denken werden, was für ein Gewächs jene Wehrheit des ungarischen Reichstages ist, vor der der Kaiser kapitulieren wollte — denn vom dynastischen Standpunkt wäre die Abdankung nichts anderes —, daß sie ein Produkt des erbärmlichsten Wahlprivilegs, der gemeinsten Korruption und des elendesten Wahlschwindels ist. Und vielleicht auch denken, daß während des Konflikts gar gräßlich bramarbasiert worden ist, jener verstoßenen Wehrheit nicht weniger als die Verschmierung durch die Wahlrechtsbewegung angebroht ward. Und vielleicht werden sie am Ende so feherisch und meinen, wenn ein Kaiser abdankt, weil er mit einem Parlament in Konflikt kam, könnte sich auch die allgemeine Erwägung einstellen, ob man überhaupt einen Kaiser braucht... Bei dem alten Ranne, der mit zweiundachtzig Jahren in Oesterreich-Ungarn regierte und diese Staaten der ewigen Fragen in Ordnung halten soll, sind solche Regungen nicht unbegreiflich. Der Unverstand liegt vielleicht darin, daß man einen alten Mann, dessen Lebens- und Geisteskraft von der Last der Jahre natürlich nicht unberührt geblieben ist, dazu zwingt, immer weiter zu regieren, obwohl das Regieren hier zu Lande seine großen und sicheren Schwierigkeiten aufgibt, denen zweiundachtzig Jahre nicht selten hilf- und ratlos gegenüberstehen werden. Aber daß man derlei Ausdrücke des Unmutes aller Welt erzählt, und zwar zu dem Zwecke erzählt, um sich im Parlament eine bessere Situation zu schaffen, ist wieder ganz wunderbar.

Aber warum hat die Möglichkeit, der alte Kaiser könnte abdanken, die Welt gar so erschüttert? Es würde doch das Chaos dann nicht hereinbrechen, es würde einfach ein anderer Kaiser kommen, und den würden die Völker mit derselben Inbrunst zu lieben haben und würden mit derselben Innigkeit versichern, daß sie ihn lieben; woher und warum dennoch das allgemeine Erschrecken? Schließlich kann Franz Josef nicht ewig regieren; warum sollte es also nicht auszuhalten sein, daß er mit zweiundachtzig Jahren das Regieren aufgibt? Sollte in dem Erschrecken nicht am Ende ein bißchen Furcht vor dem Sein, was danach kommt? Sicher ist, daß das Erschrecken, Franz Josef könnte abdanken, für Franz Ferdinand nicht gerade schmeichelhaft ist...

Die Bergarbeiterbewegung.

Die Einigung im nordwestböhmischem Bergarbeiterstreik.

Aussig, 2. April. Heute fanden in Turn im Hause der Union der Bergarbeiter Verhandlungen zwischen dem Streikkomitee und dem Sektionschef Homann vom Ministerium für öffentliche Arbeiten statt. Dieser übermittelte dem Streikkomitee die Zugeständnisse der Werksbesitzer, mit denen er gestern in Aussig konferiert hatte. Nach längeren Beratungen wurden diese, wie folgt, festgesetzt: Lohnerhöhungen, verschieden nach den einzelnen Schächten, von 10 bis 30 Heller pro Schicht. Hinsichtlich der Alterszulage wird diese für Arbeiter, die zwei Jahre auf einem Schachte arbeiten, von 4 auf 8 Kronen monatlich erhöht, bei fünfjähriger Arbeit von 6 auf 8 Kronen und bei zehnjähriger Tätigkeit von 8 auf 10 Kronen. Ledige Arbeiter erhalten, wenn sie die gleichen Fristen auf einem Schachte gearbeitet haben, die Hälfte dieser Zulagen; bisher hatten sie solche überhaupt nicht. Die übrigen Forderungen werden die vom Parlament dieser Tage beschlossene Enquete beschäftigen, wie Sektionschef Homann versprach.

Daraufhin beschloß das Streikkomitee, den Streikenden den Vorschlag zu unterbreiten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es ist ein von den Unternehmern gestelltes Verlangen, daß die Arbeit am Donnerstag, den 4. April, wieder beginnt. — Morgen finden im ganzen Bezirk Versammlungen statt, denen folgende Resolution vorliegen wird:

„In der Einigungskonferenz, die am 2. April seitens des Streikkomitees der verbündeten Organisationen einerseits und dem Sektionschef Herrn Homann vom Ministerium für öffentliche Arbeiten — dieser als Bevollmächtigter der Unternehmer — andererseits, in Turn tagte, haben sich beide Teile in den grundlegenden Punkten auf die seitens der Unternehmer gemachten Zugeständnisse geeinigt.“

In Konsequenz dessen empfiehlt das Streikkomitee nach gewissenhafter Prüfung aller Umstände den Belegschaften in den Revier-Vergamtsbezirken Komolau, Bräu und Kepsitz, eingedeckt des Streikens, Solidarität und Disziplin zu wahren und Donnerstag früh, das ist am 4. April, die Arbeit wieder aufzunehmen. Diejenigen Forderungen, die derzeit unerfüllt geblieben sind, werden in allernächster Zeit, insbesondere aber die Frage des Minimallohnes, in der vom Parlament beschlossenen Enquete behandelt werden müssen.

In Erwägung aller dieser Umstände empfiehlt das Streikkomitee die seitens der Unternehmer gemachten Zugeständnisse den Bergarbeitern zur Annahme. Sektionschef Homann gab dem Streikkomitee die verbindliche Erklärung, daß er intervenieren wird, damit wegen dieses Streiks niemand aus der Arbeit entlassen wird.

Die erreichten Zugeständnisse werden detailliert auf jeder einzelnen Grube publiziert werden. Gleichwohl empfiehlt das Streikkomitee den Bergarbeitern, die Zugeständnisse sich durch den sofortigen Beitritt zu einer Gewerkschaftsorganisation zu sichern.“

Bräu, 3. April. Die Bergarbeiterversammlungen des hiesigen Reviers haben die Zugeständnisse der Vergamtsbesitzer angenommen und werden morgen den vollen Betrieb wieder aufnehmen.

Im Steinkohlenrevier von Klado in Böhmen wurden am Sonntag 40 Versammlungen abgehalten. Die Referenten, zum großen Teil Anhänger der gewerkschaftszersplitternden tschechischen Sozialdemokratie, mußten außer auf die Kapitalrechtschaffen der Regierung auch auf die Schwäche der Organisation hinweisen, so daß der Streik überall abgelehnt wurde.

Auch in Ostböhmen, in dem unweit von Trautenau gelegenen, an das mittelschlesische Kohlengebiet grenzenden Schwanowitzer Revier, haben die Arbeiter um Lohnherabsetzung (Minimallohn für Förderer 3 Kronen bis 4,50 Kronen) und die Achtstundenschicht nachgesucht und der Direktion Termin bis zum 9. April gestellt.

Streikjustiz.

Dortmund, 2. April. (Fig. Ver.)

Einem Mann ergreift der Gott, Wenn er betradet, wie die Niennigseelen, Die Duden, oft im Ueberflusse schwelgen

Und stolz herabsehn auf den Hungerleider, Der mit dem lezten Hemde unterm Arm Langsam und feuchend nach dem Heilhaus wandert.

D leht mir doch die Augen, fatten Leute, Wie sie mit einem Balde von Gefegen Sich wohlverwahrt gegen allen Andrang. Der schreitend überläßt den Hungerleider! Weht dem, der diesen Ball durchdrückt! Bereit sind Richter, Henter, Stride, Galgen.

So heißt es in Heines „Katzliß“. Inzwischen hat die kapitalistische Kultur weitere „Fortritte“ gemacht. Heute wird der Streik an sich schon schwer bestraft, allerdings aus Anlaß geringfügiger Streikvergehen! Wofür es sonst 10 Mark Geldstrafe gibt, dafür legt es leicht 2 bis 4 Monate Gefängnis, wenn der Streik im Hintergrund vorbeimarshiert! Darüber helfen keine Redensarten hinweg.

Am Dortmund Landgericht wurde erklärt, es müsse auf strengere Strafen (wie früher bei Streikvergehen) erkannt werden, weil die früheren Strafen nicht genügend gewirkt hätten! Das wurde wohl daraus gefolgert, weil es trotz der Strafen noch weiter Streiks mit ihren natürlichen Begleiterscheinungen gab! Da ja der Sozialdemokrat alle erdenklichen Schwierigkeiten bei ihrem Streben, durch die Ueberwindung des Kapitalismus die Klassenverhältnisse auszugleichen, bereitet werden und da mithin auch in Zukunft

Massenkämpfe und Streiks ausbrechen werden, können ja die Arbeiter noch was erleben! Da wird in Zukunft wohl für das Wort „Streikbrecher!“ oder für ein „Fui!“ zu lebenslänglichem Galgen oder gleich zum Tode verurteilt! Es kann ja aber auch anders kommen! Noch sind nicht alle Märgel vorbei —

Vor der Dortmunder Streikverbrecherkammer wurde auch der Ausdrück „Alter Kaplan“ zu einer Streikbrecherbeleidigung. In Verbindung mit einem zweiten Beleidigungsfall gab es drei Wochen Gefängnis. Das Gericht schloß zudem, daß der Angeklagte, weil er zweimal „beleidigt“ habe, die Absicht gehabt habe, jeden Arbeitswilligen zu beleidigen! — Was sagt man nun dazu? Als in einem anderen Falle der Staatsanwalt für die Ausdrücke „Quatsch“ und „Lump“ eine Woche Gefängnis abwog, hielt das Gericht dies auch wieder für zu wenig und es gab das Doppelte! Schon mancher, der sich festgebodet hat, wollte ja später gern zurück. Darum heißt es: Hüte dich vor dem ersten Schritt!

Der Koksarbeiter Krollo wski sollte einen Streikbrecher mit einem Stock geschlagen und ihn bedroht haben; zwei Zeugen, die bei dem Angeklagten waren, hatten nichts dergleichen bemerkt. Urteil: 2 Monate Gefängnis.

Ein jugendlicher Bergmann und eine Bergmanns Witwe hatten aus Scherz ein Palet aus Küchenabfällen mit einer „drohenden“ Aufschrift durch einen Jungen an einen Streikbrecher geschickt. Urteil: je 3 Wochen Gefängnis! Eine Woche mehr wie der Staatsanwalt beantragt hatte. Der Jugendliche hatte wegen dem Dreizehn Tage in Untersuchungshaft gesessen.

Als sich auf einem Marktplay in Dortmund Menschen anammelten, wurde der Play und die angrenzenden Straßen „gesäubert“. Niemand durfte im Flur oder vor seinem eigenen Hause stehen. Der Bergmann Malecki stand auch vor seinem Hause; die Straße war ziemlich leer. Als der Mann nicht gleich auf Anforderung hin verschwand, wurde er von einem Schutzmann in den Hausflur geschmissen und die Tür wurde zugemacht. Malecki wurde beschuldigt, den Polizisten mit einem Stock geschlagen zu haben. Der Angeklagte erklärte, daß er nur den Polizeihund gebissen habe. Der Polizist gab zu, daß der Hund den Mann in den Oberschenkel gebissen hat. Ein Kaufmann erklärte als Zeuge, es sei überhaupt aufgefallen, wie die Polizei auf dem Marktplay jeden Menschen geschlagen hätte, nur die anständiger gekleideten nicht! Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate, das Gericht erkannte auf 5 Monate Gefängnis! Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

In einem anderen Fall, in dem ein Streikender bei dem „schneidigen“ Vorgehen der Beamten und der Streikbrecher einen Revolver zog und im Gehen an ihm herum hantierte, um sich ein bißchen verteidigen zu können, wenn es ernst würde, wie er sagte, beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis und 20 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt meinte sogar, der Angeklagte könne von Glück sagen, daß er verhaftet worden sei, sonst wäre er vielleicht wegen Mord vor das Schwurgericht gekommen! Das Gericht konnte aber nur das „Verbrechen“ des Waffentragens erkennen, es blieb bei einer durch die Haft verbüßten Geldstrafe.

Der Krieg.

Vom tripartitanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 3. April. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Tobruj von gestern: Der Feind zeigte sich auch heute wieder, um die Arbeiten an dem neuen Fort zu stören. Er wurde jedoch mit beträchtlichen Verlusten durch die italienische Feldartillerie zerstreut. Die Italiener hatten keine Verluste.

Die Fortschritte des Banco di Roma.

Rom, 1. April. (Sig. Ver.) Wenn von verschiedenen Seiten dem Banco di Roma ein großer Teil der Verantwortung für den Krieg zugeschoben wurde, so gestehen sich die Vertreter der liberalen Bank darin, sie als ein beiseitiges Unternehmen anzustellen, dem ein so großes Gewicht gar nicht beizulegen ist. Schon im Jahr des Jahresberichtes des Verwaltungsrates des Banco ist nun dem hervorgeht, daß die Bank eine formidabelste und unterschätzende Finanzmacht darstellt. Gegründet wurde sie im Jahre 1858 mit einem Kapital von 3 Millionen; heute hat sie ein Kapital von 200 Millionen. Entsprechend sind nun auch die Geschäfte der Bank gewachsen. Sie betrug im Jahre 1900 nur 730 378 374 Lire und sind im Jahre 1911 auf die recht ansehnliche Summe von 27 Milliarden 651 Millionen gewachsen. Der Reinertrag des Jahres betrug rund 11 1/2 Millionen, so daß die zum Nominalwert von 100 Lire ausgegebenen Aktien 7 Lire Dividende erhalten. Die Bank arbeitet hauptsächlich mit liberalen Kapitalen unter starker direkter Einwirkung des Vatikans. Charakteristisch ist, daß in der letzten Versammlung der frühere liberale Abgeordnete und heutige Senator Santini seine Rede mit folgenden Worten schloß: „Wenn Verwaltungsrat des Banco di Roma meinen besondern Respekt; den heroischen Kämpfern in Tripolis meinen Glückwünsche. Wie konnte man in schärferer Synthese die Auffassung zum Ausdruck bringen, die in gewissen Kreisen über den Krieg herrscht? Verwaltungsrat und kämpfende Truppen in einer Umarmung von dem liberalen Senator umschlungen: so bestaunt man ja selbst die Aristokraten unserer Väter nicht zu sein!“

Die Revolution in China.

Rücktritt der provisorischen Regierung.

London, 3. April. „Times“ berichtet aus Shanghai: Nach einer lebhaften Debatte nahm die Nationalversammlung mit 20 gegen 10 Stimmen den Rücktritt der provisorischen Regierung an.

Ferner wurde mit 20 gegen 6 Stimmen beschlossen, den Sitz der Regierung nach Peking zu verlegen.

Peking, 1. April. (Melbung der Agence d'extrême Orient.) Sunghatsen hat heute an Juanfichai telegraphiert, daß eine Gefandtschaft Peking am 1. April verlassen wird, um in Peking die offizielle Mitteilung von Sunghatsens Rücktritt zu überbringen, außerdem hat Sunghatsen einen Tagesbefehl erlassen, in dem er den Rücktritt der Regierung des Südens anzeigt. Er sagt ferner, daß das Interesse von China es erfordert, daß die neue Regierung das Anleihenmonopol der vier Mächte bricht und soll Chang-Chao-Hi und seiner Politik hohes Lob.

Wieder eine Soldatenrevolte.

London, 3. April. Die „Morning Post“ meldet aus Shanghai: Die regulären Truppen von Tscheking, die kürzlich von Shanghai nach Hankau zurückgekehrt sind, haben gestern gemeutert und gedroht, die Wohnung ihres Generals niederzubrennen. Die Gänge von Hankau nach Shanghai sind mit Flüchtlingen überfüllt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. April 1912.

Die Deckung der neuen Militärvorlage.

Die Regierung berrät immer mehr, daß sie sich bei der Deckungsfrage der neuen Wehrvorlagen völlig von den Ansichten des schwarzblauen Blocks leiten läßt. Die neuen Wehrvorlagen werden 120 bis 130 Millionen Mark jährlich erfordern, und nur für etwa den vierten Teil dieser Summe soll Deckung durch die Umgestaltung des Branntweinsteuergesetzes geschaffen werden. Dabei auch die 30 bis 40 Millionen, die bei der „Aufhebung der Viebesgabe“ herauspringen werden, nicht etwa von den agrarischen Schnapsbrennern getragen, sondern durch Erhöhung des Spirituspreises aus den Konsumenten herausgepumpt werden!

Wie hatten während der Wahlkampagne alle Parteien den Mund davon voll genommen, daß, wenn es abermals zu einer Steigerung der Militärausgaben kommen werde, dann auch der Besitz sein rechtlich Teil dazu beitragen müsse. Von den 120 bis 130 Millionen, die der Militarismus künftig jährlich mehr verschlingen wird, soll nun aber nicht ein Fennig von den Besitzenden gezahlt, vielmehr alles von der kapitalistisch und steuerpolitisch ausgeplünderten breiten Volksmasse getragen werden!

Denn die Regierung deckt jetzt immer mehr ihre Karten auf. Sie erklärt nunmehr, daß das Jahr 1911 faktisch 213 Millionen „Ueberschuß“ gebracht habe, und daß diese Ueberschüsse zur Deckung der militärischen Mehrausgaben Verwendung finden sollen. Diese Ueberschüsse sind aber umgegründete Teile gerade von der nichtbesitzenden Klasse aufgebracht worden. Gaben doch die lebensmittelverzierenden Bölle allein ein Plus von 100 Millionen gebracht, ferner Zigarettensteuer, Fudersteuer, Branntweinsteuer, Leuchtmittel- und Bündholzfsteuer insgesamt ein Mehr von 60 Millionen. So sollen also die Nichtbesitzenden für die Kosten der künftigen Militärlasten aufkommen, wie sie ja auch bisher schon in allererster Linie und fast ausschließlich für die Rüstungsausgaben bluten mußten!

Uebrigens hat es mit dem Ueberschuß aus dem Jahre 1911 obendrein seine eigene Bewandnis. 213 Millionen sollen mehr eingebracht und deshalb für die neuen Militärausgaben disponibel sein. Dabei wird aber ganz vergessen, daß nach den Bestimmungen der Reichsfinanzreform eine bestimmte Schuldentilgung stattfinden sollte, und daß demgemäß im Jahre 1911 nicht weniger als 89,6 Millionen Schulden zu tilgen waren. In den Etat für 1911 aber war diese Schuldentilgung nur mit der Bedingung eingestellt, daß, falls faktisch Schuldverschreibungen auf gekauft würden, dann der Anleihekredit sich um den entsprechenden Betrag erhöhe! Soll also mit den Schuldentilgungsabsichten der Reichsfinanzreform Ernst gemacht werden, so würden von den 213 Millionen Ueberschuß von vornherein rund 90 Millionen abzuziehen sein, so daß nur noch 123 Millionen übrig blieben, ein Betrag also, der gerade zur Deckung der militärischen Mehrausgaben für ein einziges Jahr ausreichte!

Aber die Besitzenden wollen nun einmal nichts für jene militärischen Mehrausgaben zahlen, die der Reichstag in den nächsten Wochen bewilligen soll. Die Junker wehren sich mit Säbeln und Jähnen gegen die Erbschaftsteuer, und schließlich wird sich auch das mobile Kapital dabei beruhen. Wenn die ausgeplünderten Volksmassen die Prämie für das weltpolitische Risiko bezahlen, so hat schließlich auch der Bankier, der Großkaufmann oder der Schlotbaron nicht allzuviel dagegen einzuwenden!

Jugendpflegerische Illusionen.

Der berühmte Reichsverbandsgeneralissimus, Generalleutnant a. D. von Liebert, veröffentlicht im „Tag“ einen Artikel über „Vaterländische Arbeitervereine“, der in charakteristischer Weise die Methoden kennzeichnet, durch die die Arbeiterjugend demoge der nationalen Jugendpflege zu Hurrapatriotismus und welt-politischer Kolonialbegeisterung ertragen werden soll.

Der Begriff Klassenkampf soll den Arbeitern als sinnlose Illusion, als Phantom erwiefen werden. In den Proletariaten soll wieder „Friedlichkeit, Frohsinn und Stolz auf ihren Beruf“ erweckt werden. Sie sollen sich wieder „wohl fühlen bei der Arbeit und nach der Arbeit durch Lesen, Vereinnahmungen mit Aussprachen und Vorträge über Gegenstände aus ihrem Fachkreise“. Vor allem sollen sie aus der „gemeinen materialistischen Weltanschauung“ der Sozialdemokratie wieder zum „Idealismus, zu den Idealen der Religion, des Vaterlandes, der Monarchie, der Heiligenverehrung“ zurückgeführt werden!

Wägen recht viele den Versuch machen, sich mit den Arbeitern direkt in Verbindung zu setzen und sie für diese Dinge zu begeistern. Es dürfte kaum ein Versuch schicksaligen, unsere Arbeiterbevölkerung lehnt nach Idealen, Höherem, über das alltägliche Leben hinausgehendem. Besonderen Dank erntet derjenige, der dem Volke von den Schönheiten der Heimat, von der Erziehung der Kinder zur Heimatliebe, von der Freude des Wanderns und von dem Hinausziehen der Familie in Wald und Flur anschaulich zu erzählen versteht. Eine Stufe weiter führt dann die Phantasie zu fernem Ländern mit ihren tropischen Reizen und Wundern, im einzelnen zu unseren deutschen Kolonien mit der dort sich entwickelnden Arbeit und deren Erfolgen. An der Hand derartiger Vorträge und Unterhaltungen muß sich bei den Arbeitern ganz von selbst das Gefühl einstellen, daß sie freie Bürger sind, denen dieselben Rechte zustehen wie den Wohlhabenden und Reichen, und daß es keines Klassenkampfes bedarf, um sich eine normale Stellung im Leben und im Staate zu schaffen.

Wir fürchten, daß die Spekulationen des Reichsverbandsgeneralissimus völlig verfehlt sind. Denn die Befriedigung des Naturgefühls durch Ausflüge in die freie Natur liegt auszufolge im Wesen des Großstadtproletariats begründet und ist durch die Sozialdemokratie jederzeit allgütiger berücksichtigt worden, als daß die „vaterländischen“ Arbeitervereine dazu noch irgend etwas beizutragen vermöchten!

Die kolonialpolitische Ausbeutung des Naturgefühls und der Begeisterung für die tropischen Naturwunder aber läßt sich doch nicht so einfach bewerkstelligen, wie Herr Liebert sich das einzubilden scheint. Denn die natur sinnige Vegetation für die Wunder der Tropennatur steht ja gerade im schärfsten Kontrast zu den kolonialpolitischen Bestialitäten, die von den kapitalistischen Kolonialausbeutern aller Kolonialstaaten verübt worden sind und tagtäglich verübt werden! Die klassenbewußte Arbeiterschaft ist demnach nicht mehr so naiv, sich durch kolonialpolitische Traktanden eine Welt vorzuspiegeln zu lassen, die in Wirklichkeit nicht existiert. Im Gegenteil: wenn schon Herrenmenschen ohne jeden philantropischen Einschlag sich je länger je mehr orientierten über die brutale, kanakbarbarische Verwüstung des zoologisch und ästhetisch so außerordentlich wertvollen Wildbestandes unserer Kolonien, so muß die objektive Darstellung des kapital-

istischen Kolonialausbeutungssystems erst recht jedem denkenden Proletarier die aufpeitschende Tatsache zu Bewußtsein bringen, daß die koloniale Romantik unserer imperialistischen Propagandisten im schreiendsten Widerspruch steht zur kolonialen Wirklichkeit.

Wenn auch solche Darstellungen auf unsere herrschende Klasse ohne jeden Eindruck bleiben mögen, so heißt doch unsere ausgebeutete Klasse Gefühl und Verstandnis genug für das Absehen der nationalen und der internationalen weltpolitischen Ausbeutung, um den primitiven Versuchen, auch innerhalb der Arbeiterklasse eine weltpolitische Begeisterung zu entfachen, leicht zu widerstehen!

Ein Generalmajor gegen die neue Wehrvorlage.

In der fortschrittlichen „Breslauer Morgenzeitung“ läßt sich deren militärischer Mitarbeiter, der General von Wartenberg, über die neue Wehrvorlage wie folgt äußern:

Allgemeiner Zustimmung hatte sich auch in Deutschland Sir Edward Grey, der Leiter der auswärtigen englischen Politik, erfreut, als er in der Karoff-Debatte im englischen Parlament von der deutschen „Riesenarmee“ sprach, die uns das Übergewicht auf dem europäischen Kontinent verschaffe. Kaum eine Woche später ist mit einem Male diese Riesenarmee in den Augen der Konservativen und Nationalliberalen so kümmerlich geworden, daß sie ihrer Aufgabe nur genügen kann, wenn sie erheblich vermindert, wenn, wie jetzt in der veröffentlichten Wehrvorlage gefordert wird, ihre Friedenspräsenzstärke um mehr als 30 000 Mann erhöht wird. Trotzdem das deutsche Heer schon längst viel stärker ist, als es zu sein braucht, soll es entfehlende Lücken haben, die uns sehr bald in schlimmste Lage bringen können, wenn sie nicht schleunigst ausgefüllt werden.

Was hat sich denn nun aber seit der kritischen Zeit des vorigen Sommers zugetragen, das eine Erhöhung unserer Friedenspräsenzstärke um 30 000 Mann und des Ausgabenetats des Reiches um 100 Millionen jährlich erforderlich macht? Nicht das geringste. Die „Riesenarmee“ besteht auch heute noch ungeändert. Zum anderen ist nicht einzusehen, warum unsere Flotte jetzt weniger fähig wäre, im Verein mit der Küstenbefestigung die deutschen Küsten und Häfen wirksam zu verteidigen, als im vorigen Jahre. Allerdings haben unsere Gegner inzwischen sehr eifrig den Bau neuer Kriegsschiffe betrieben. Aber hat man denn im Reich etwa die Hände in den Schoß gelegt? Ein Kriegsschiff nach dem anderen haben auch wir auf Grund des letzten aufgestellten Flottenplanes inzwischen vom Stapel gelassen. Und wenn Frankreich uns neuerdings das Gesicht der Vermehrung seiner Flotte wieder einmal an die Wand gemalt hat, so hat dies bei seinem Uebermaß, sie auszufüllen, ebenso wenig zu bedeuten, wie das im ersten Artikel erwähnte drohende Geschrei der vom Kriegsmilitär Willens und hypnotisierten Zuschauer auf der Parade von Vincennes. Wer in Frankreich die Dinge nur einigermaßen nüchtern zu beurteilen vermag, wird alles daran setzen, daß es nicht zu einem Kriege mit uns kommt, daß seine Landleute unsere Ueberlegenheit weiter respektieren.

Nein, unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit, Deutschland gegenwart und Zukunft zu schützen, ist die neue, alle ihre zahlreichen Vorgängerinnen seit 1887 in den Schatten stellende Wehrvorlage nie und nimmer zu begründen.

Sie läßt sich aber sehr wohl aus dem persönlichen Eigennut derer erklären, die sie in den Reichstagsverhandlungen im November des verflochtenen Jahres angriff, und der anderen, die den unseligen Gedanken mit unerhörter Fribolität aufgetragen haben, um ihn zu verwirklichen. Nur damit neue glänzende persönliche Geschäfte gemacht werden können, sollen die deutschen Wäcker wieder alljährlich mehr als hundert Millionen hergeben. In richtiger Beleuchtung zeigt die Kimmertatten die Flut von Sensationen, die in der Presse der endgültigen Abreise des deutschen Kaisers nach Karu voranging, und die an der Börse ein erneutes Fallen der Kurse bewirken sollten und auch bewirkt haben.

Der General von Wartenberg ist militärischer Mitarbeiter an verschiedenen liberalen Zeitungen. Da seine Artikel immer von der fortschrittlichen Presse als von einer militärischen Autorität stammend bezeichnet wurden, darf man jetzt gespannt sein, wie sich die liberalen Blätter dazu verhalten werden. In der Hauptsache haben sich die fortschrittlichen Blätter bis jetzt nur mit der Deckungsfrage beschäftigt und deshalb wird ihnen der Artikel ihres militärischen Sachverständigen einige Kopfschmerzen bereiten. Im übrigen bestätigt der General von Wartenberg nur das, was die sozialdemokratische Presse schon immer behauptet hat.

Die bayerische Regierung und das Jesuitengesetz.

Herr v. Bethmann-Hollweg kündigt auf die Angelegenheiten liberaler Blätter an, daß er über die eigenartige Interpretation des § 1 des Jesuitengesetzes durch die bayerische Regierung die besamten Erwägungen anstellen lassen wird. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ bringt nämlich an der Spitze ihrer Nr. 80 folgende Notiz:

Nach Mitteilungen der Presse hat die bayerische Regierung neuerlich Bestimmungen über die Handhabung des § 1 des Jesuitengesetzes erlassen. In einem Teil der Presse wird daran die Behauptung geknüpft, daß diese Bestimmungen mit dem Sinn des Reichsgesetzes und der dazu ergangenen Beschlüsse des Bundesrats in Widerspruch länden. Ob das der Fall ist oder nicht, wird Gegenstand der Prüfung für diejenige Stelle sein müssen, welche verfassungsmäßig zur Ueberwachung der Ausführung der Reichsgeetze berufen ist.

Österrische Wahlpraktiken.

Im Wahlkreise Labiau-Behlau wurde kurz vor der Stichwahl einer Anzahl Arbeiter von den Konservativen Geld angeboten, um sie zu bewegen, konservativ zu stimmen. Gegen eine Reihe dieser Stimmenläufer ist Strafanzzeige bei der Staatsanwaltschaft in Königsberg erstattet worden. Nun scheinen zwar die gesetzlichen Bestimmungen über Wahlstimmenlauf dem Laien durchaus klar und verständlich zu sein, nicht aber den Staatsanwälten, denn die Staatsanwaltschaft in Königsberg hat bisher nicht vermocht, einen der konservativen Gesetzgeber zu fassen. Die Verfahren wurden meist bald eingestellt, zum Teil mit Begründungen, die recht interessant sind. So heißt es in der Antwort der Staatsanwaltschaft auf die Anzeigen gegen den Gemeindevorsteher Walter in Dettmitten wegen Stimmenlaufs:

„Ich habe das Verfahren eingestellt. Der Beschuldigte hat vor der Reichstagswahl mit dem Arbeiter Friedrich Verhältniß darüber gesprochen, wie dieser und seine sozialdemokratischen Parteigenossen in der Stichwahl wählen würden, ihm auch zugeordnet, für den konservativen Kandidaten zu stimmen und unter seinen Parteigenossen zu stimmen und unter seinen Parteigenossen in gleichem Sinne zu agitieren. Er hat ihm dabei eine Vergütung von 4 bis 5 M., die nach der Wahl gezahlt werden sollte, in Aussicht gestellt.“ Nach der Behauptung des Beschuldigten sollte dies eine Vergütung für die gewünschte Agitationsarbeit Verhältniß sein, während Verhältniß (also der Zeuge!) die Sache so aufgefaßt hat, daß ihm das Geld für den Fall zugesagt sei, daß er selbst entweder seine Stimme dem konservativen Kandidaten gebe oder sich der Abstimmung enthalte. Ob das eine oder das andere zutrifft, kann dahingestellt bleiben...“

Gewöhnlich wird auf die beeheten Jüngenaussagen vor Gericht sehr großer Wert gelegt und der größte Teil der Verurteilungen stützt

sch auf solche Aussagen. In diesem Falle dagegen wurde die Ansicht des Zeugen nicht weiter gewürdigt, denn sonst hätte das Verfahren kaum eingestellt werden können.

Auf eine andere Anzeige wegen Stimmenkaufs, die gegen den Gutsbesitzer Scheller in Schellen gerichtet war, schreibt der Staatsanwalt:

Ich habe das Verfahren eingestellt. Der Beschuldigte hat seinem Räumlichen Kuhn vor der Reichstagswahl 5 M. gegeben (1.), seiner Behauptung nach aber nicht, um hierdurch die Wahlstimme Kuhn zu kaufen, sondern zu dem Zwecke, daß Kuhn unter den anderen Leuten zugunsten des konservativen Kandidaten agitieren und etwaige Auslagen, die ihm dabei entstünden, von dem Gelde decken. Nach der Bekundung Kuhn hat der Beschuldigte ihm bei der Gelegenheit auch weitere 10 M. in Aussicht gestellt für den Fall, daß er mit dem Agitieren bei den anderen Leuten Erfolg haben sollte, diese also wirklich den Oberst a. D. v. Rastow wählen würden. Das Zugaben oder Gewähren einer Vergütung für agitatorische Tätigkeit ist nicht strafbar. Selbst wenn Kuhn — wie es augenscheinlich in der Ansicht des Beschuldigten lag — das Geld teilweise dazu verwendet hätte, den anderen Leuten im Gasthause Getränke zu bezahlen, um sie dort zusammenzuhalten, und mit ihnen von der Wahl zu sprechen, wäre darin Stimmenkauf und Anstiftung dazu noch nicht zu finden.

Wenn die Behauptung eines des Stimmenkaufs Angeklagten, er habe die Wähler, denen er Geld angeboten hat, keineswegs bestochen, sondern nur zum Agitieren bewegen wollen, ohne weiteres als Beweis für Unschuld gilt, dann wird nie im preussischen Kulturstaat je und jemals wegen Stimmenkaufs bestraft werden können.

Der Junker Raab e.

Die Junkerpartei über den Wahlfall im Reichstagswahlkreis Kalau-Ludau in Preußen. Diese Wahl am Dienstag auf dem Auktionsplatz in Kalau zum Ausbruch. Der Bürgermeister von Jüterbog bemängelt die unübersichtliche Aufstellung des Etats und wünschte eine Vereinfachung der Prüfungskommission durch zwei Kreisratsmitglieder. Dieses Bescheidme verlangte brachte den Landrat und die agrarische Mehrheit des Kreisrates in Hornisch. Der Landrat v. Raab, ein Neffe des Landesdirektors der Provinz Brandenburg und früherer Vertreter des Kreises Kalau-Ludau, v. Raab, troffen, meint, es sei sehr zu bedauern, daß sein Oheim nicht zugegen sein könne, um eine scharfe Zurückweisung wegen des Wahlhandels zu bekommen zu können. Im Verlaufe der weiteren Verhandlungen kam es noch mehrfach zu Zusammenstößen zwischen der städtischen Minderheit und der agrarischen Mehrheit. Die Mehrheit ließ u. a. den Zuschuß von 6000 M., der bisher regelmäßig für die Realchule in Jüterbog bewilligt worden war. Außerdem wurde die Kreissteuer um 10 Proz. erhöht, obwohl der Kreis über ein Vermögen von 500 000 M. verfügt, also eine Erhöhung nicht nötig gewesen wäre. Der national-liberale Kandidat bei der letzten Wahl, Kommerzienrat Coswig, Jüterbog, wies besonders auf diese Lasten hin und ersuchte, die Erhöhung schon um deswillen abzulehnen, da die meisten Gemeinden ihren Etat bereits auf der Grundlage der nicht erhöhten Kreissteuer in Ordnung gebracht hätten. Es war vergeblich. Die Erhöhung wurde beschlossen ohne Rücksicht darauf, wie sich die Gemeinden einrichten.

Die Fleischpreise steigen weiter.

Nach der amtlichen Statistik, die über die Durchschnittspreise von 50 Hauptmarkorten Preußens geführt wird, sind die Fleischpreise in der ersten Hälfte des März dieses Jahres im Vergleich zur zweiten Hälfte Februar noch weiter in die Höhe gegangen. Das Rindfleisch liegt pro Kilogramm von 109,5 auf 170,1 Pf., das Kalbfleisch von 188,8 auf 180,9, das Hammelfleisch von 178,6 auf 174,1, das Schweinefleisch von 145,2 auf 146,8, der Schinken beim Verkauf im ganzen von 245,3 auf 246,0, im Durchschnitt von 243,2 auf 244,1, Speck von 168,3 auf 168,7 Pf.

Oesterreich-Ungarn.

Der Absolutismus in Kroatien.

Agam, 3. April. Das Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung des Baron Cuvaj zum königlichen Kommissar für Kroatien und Slavonien. — In einer Bekanntmachung erklärt der königliche Kommissar, infolge dieser allerhöchsten Entscheidung werde die Tätigkeit des autonomen gesetzgebenden Körpers eingestellt; hiermit würden auch alle Vorbereitungen für die Wahlen zum Landtag unterbrochen. Er erwarte die Unterstützung aller jener lokalen Elemente, denen der Fortschritt und das Gedeihen des Vaterlandes am Herzen liege. Wo er aber bei Durchführung seiner Aufgabe auf Widerstand stoßen sollte, werde er kraft seiner Stellung nachdrücklich alle Maßnahmen anwenden, die ihm als königlichen Kommissar zu Gebote ständen.

Eine Verordnung des königlichen Kommissars verfügt die Präventivzensur für die Presse und Neuankömmlinge der verantwortlichen Redakteure. Eine zweite Verordnung setzt das Gesetz über das Versammlungsrecht provisorisch außer Kraft. Eine dritte Verordnung legt das Volkswesen in die Hände der Landesbehörden und verfügt die Errichtung königlicher Polizeikommissariate im ganzen Lande.

Italien.

Ferri in Gonzaga gewählt.

Rom, 1. April. (Sig. Ver.) Wie vorausgesehen war, ist Professor Enrico Ferri bei der Erziehung von Gonzaga mit 4570 Stimmen wiedergewählt worden. Die Sozialisten enthielten sich der Abstimmung, und die Konservativen und Liberalen haben zum großen Teil ihre Stimme dem Sozialisten zugewendet. Bei den letzten allgemeinen Wahlen, wo Ferri Parteikandidat war, erzielte er 4813 Stimmen und sein liberal-konservativer Gegner 2728. Die Wahlbeteiligung bei der gestrigen Wahl betrug nur 48 Proz.

Das Wahlergebnis von Alexandria.

Rom, 1. April. (Sig. Ver.) Die widerrechtlich proklamierte Stichwahl von Alexandria hat unter völliger Enthaltung der Sozialisten stattgefunden. Obwohl die Konservativen die ganze Woche über die heftigste Agitation getrieben hatten, ist es ihnen doch nicht gelungen, auch nur die beim ersten Wahlgang davongetragenen Stimmen zu behaupten. Die Zahl der für den konservativen Ferrero abgegebenen Stimmen betrug 150 weniger als am ersten Wahlgang.

England.

Budget und Flottenrüstung.

London, 2. April. Die Stelle der Rede des Schatzkanzlers Lloyd George, die die Flottenrüstungen betrifft, lautet im Wortlaut folgendermaßen: Niemand beklagt die ungeheuren Rüstungen mehr als ich. Sie sind eine Bürde für die nationale Lastkraft. Sie beschränken den Staat in seiner Tätigkeit für dringende soziale Bedürfnisse. Ganz bedeutende Werte, die für weit bessere Zwecke frei werden

würden, werden diesen durch die epileptischen Anfälle von Militarismus entzogen, die die zivilisierte Welt von Zeit zu Zeit befallen. So lange sie andauern, können wir nicht ruhen. Es hängt soviel von der Sicherung der absoluten Unverletzlichkeit unserer Küsten ab, daß wir, wenn wir irren, nach der Seite unserer Sicherheit hin irren müssen. Solange ich überzeugt bin, daß Churchill nur einen Etat verlangt hat, der, so hoch er sein mag, doch nur ein Minimum entspricht, das für unsere Sicherheit notwendig ist, und solange ich die Ehre habe, das Amt des Schatzkanzlers zu bekleiden, wird es meine Pflicht sein, alles zu tun, was ich vermag, die nötigen Deckungen zu finden, um jene Zwecke durchzuführen. Als ich den Finanzplan für das Jahr aufstellte, mußte ich jene sehr ernste Möglichkeit in Rechnung ziehen, auf die Churchill hingewiesen hat. Was sie bedeutet, darüber Vermutungen anzustellen, wäre verfrüht. Alles, was wir tun können, ist, die nötige Reserve zu schaffen. Deshalb schlage ich vor, den gesamten Ueber-schuß auf die Stärkung der Staatsbilanz zu verwenden. Wenn es sich am Jahresluß nicht als notwendig herausstellen sollte, ganz oder teilweise auf diese Reserve zurückzugreifen, so wird das Parlament die Lage, wie sie alsdann erscheinen wird, beurteilen, über diese Reserve verfügen und sie eventuell entweder ganz oder teilweise zur Schuldentilgung bestimmen. Als ich mich mit den Ausgaben für das Jahr 1912/13 beschäftigte, sagte ich mit Bezug auf den Flottenetat, daß ich eine bedeutende Ermäßigung für dieses Jahr in Aussicht genommen hätte, und ich gab dieser Hoffnung Ausdruck, als ich das Budget des letzten Jahres einbrachte. Es war nicht bloß der Ausdruck meines persönlichen Wunsches, sondern ich hatte zuvor mit dem Ersten Lord der Admiralität Rücksprache genommen. Dieser hatte damals die Hoffnung, daß sich für dieses Jahr eine bedeutende Ermäßigung und im nächsten Jahre eine noch bedeutendere würde durchführen lassen. Aber unglücklicherweise traten Bedingungen ein, über die wir keine Kontrolle hatten, und der Etat für dieses Jahr wurde bedeutend höher, als ich in Aussicht genommen hatte. Ich fürchte, daß die Aussichten, eine Einschränkung der Ausgaben in unserem Flottenetat vorzunehmen, nicht sehr glänzend sind, und wir werden allen Grund zur Freude haben, wenn wir dieses Jahr ohne wesentliche Erhöhung der Ausgaben und im nächsten ohne eine noch größere Erhöhung werden auskommen können.

Kosten Chamberlains beurteilte scharf die Vorschläge Lloyd Georges, den Ueber-schuß in die Reserve einzustellen anstatt ihn zur Schuldentilgung zu verwenden. Der Betrag übersteige weit die Summe, welche voraussichtlich in diesem Jahr auf der von Churchill aufgestellten Grundlage verlangt werden könnte, und die Einstellung der Summe in die Reserve würde den ohnehin schon in Depression befindlichen Markt, ebenso die britischen Staatspapiere und die Mächte, die Anleihen in London unterzubringen suchten, ungünstig beeinflussen.

Der liberale Doughty erklärte, die Ausgaben für Rüstungen seien unter Lloyd George weit stärker gestiegen, als unter irgend einem anderen Schatzkanzler in Friedenszeiten, und protestierte gegen die Vermehrung der Flottenausgaben, die sich auf den durch Panik hervorgerufenen Flottenetat der anderen Mächte stützen.

Der Unionist Williams führte aus, der Schatzkanzler habe nicht bestimmt genug erklärt, daß der Ueber-schuß für Flottenzwecke vorgemerkt wäre, und er könne daher für andere Zwecke verwendet werden. Im Namen des Schatzkanzlers Lloyd George erwiderte Parlamentsuntersekretär Maserman, daß der Ueber-schuß in der Höhe von 600 000 Pfund nicht ohne Ermächtigung des Parlaments angerührt werden würde.

Das Unterhaus nahm dann die üblichen Budgetresolutionen an; die Debatte wird aber nach Ostern fortgesetzt werden.

Wie die Times meldet, legte die Regierung diesen Ueber-schuß in der ausdrücklichen Absicht zurück, ihn für die Flottenvermehrung zu verwenden, falls das deutsche Schiffsbauprogramm erweitert werden würde.

London, 3. April. Das Unterhaus hat sich heute bis zum 10. d. M. vertagt, um in die Osterferien zu gehen. Die Home-Bill wird am 11. April eingebracht werden.

Marokko.

Der Protokollvertrag.

Paris, 2. April. Der Agence Havas wird aus Fez gemeldet: Der Protokollvertrag erklärt, daß Frankreich und Marokko übereingekommen sind, ein neues Regime zu errichten. Der Vertrag proklamiert sodann Freiheit der Religion und gibt Frankreich das Recht der militärischen Besetzung unter dem Gesichtspunkte der Aufrechterhaltung der Ordnung an allen Punkten, wo sich dies als notwendig erweisen sollte. Die Besetzung ist dem Sultan vorher zu notifizieren. Der Vertrag spricht des Weiteren davon, daß dem Sultan zur Aufrechterhaltung seiner Autorität Unterstützung zu gewähren sei, er setzt die Vollmachten des Generalkonsulats fest, ordnet die diplomatische Vertretung Marokkos durch Frankreich, gibt die Grundzüge einer finanziellen Neuordnung und unterlagert die Aufnahme von Anleihen ohne Zustimmung der französischen Regierung.

Aus der Partei.

Berlin und die Provinz Brandenburg.

Eine Versammlung des Wahlvereins in Brandenburg beschäftigte sich u. a. auch mit der Lösung des Kartellverhältnisses zwischen den Organisationen Berlins und denen der Provinz Brandenburg. Es wurde hierzu folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung des Brandenburgischen Wahlvereins hat zu dem Beschluß der Generalversammlung von Groß-Berlin, wonach das Kartellverhältnis, welches bisher zwischen Groß-Berlin und dem Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine in der Provinz Brandenburg bestand, aufgehoben wird, Stellung genommen. Die Versammlung behauptet das einseitige Vorgehen von Groß-Berlin, weil es den früher getroffenen Vereinbarungen zuwiderläuft und weil das Organisationsstatut, welches Berlin mit der Provinz Brandenburg verbindet, nach den Vorschlägen Berlins, unter Widerspruch eines Teiles der Provinzparteien, zustande gekommen ist. Eine Aufhebung des Kartellverhältnisses hätte nur im Einverständnis mit der Provinz resp. auf Beschluß der Provinzialkonferenz erfolgen dürfen.“

Die Versammlung kann auch die Gründe, welche seitens Groß-Berlins für die Auflösung geltend gemacht werden, als nichtig nicht anerkennen; insbesondere hat Berlin kein Recht, über Einflußlosigkeit bei der Verwaltung der Provinzgeschäfte zu klagen,

da der geschäftsführende Ausschuß der Provinzorganisation aus 11 von den Wahlkreisen Groß-Berlins gewählten Funktionären und nur 5 Vertretern der Provinzparteien besteht. Da aber dieser Ausschuß nur selten zusammentritt, sind die Geschäfte zum größten Teile fast ausschließlich von den Berliner Funktionären geführt worden. Es kennzeichnet also die „Anspruchlosigkeit“ Groß-Berlins, wenn von dieser Seite über mangelnden Einfluß auf die Provinzorganisation Klage geführt wird.

Wenn die Versammlung nun zwar genötigt ist, das Vorgehen Berlins als einseitig und statutenwidrig zu erklären, so kann sie sich doch der Einsicht nicht verschließen, daß wider den Willen Groß-Berlins der Fortbestand des Kartellverhältnisses nicht erzwungen werden kann; sie hält es daher für das Beste, daß sich die Provinz mit der geschäftlichen Situation abfindet und sich auf eigene Füße stellt.

Die Versammlung richtet daher an die Provinzleitung das Ersuchen, recht bald eine entsprechende Statutenvorlage zu machen, welche den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt und den einzelnen Kreisen zur Begutachtung vorgelegt werden kann.“

Aus der italienischen Partei.

Rom, 1. April. (Sig. Ver.) In Rom haben sich zwei organisierte Parteigenossen, der Gymnasialdirektor Bonfiglio und der Gemeindefullehrer D'Amato, im Duell geschlagen. Anlaß des Zwistes war ein Konflikt während der letzten Parteiverammlung, der ein Nachspiel in der Presse hatte. Beide Parteigenossen haben sich nicht daran gesetzt, daß das Duell ein mittelalterlicher Brauch ist und seine geringe Bestrafung ein Klassenvorrecht darstellt, das wahrhaftig ein Sozialist nicht für sich in Anspruch nehmen sollte. Genosse D'Amato wurde leicht am Arm verwundet, worauf die lobaliermäßige Prügelei mit der Versöhnung endete.

Ein Linkerverein der schwedischen Sozialdemokratie.

Mit dem Wachstum der schwedischen Sozialdemokratie und ihrer parlamentarischen Vertretung ist innerhalb der Partei immer mehr die Befürchtung laut geworden, daß die Partei sich allzu sehr in die Reformarbeit verliere und dadurch von ihren eigentlichen Zielen abgelenkt werde. Eine Anzahl Genossen, die dieser Ansicht ist, hat nun einen „Sozialdemokratischen Linkerverein“ gegründet, der innerhalb der Partei einen Stützpunkt für das gegen den Opportunismus gerichtete Streben bilden, und den Genossen Gelegenheit zu gegenseitigem Meinungsaustausch über die gesellschaftlichen Probleme und die Stellung des Sozialismus zu diesen Problemen geben will. Der Verein hat sich am 28. März konstituiert, und es wurde ein Interimsvorstand gewählt, dem die Genossen Karl Lindhagen, Richard Sandler, Fredrik Ström, Zvar Bennerström und Karl Vinberg angehören.

Wir können uns nicht vorstellen, daß mit dieser Vereinsgründung der Geschlossenheit der Partei und dem Parteifrieden sonderlich gedient wird.

Gegen den Justizmord der russischen Regierung.

Dem Protest der Internationalen gegen das Justizverbrechen an den russischen Dumaabgeordneten hat sich nun auch die englische Labour Party angeschlossen.

In Verbindung mit der Agitation zugunsten der Befreiung der unerschuldig verurteilten Dumaabgeordneten hat sich in England ein Komitee gebildet, das sich eine planmäßige Agitation gegen die Schughälften des Parliaments zur Aufgabe stellt. Eine Delegiertenkonferenz von 22 Tradeunions und anderen Organisationen, hat dieses Komitee beauftragt, eine Reihe von Meetings zu organisieren und Flugblätter und Broschüren herauszugeben. Das Komitee stellt sich allen Gruppen zur Verfügung, um ihnen Material aus Anlaß der Gewalttaten der Jarenregierung zu verschaffen. Die oben genannte Delegiertenkonferenz nahm eine Resolution an, die ihren Absichten ausdrückt aus Anlaß der Quoten der politischen Gefangenen in Rußland, ferner aus Anlaß der Unterdrückung der elementarsten Freiheiten der kleinen Nationalitäten und endlich aus Anlaß des grenzenhaften Vorgehens der russischen Regierung gegen die persischen Patrioten.

Anstellung eines Sekretärs für das Bildungswesen in Leipzig. Die Arbeiterbildungsvereine in Leipzig haben an Umfang so zugenommen, daß sich die Anstellung eines besoldeten Sekretärs notwendig machte. Eine Versammlung von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern nahm am 2. April dazu Stellung und wählte zum Sekretär der Genossen Gustav Hennig-Leipzig, den bisherigen Vorsitzenden des Bildungsausschusses.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Breslau, die im vorigen Jahre dem kaiserlichen Etat ihre Zustimmung gab, hat bei der Generalabstimmung durch den Genossen Lobe eine Erklärung abgegeben lassen, daß die Fraktion in diesem Jahre nicht für den Etat stimmen kann. Die Ablehnung wird in der Hauptsache begründet mit der Verzögerung der städtischen Turnhallen an die Arbeiterturner und daß die Errichtung der kommunalen Arbeitslosenversicherung im vergangenen Jahre nicht einen Schritt vorwärts gegangen ist.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Christliche Duldsamkeit.

Bei der Beerdigung des durch einen Unglücksfall ums Leben gekommenen Genossen Roginski aus Kocklowitz D.-S. hielt der Kaplan Gröblich folgende Trostrede:

„Heute seid Ihr hier zahlreich erschienen. Ich weiß nicht, ob deshalb, um den Toten zu ehren oder nur aus Neugierde. Ich will hier den Toten nicht richten, da er nur das Opfer räuberischer Wölfe, sozialdemokratischer Agitatoren geworden ist, die nur des Geschäfts wegen arbeiten und sogar hier in Kocklowitz Kalender verteilt haben, um die Parochianen aufzuhaken. Was haben sie ihm gegeben oder geholfen, diese falschen Propheten! Sie entrißen dem Verstorbenen die Ruhe der Seele und den heiligen Glauben. Es wäre gut, wenn die Frau und die Freunde des Verstorbenen den Kampf gegen die Kalender und die Sozialisten aufnehmen und sich Mühe geben, das wieder gut zu machen, was die bösen Sozialisten verdorben haben.“

Dieser Ertrag christlicher Nächstenliebe kritisierte unser polnisches Bruderblatt, die „Gazeta Robotnicza“ mit einigen kläglichen, aber durchaus zutreffenden Bemerkungen, durch die sich der Herr Kaplan beleidigt fühlte und Strafantrag stellte. Die Verhandlung fand am Montag vor der Deutshener Strafkammer statt. Der Herr Kaplan gab zwar zu, daß seine „Trostrede“ im wesentlichen richtig in der „Gazeta Robotnicza“ wiedergegeben sei, jedoch bestritt er ganz entschieden, die Kraftworte gegen die Sozialdemokratie gebraucht zu haben, was jedoch von einer großen Anzahl von Zeugen widerlegt wurde. Nach langer Verhandlung, bei welcher es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Staatsanwalt und Verteidiger kam, verurteilte das Gericht den Genossen Niczowski als Verantwortlichen der „Gazeta Robotnicza“ zu 100 M. Geldstrafe mit folgender Begründung: Das Gericht hält es für erwiesen, daß der Herr Kaplan die in dem Artikel abgedruckten Äußerungen getan hat. Es war das Recht des Angeklagten, sich in seiner Zeitung dagegen zu wehren, weil er sich beleidigt fühlen konnte. Der Wahrheitsbeweis sei im großen und ganzen erbracht, aber die Form sei beleidigend.

Mit angeklagt waren zugleich auch Genosse Wienickiewicz und zwei andere Genossen wegen Druck und Verbreitung des als Flugblatt herausgegebenen inkriminierten Artikels. Alle drei wurden freigesprochen.

Was nun sozialdemokratischen Redakteuren die Erbringung des Wahrheitsbeweises, wenn die Richter doch immer beurteilen wegen der Form. Im Falle des Kaplans Gröblich war die „Gazeta Robotnicza“ wirklich nicht über das Maß der Abwehr hinausgegangen, wenn man die klüglichen Angriffe des duldbaren Pfaffen am offenen Grabe in Betracht zieht.

Gewerkschaftliches.

Die Einigungsverhandlungen im Schneidergewerbe.

Die Verhandlungen in Jena unter Mitwirkung der Unparteilichen führten zu der Annahme eines Vermittlungsvorschlages, nach dem die Wiederaufnahme der Arbeit spätestens am Dienstag nach Ostern erfolgen muß. Die Einzelverhandlungen des Schlichtergerichts dauern fort. Das Ergebnis der Verhandlungen wird vertraulich gehalten. Die Verhandlungen werden voraussichtlich am Sonnabend beendet werden.

In Elberfeld und in Barmen haben Versammlungen der ausgesperrten Schneider beschlossen, den Einigungsvorschlägen zuzustimmen; die Arbeit ist Mittwoch morgen denn auch überall aufgenommen worden. Bei einer Firma in Elberfeld und einer in Barmen bestehen noch Differenzen.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung in den Wagen- und Karosseriefabriken.

Die Organisationen der in den Wagen- und Karosseriefabriken beschäftigten Arbeiter sind übereingekommen, gemeinschaftlich eine Lohnbewegung dieser Branche durchzuführen. An der Bewegung sind die Verbände der Holzarbeiter, der Metallarbeiter, der Maler und Lackierer, der Sattler und der Schmiede beteiligt. — Eine am Dienstag abgehaltene, sehr stark besuchte Versammlung der Arbeiter in den Wagen- und Karosseriefabriken beschäftigte sich mit der Auffassung der Forderungen für die gemeinsame Lohnbewegung. Der Referent Siering führte unter anderem aus: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Wagen- und Karosseriefabriken sind sehr verschieden. Die Lohnbewegung, welche im vorigen Jahre in einigen Betrieben durchgeführt wurde, hat Verbesserungen in diesen Betrieben gebracht. Dadurch sind aber die Verhältnisse der ganzen Branche noch verschlechtert worden. Durch die jetzige Lohnbewegung sollen nun für die ganze Branche möglichst gleichmäßige Verhältnisse in bezug auf Lohn und Arbeitszeit sowie die sonstigen maßgebenden Bestimmungen geschaffen werden. — In den Wagen- und Karosseriefabriken sind 1647 Arbeiter beschäftigt, und zwar 686 Schmiede und Schlosser, 472 Holzarbeiter, 308 Lackierer, 230 Sattler. Von allen Arbeitern sind 755 in Lohn, 892 in Akkord beschäftigt. 80 Proz. aller Arbeiter sind organisiert, die Durchführung der Bewegung kann also keine Schwierigkeiten machen. — Die Arbeitszeit ist gegenwärtig in 2 Betrieben eine 53stündige, in 3 Betrieben eine 52stündige und in den meisten Betrieben eine 50stündige. Die Stundenlöhne gehen in manchen Fällen bis zu 45 Pf. hinauf und erreichen in Ausnahmefällen eine Höhe bis 90 Pf. und 1 M. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Arbeiter von den großen Gewinnen der Unternehmer sehr wenig bekommen haben.

Die Forderungen, welche dem Arbeitgeberverband für das Wagenbaugewerbe eingereicht werden sollen zum Zweck des Abschlusses eines Tarifvertrages sind von den in Frage kommenden Branchen der Arbeiter aufgestellt. Ihre wesentlichsten Punkte sind: eine wöchentliche Arbeitszeit von 51 Stunden, und zwar täglich 8 1/2 Stunden. An den Tagen vor den hohen Festen wird die Arbeit um 1 Uhr mittags beendet. Als Mindeststundenlöhne werden gefordert für Stellmacher 75 Pf. (selbständige), 68 Pf. (Helfer und nichtselbständige), für Schlosser und Schmiede 60 Pf. (Schirmmeister), 70 Pf. (Heilbänker und Schlosser), 90 Pf. (Stadgeschellen), für Lackierer 75 Pf., für Sattler 85 Pf. (perfekte), 75 Pf. (sonstige). Für alle Arbeiter wird eine Vorkaufzulage von 5 Pf. pro Stunde gefordert mit der Aufgabe, daß durch diese Zulage die vorstehenden Mindestlöhne erreicht werden müssen. — Holmannafford soll nicht zulässig sein. Für Akkordarbeiter sollen besondere Tarife vereinbart und der Stundenlohn garantiert werden. — Die benötigten Arbeitskräfte sollen von den Arbeitsnachweisen der betreffenden Branchen entnommen werden. Für jeden Arbeiter wird ein Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes gefordert. Der Urlaub soll betragen nach einjähriger Beschäftigung einen Monat, nach zweijähriger Beschäftigung zwei Monate und so fort. — Auf Grund der Forderungen soll ein Tarif mit Gültigkeit bis 31. März 1914 abgeschlossen werden.

Nach einer kurzen Diskussion erklärte sich die Versammlung mit dem aufgestellten Forderungen einstimmig einverstanden sowie mit dem Vorschlage der Kommission, die Forderungen dem Arbeitgeberverbande sofort einzureichen, mit dem Ersuchen um Antwort bis zum 9. d. M. Sollte der Arbeitgeberverband wider Erwarten nicht zu Verhandlungen mit der Kommission bereit sein, dann werden die Forderungen den einzelnen Firmen eingereicht. Die Auswahl der Firmen sowie die dann zu befolgende Taktik bleibt der Kommission überlassen, welche die Führung der Bewegung hat. Schließlich wurde den Versammelten noch nahegelegt, daß sie, um die Bewegung zu begünstigen, von jetzt ab keine Ueberstunden mehr machen.

Streik im Admiralspalast-Bad.

Die Bademeister und Masseusen haben am Montagmittag im Admiralspalast, dem Bade der Ledewell, die Arbeit niedergelegt. Grund dafür waren unerträgliche Drangsalierungen und Angebereien bei der Direktion von Seiten des Oberbademeisters Dettloff. Dieser war früher, als die Bademeister und Masseusen noch ihren Sonderverein hatten, Vorsitzender desselben. Nach dem Zusammenfall mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter suchte er einen Posten in dieser Organisation zu ergattern. Als dies nicht gelang, lehnte er schließlich dem Verbände den Rücken. Jetzt ist er soweit gekommen, daß er gedroht hat, alle die im Admiralspalast beschäftigten alten Kollegen herauszubringen, weil diese seine Autorität nicht genügend respektierten. Zwei davon sind tatsächlich auch schon vor kurzem auf Veranlassung des D. entlassen worden. Den letzten Anstoß zu der Arbeitseinstellung gab eine Anordnung der Direktion, wonach dem D. vom 1. April ab auch noch ausschließlich die Kasse der Kollegen anvertraut werden sollte. Im Admiralspalast-Bad, wo die sogenannte „Creme“ der Gesellschaft verkehrt, wird nämlich ebensowenig wie in anderen Badeanstalten den Bademeistern und Masseusen irgendwelcher Lohn gezahlt. Die von den Badegästen gegebenen Bedienungs- und Trinkgelder werden nur zusammengefaßt und zu gleichen Teilen unter dem Personal verteilt. Diese Kasse wollten seine Kollegen dem D. unter keinen Umständen überantworten. Die Angestellten waren sich darüber hinaus einig, daß ein Zusammenarbeiten mit D. überhaupt nicht möglich ist und forderten die Entlassung desselben. Alle dabingehenden Vorstellungen fruchteten aber bei der Direktion nichts. Darauf traten die Bademeister und Masseusen in den Streik. Die Direktion des Admiralspalast-Bades hätte allen Anlaß, geordnete Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Da gibt's keinen vernünftigen Raum für die Kleider der Angestellten, keinen Aufenthalts- und Speiseraum; die Wabzettel müssen vielmehr in den Waberräumen verzehrt werden. Versprochen worden ist schon einmal die Einrichtung eines solchen Raumes, aber ausgeführt wurde es nicht. Das scheint Dinge zu sein, um die man sich in dem „Elite“-Bad keine Kopfkammer macht; im Gegenteil, man sieht seine Aufgabe darin, den Angestellten das Leben so teuer wie möglich zu machen. Ob es den Ausständigen gelingen wird, dagegen erfolgreich anzukämpfen, bleibt abzuwarten.

Die Tarifbewegung der Militärkattler beendet.

Es ist der Tarifkommission bei den neuerlichen Verhandlungen mit den Arbeitgebern gelungen, die nachträglich geäußerten Wünsche der Arbeiter in der Hauptfrage zu verwirklichen. Im übrigen sind an dem Tarif nur unwesentliche Veränderungen vorgenommen worden. Die wichtigste Errungenschaft ist die Festlegung eines Mindestlohnes, ein Punkt, dem schon aus prinzipiellen Gründen eine besondere Bedeutung zukommt. Eine am Mittwoch stattgefundene Versammlung veranlaßt, Redakteur: Albert Bachs, Berlin. Inzeratenteil veranlagt; H. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Diergu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

nahm den Tarif mit 285 Stimmen an. 135 Stimmen hatten sich dagegen ausgesprochen.

Achtung, Schuhmacher! Der Streik bei der Firma Finmer Nachf. Rungestr. 22/24 dauert fort.

Das Verbandsbureau ist heute Donnerstag bis 8 Uhr, am Osterfonabend bis 3 Uhr und am dritten Feiertag nur bis 1 Uhr mittags geöffnet.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Die im Betriebe „Original-Gade-peter“, Ed. Rartin, Ringstr. 20, ausgebrochenen Differenzen sind am 2. April nach zweistündigem Streik zur Zufriedenheit der Organisation beigelegt. Die Sperre ist aufgehoben. Ortsverwaltung Berlin I, Verband der Gastwirtsgehilfen.

Ein Wohltäter.

Der Besitzer des Weinhauses Tezard, der sich vor einiger Zeit durch eine reikamehaft belantragene Spende für tapfere Polizeiorgane in Postur setzte, zeigt auch als Wohlfahrtsunternehmer nach dem Vorbere. Er langierte eine Notiz in die dienstwärtige Presse — darunter die „Nordd. Allg. Ztg.“ — in der er sich als humanen Mann herausstreckt, die Redner dagegen als unerfällliche Leute denunziert, die gewissermaßen durch einen hinterlistigen Ueberfall die Anerkennung unterschämter Forderungen zu erzwingen suchten. Daß der bei ihm ausgebrochene Streik die Folge provokatorischer Maßnahmen sei, davon weiß er natürlich gar nichts zu berichten. Als sein Lokal gerade mit Kästen gefüllt war, habe man mit „hinterlistiger Tücke“ die Forderung erhoben, er, der souveräne Herr Chef, solle mit dem „sozialdemokratischen Verbände“ verhandeln und, als er das natürlich „energisch abgelehnt“, im offenen Vertragsbruch das Lokal verlassen“. Und zum Beweise für seine Hochherzigkeit und offene Hand macht er proband bekannt, er zahle neben freier Station 25 M., sage und schreibe: „sünfundsanzig Mark! Gehalt. Weil „verbeigte Leute“ das Essen „prinzipiell als schlecht“ bezeichnet hätten, habe er sich bereit erklärt, anstatt der freien Verköstigung 40 M. zu gewähren. Dann taxiert der Besitzer des feinen Weinhauses den Wert der von ihm gelieferten Verköstigung selbst auf 1,33 M. pro Tag. Das soll mit dem Gehalt von 25 M. eine fürstliche Entlohnung sein — weil häufig bis zu 10 M. Trinkgeld pro Tag abfielen. Die von der Firma als rühmlich herausgestellten Tatsachen sind der beste Beweis für die unhaltbaren Arbeitsverhältnisse im Gastwirtsgerwebe.

Dachdecker! In Rowa wes befinden sich die Dachdecker und Hilfsarbeiter im Ausstand. Zuzug ist fernzuhalten. Zentralverband der Dachdecker. Gau Ostn.

Deutsches Reich.

Die „Viktoria“ in Magdeburg boykottiert!

Die bei der Versicherungs-gesellschaft „Viktoria“ in ihrer In-fassstelle in Magdeburg beschäftigten Einkassierer haben den Kampf aufgenommen, zu dem sie durch das rücksichtslose Auftreten der Direktion dieser „Voll“-versicherungsgesellschaft gezwungen worden sind. Die Forderungen dieser Angestellten sind durchaus berechtigt, denn sie fordern lediglich das, was die Direktion vor kurzer Zeit den Einnehmern ihrer Hamburger In-fassstelle schon zugesprochen hat, nämlich eine gleich hohe Gehaltsaufbesserung und einen gleichen Schutz gegen die rücksichtslosen Entlassungen wegen angeblich ungenügender Akquisition. Trotz dieses Anerkennnisses über die volle Berechtigung der in Magdeburg erhobenen Forderungen hat die Direktion durch ihren Magdeburger Vorsteher jede Verhandlung in schroffster Weise zurückgewiesen und den Einkassierern gedroht, ihre Vertrauensmänner würden entlassen, wenn die Forderungen nicht sofort und bedingungslos zurückgezogen werden.

Damit aber die Direktion erfährt, wie die arbeitende Bevölkerung über solche Handlungen der „Viktoria“ denkt, haben die organisierten Magdeburger Arbeiter über die Magdeburger In-fassstelle der „Viktoria“ den Boykott verhängt. Der Boykott-beschluß fordert die Einwohner Magdeburgs und Umgegend auf, bis zur Beendigung des Kampfes keinerlei Versicherungsanträge bei der „Viktoria“ zu stellen. Die Sympathien der Arbeiterschaft liegen also unverhohlen auf der Seite der kämpfenden Angestellten.

Zur Lohnbewegung im Hamburger Hafen.

Der Hafenbetriebsverein hat eingewilligt, Verhandlungen mit den Arbeitern zu führen. Die Arbeiter sollen Kommissionen ernennen. Verhandlungstermine werden noch festgesetzt.

Former- und Gießereiarbeiter-Bewegung im Industriebezirk Stuttgart-Ehlingen.

Anfang März dieses Jahres traten die Arbeiter der Eisen-gießereien im Stuttgart-Ehlinger Industriebezirk in eine Bewegung. Sie verlangen eine Revision der Einigungsverbindungen vom Jahre 1906. Diese sind den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechend und es wurden deshalb in drei Versammlungen eine Anzahl Änderungen vorgeschlagen. Verlangt wurde: die Einführung der 54-Arbeitsstundenwoche, Prozentbezahlung für Ueberstunden, auch für Akkordarbeiter, eine bessere Festlegung der Bestimmungen über die Akkordarbeit, Einführung von Mindestlöhnen, Regelung der Ueber-schuhfrage sowie eine Entschädigung für Arbeitersaushungsmittelglieder, wenn sie durch ihre Tätigkeit Ueberstunden erlangen. Die Forderungen werden durch den Metallarbeiterverband dem Verband Metall-industrieller in Württemberg übermitteln. Es fanden bis jetzt zwei Verhandlungen statt, die erste nur zwischen den Vertretern der beiden Organisationen, die zweite unter Hinzuziehung von fünf im Arbeitsverhältnis stehenden Arbeitern. Die Verhandlungen haben leider bis jetzt kein völlig zufriedenstellendes Ergebnis gehabt. Ueber die Frage der Ueberzeitarbeit und der Akkordarbeit und der Entschädigung an Arbeitersaushungsmittelglieder wurde eine Verständigung erzielt, die wohl beide Teile akzeptieren können. Auch über die Frage des Aushungsmittelgliedes wurde teilweise eine Verständigung erzielt; doch ist die Sache noch nicht endgültig erledigt. Die Lohnfrage unterliegt auch noch weiteren Verhandlungen und es ist fraglich, ob es überhaupt gelingt, hier zu einer für beide Parteien annehmbaren Form zu kommen. Die schwierigste Frage ist die der Verkürzung der Arbeitszeit geworden. In der ersten Verhandlung schien es, als ob es nicht ausgeschlossen wäre, eine Form zu finden, über die man sich verständigen könnte. In der zweiten Verhandlung erklärten jedoch die Industriellen; Ueber die Arbeitszeitverkürzung könnten sie überhaupt nur nicht mehr verhandeln, da durch die Metallarbeiterbewegung in Frankfurt a. M. die Frage der Arbeitszeitverkürzung eine Angelegenheit der süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes geworden wäre und sie allein nun nicht mehr zuständig wären. Es wird nun abzuwarten sein, ob die Versuche, über diese Frage mit der süddeutschen Gruppe zu verhandeln, von Erfolg sein werden. Die Gießereiarbeiter im Stuttgarter Industriegebiet leben bei ihrer vorzüglichen Organisation der Sache mit aller Ruhe entgegen.

Ausland.

Ein Riesen-Zimmererstreik.

Die „Times“ melden aus New York vom 1. April: In Chicago sind 15 000 Zimmerleute zur Erläuterung von Lohn-erhöhungen in den Ausstand getreten. Bauarbeiten im Werte von 140 Millionen Mark sind von dem Ausstand betroffen. Die organisierten Zimmerleute in Des Moines (Iowa) haben ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Die Bewegung droht sich auszubreiten.

Soziales.

Zur Ausführung des Hausarbeitsgesetzes

vom 20. Dezember 1911, das am 1. April in Kraft getreten ist, ist vom Handelsminister und dem Minister des Innern unter dem 18. März 1912 an die Regierungspräsidenten eine Anweisung ergangen. Der durch das Gesetz neu geschaffene Begriff des Hausarbeiters ist danach kein wirtschaftlicher, sondern ein gewerdepoli-

zeilicher, insofern durch das Gesetz über den Rahmen der bestehenden reichsgesetzlichen Vorschriften hinaus eine behördliche Regelung auch für diejenigen Betriebe ermöglicht werden soll, welche keine fremden Personen im Arbeitsverhältnis beschäftigen. Unter den Begriff des Hausarbeiters fallen auch, soweit sie nicht nach § 1 Absatz 1 Satz 2 ausgenommen sind, abweichend von § 119b der Gewerbeordnung solche Personen, die nicht für bestimmte Gewerbetreibende arbeiten, sondern mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse auf Vorrat und unmittelbar für den Verbrauch beschäftigt sind. Andererseits sind solche Personen, die für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätten der letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind (§ 119b der Gewerbeordnung), dann keine Hausarbeiter im Sinne des Gesetzes und daher den für diese vorgehenden Bestimmungen nicht unterworfen, wenn sie ihrerseits wieder in ihren Werkstätten oder Arbeitsstätten Lohnarbeiter beschäftigen. Sie werden jedoch von den Vorschriften des Gesetzes über die Beschäftigung von Hausarbeitern insoweit erfasst, als sie selbst noch solche beschäftigen. Sogenannte Zwischenmeister, die in ihren Werkstätten oder Arbeitsstätten ausschließlich zu ihrer Familie gehörige Personen beschäftigen, gelten insoweit gemäß § 1 Absatz 1 Nr. 1 des Gesetzes als Hausarbeiter. Beschäftigte sie außerdem noch Hausarbeiter, so unterliegen sie gleichfalls den für die Beschäftigung von Hausarbeitern vorgesehenen gesetzlichen Bestimmungen. Der Begriff der Beschäftigung in Familienbetrieben im Sinne des § 1 Absatz 1 Nr. 1 setzt nicht das Vorhandensein eines gewerblichen Arbeitsvertrages und auf Seiten des Beschäftigten nicht die Eigenschaft eines gewerblichen Arbeiters voraus. Als beschäftigt gelten die Familienangehörigen vielmehr schon dann, wenn sie bei der Arbeit tatsächlich helfen. Die Kompliziertheit dieser Anweisung beruht auf der Unklarheit des Gesetzes selbst. Und diese rührt von der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge und der Abneigung her, den Missetänden im Heimarbeit-gerwebe ernstlich auf den Leib zu rücken.

Aus Industrie und Handel.

Kohlensyndikat und Fiskus.

Scharfe Kritik an der Stellung des preussischen Fiskus zum Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat übt der Vorstand des Bundes der Industriellen in folgender Entschliessung: „1. Der Bund der Industriellen bedauert, daß die für die kohlenerwerbende Industrie empfindlichen Preis-erhöhungen des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats dadurch mit ermöglicht worden sind, daß der preussische Staat als Kohlengrubenbesitzer seinen Einfluß auf den Kohlenmarkt fast völlig zugunsten des Syndikats aufgegeben hat. Der preussische Handelsminister hat in seiner Rede vom 31. Januar im Abgeordnetenhaus zwar betont, daß durch das Abkommen des preussischen Kohlensyndikats mit dem Syndikat die fiskalischen Interessen gewahrt seien. Demgegenüber wäre es jedoch im Interesse der Kohlenverbraucher, insbesondere der vielfach unter hohen Kohstoffpreisen und unter der Preispolitik der Kohlstoffindustrie leidenden verarbeitenden Industrie erwünscht, daß der Staat als Kohlengrubenbesitzer seinen Einfluß auf den Kohlenmarkt nicht einschränkt, sondern eher erweitert, um der monopolistischen Entwicklung der Kohlensyndikats wirksam entgegenzutreten, nötigenfalls auch unter Hintanziehung fiskalischer Gesichtspunkte.“

2. Der Bund der Industriellen stellt ferner mit Bedauern fest, daß die ohnehin überaus große und beständig steigende Aus-fuhr deutscher Kohle noch durch sehr niedrige Aus-fuhrtarife der deutschen Eisenbahnen gefördert wird. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie leidet darunter, daß ein immer größerer Teil der deutschen Kohlenförderung an das Ausland zu Preisen ab-gegeben wird, die niedriger als die inländischen Kohlenpreise sind, und daß diese Ausfuhr abdreht zu Frachtschäden, die zum Teil wesentlich niedriger als die Frachten für den inländischen Kohlenbezug sind. Es erscheint unter diesen Umständen doppelt befremdlich, daß der preussische Handelsminister am 4. März im Abgeordnetenhaus eine weitere Ausdehnung der Kohlenausfuhrtarife in Aussicht gestellt hat. Angesichts dieser Verhältnisse richtet der Bund der Industriellen vom Standpunkte der deutschen kohlenerwerbenden Industrie an die Verwaltungen der deutschen Eisenbahnen die Bitte, die Frachtsätze für den inländischen Kohlenverbrauch niedriger als für die zur Ausfuhr bestimmte Kohle zu stellen, zum mindesten aber von der angelegten weiteren Ausdehnung der Ausfuhrtarife für Kohle abzusehen, damit das Inland nicht schlechter gestellt ist als das Ausland.“

In welcher Weise die Eisenbahntarife die Ausfuhr von Kohle fördern, dafür gibt die Aufschrift des Bundes der Industriellen (nach dem „Berl. Tagebl.“) folgende Beispiele:

Ein Doppelwagen Steinkohle nach Duisburg nach Emden-Außenhafen (260 Kilometer) kostet nach dem für die Kohlenausfuhr bestehenden Ausnahmestärke nur 37 M. Fracht. Auf die gleiche Entfernung kostet der Doppelwagen deutsche Steinkohle für den inländischen Verbrauch 64 M. Fracht, und englische Steinkohle oder böhmische Braunkohle für den inländischen Bedarf sogar 80 M. Fracht. — Für die Strecke Duisburg—Gamburg kostet ein Doppel-wagen deutsche Steinkohle 57 M. Fracht. Auf der gleichen Strecke (387 Kilometer) nach Industriegebieten im inneren Deutschland kostet ein Doppelwagen deutsche Steinkohle 86 M., ausländische Kohle sogar 93 M. Fracht.“

Die Konsumenten leiden unter einer solchen Tarifpolitik; die Produzenten steden den Profit mit Hilfe der Regierung ein, die außerdem durch ihren Beitrag zum Syndikat noch dessen Aus-beuterpraktiken mit staatlichem Rimbuss umgibt.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Letzte Nachrichten.

Zum englischen Bergarbeiterstreik.

London, 3. April. (B. T. B.) Der Exekutiv-ausschuh des Bergarbeiterverbandes wird morgen hier eine Sitzung abhalten zur Feststellung der Ergebnisse der Abstim-mungen. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob der Exekutiv-ausschuh die Befugnis hat, die Wiederaufnahme der Ordnung an-zuordnen, wenn eine geringe Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks vorhanden ist. Eine Verbandsbestimmung hierüber gibt es nicht, und es wäre deshalb möglich, daß man sich in diesem Falle zur Einberufung einer nationalen Konferenz entschliesse.

Schneefälle in Oesterreich.

Wien, 3. April. (P. E.) Aus allen Teilen des Reiches, be-sonders aus den Alpenländern, laufen Nachrichten über starken Schneefall und Frostwetter ein. In Tirol liegt der Neuschnee auf den Bergen mehrere Zentimeter hoch. Auch aus den südtlichen Län-dern kommen Meldungen über niedrige Temperaturen.

Brand eines Güterbahnhofes.

Paris, 3. April. (P. E.) Einer Meldung aus Laais (Süd-frankreich) zufolge ist heute vormittag der Güterbahnhof der kleinen Station von Saint Cecil d'Andorge von einer heftigen Feuerbrunst heimgesucht worden. Fast alle Gebäude und Lager-schuppen wurden ein Raub der Flammen. Neun beladene Güter-wagen wurden vollständig in Asche gelegt. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen, nur ein Arbeiter wurde leicht verletzt. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge.

Pologoj (Gouv. Kowgorod), 3. April. (B. T. B.) Auf der hiesigen Station fand ein Zusammenstoß zwischen einem Dienst- und einem Lokalzug statt, wobei 2 Personen getötet und 6 verletzt wurden.

Die Hyllitenvergiftungen vor Gericht.

Sechster Tag.

Am gestrigen Sitzungstage wurden Beweisurteile nach der Richtung hin gefällt, daß Methyllalkohol ohne schädliche Nachwirkung wiederholt getrunken sei und daß die Todesfälle der Hylliten nicht auf Methyllalkohol, sondern auf Genickstarre zurückzuführen seien.

Ausgedehnte Zeit in der Verhandlung nehmen die langatmigen Erörterungen der Verteidiger über ihr und ihrer Kollegen Verhalten ein. Mehrere Male mußte der Vorsitzende die Erörterung von Quisquilien durch Wortentziehung abschneiden.

Über die Verhandlung informiert der nachstehende Bericht. Nach Eröffnung der Sitzung bemerkt der Vorsitzende Landgerichtsrat Brieskorn: Ich habe folgendes zu bemerken: In der Presse sind über das Verfahren gegen den Rechtsanwalt Dr. Jaffé objektive und unparteiische Tatsachen behauptet worden.

Alsdann erbittet sich Rechtsanwalt Dr. Werthauer das Wort zu einer Reihe von Anträgen. Er beantragt unter anderem Verweigerung der Beweiserhebung darüber, daß 1. im Zentralgefängnis zu Gollnow die Stuhlfabrik Bilz, Raack, Riech, Stühle polieren läßt und damit 20-30 Leute dauernd beschäftigt sind; 2. daß hierzu ein Spiritus verwendet wird, welcher zum Polieren bestimmt ist, aber fortgesetzt von den Gefangenen getrunken wird; 3. daß viele Monate hindurch ein Teil der Gefangenen den Spiritus disziplinarisch bestraft sind und die Direktion in einem Falle den Inspektoren ersucht hat, Strafantrag wegen Diebstahls zu stellen, weil einige Gefangene aus Wohlgeschmack an den zur Verfügung stehenden Mengen eine ganze Kanne voll (etwa 10-14 Liter) enthielt, mittels Erbrechen eines Schwanke entwendet hatten, als der Arbeitsaal ohne Aufsicht war und diese ausgetrunken haben; 4. daß die Mengen mehr als 150 Gramm pro Tag waren, welche mehr als ein Duzend Gefangene getrunken hatten, ohne daß ein Nachteil entstanden ist; 5. daß nach Verbüßung der Disziplinarstrafen das Trinken fortgesetzt wurde; 6. daß der hier fragliche Polierspiritus Methyllalkohol war.

Ferner beantragt der Verteidiger, 2 Gastwirte aus der Stromstraße und Salzweberstraße als Zeugen vorzuladen. Diese sollen bekunden, ob sie diejenigen sind, welche der Staatsanwaltschaft als Lieferanten von Methyllalkohol bekannt sind.

Verteidiger gegen Verteidiger.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer fährt dann fort: Ich habe noch einen Antrag zu stellen: Der Verteidiger des Angeklagten Jastrow, Justizrat Jwers, hat, als diesbezüglich beantragt wurde, den Schrank aus dem Privatzimmer des Angeklagten Scharmach zu beschaffen. Damit dieser wieder eingeräumt werde, unterbrechend erklärt: „Scharmach solle doch lieber die ganze Sache einräumen.“

In Lancashire.

(Von unserem Korrespondenten.)

Manchester, 1. April.

Lancashire ist die Wiege so vieler politischer und wirtschaftlicher Bewegungen des englischen Bürgeriums und der englischen Arbeiterklasse. Lancashire ist auch die Wiege der Bergarbeiterföderation Großbritanniens. Es waren die Bergarbeiter dieses gewaltigen Industriegebietes, die den großen Gedanken, die gesamte Bergarbeiterbevölkerung des Inselreiches zu einem Verband zusammenzuschließen, in die Tat umsetzten.

Wenn die Arbeiter Großbritannien die Preiskämpfer des Proletariats gewesen sind, so sind die Arbeiter Lancashires als die Champions unter den Preiskämpfern zu bezeichnen. Das gilt besonders für die Bergarbeiter. Mein Teil des Bergarbeiterheeres kämpft mit solcher Zähigkeit und Ausdauer, als die Knappen von Lancashire. In den letzten Jahren haben sie im Kleinkampfe mit der Unternehmerrichtung Tausende von Pfunden geopfert, so daß ihre Kassen heute nach einem Kampfe von mehr als 4 Wochen geleert sind. Und dennoch sind sie bereit, den Generalstreik fortzusetzen. Man hat allgemein Schottland und Wales als die Reservier hingestellt, wo der Kampf am heftigsten geführt werde, wo die Arbeiterklasse am unerschrockensten sei. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten über die Urabstimmung, die entscheiden soll, ob der Kampf fortzusetzen ist oder nicht, scheint es aber, daß sich in Schottland und Wales die Mehrheit der Arbeiter für die Wiederaufnahme der Arbeit entscheiden wird. Hier in Lancashire ist die Stimmung sehr entschieden für die Fortsetzung des Kampfes. Eine Delegiertenkonferenz beschloß am Sonnabend, den Mitgliedern des Verbandes von Lancashire zu empfehlen, die von der nationalen Konferenz gestellte Frage mit Nein zu beantworten. Der Präsident Greenall ist ein eifriger Befürworter dieser Politik; ebenso energisch dagegen sind der Sekretär Ashton und das Parlamentsmitglied Walsh. Walsh wird augenblicklich von der bürgerlichen Presse als ein Hetzer behandelt, weil er bei der Beratung der Minimallohnvorlage im Parlament erklärte, er werde das Minimallohngesetz anerkennen, weil ihm seine Bürgerpflicht über seine Pflicht als Gewerkschaftler gehe. Derselbe Walsh erklärte vor zwei Jahren auf einem Arbeiterkongreß, er werde das ungerechte Osborneurteil misbilligen und wenn er ins Gefängnis wandern müsse, auf der am letzten Samstag abgehaltenen Delegiertenkonferenz wurde ihm tüchtig der Kopf gewaschen.

teilens des Gerichts nicht erfolgt ist, beantrage er nachträglich solches, da er sich in seiner Verteidigung durch Zulassung dieser Aufforderung beschränkt fühle. Ferner beantragt der Verteidiger, eine Stelle aus „Sapers Handbuch der pharmazeutischen Praxis“ zur Verlesung zu bringen. Er wird wiederholt vom Vorsitzenden unterbrochen, der hervorhebt, daß diese Stellen nach seiner Meinung schon gestern verlesen worden sind. Er verlange, daß genau angegeben werde, welche Stellen gemeint seien. Als Dr. Werthauer hierbei eine Zwischenfrage stellt, ruft der Vorsitzende mit erregter Stimme: Ich bitte mich nicht zu unterbrechen. Die Leitung der Verhandlung habe ich ganz allein. Dr. Werthauer: Darf ich vorher eine Bitte aussprechen? Vorsitzender: Nein, ich bitte mich erst zu antworten. Dr. Werthauer: Ich kann vorher keine Antwort geben, wenn mir nicht erst das Wort zu einer Bitte gegeben wird. Vorsitzender: Ich lehne dies ab und bitte um Antwort. Dr. Werthauer: Darf ich erst eine Bitte aussprechen? Vorsitzender: Ich bitte mich erst um Antwort. Dr. Werthauer: Ich verlange jetzt, daß mir jedesmal, wenn ich unterbrochen werden soll, dies durch die Worte: „Ich will Sie jetzt unterbrechen“ vorher mitgeteilt wird. Dies ist nach der Strafprozeßordnung zulässig. Vorsitzender: Die Strafprozeßordnung schreibt dies nirgends vor, ich kann Sie unterbrechen, wenn ich es, bezug. das Gericht, für angebracht halte. Dr. Werthauer: Ich bitte — — Vorsitzender (unterbrechend): Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort, die Leitung der Verhandlung haben wir. Das geht nicht so weiter.

Es wird hierauf die im Saale anwesende Stenographin, die einen besonderen Platz vor dem Richtertische eingenommen hat, vom Vorsitzenden als Zeugin vernommen.

Es ist dies ein Frä. Schwante. Vorsitzender: Für wen nehmen Sie das Stenogramm auf? Zeugin: Für Herrn Landrichter Dr. Ariener. Ich habe von diesem den Auftrag erhalten, die Zeugenausagen mitzutenographieren. Vorsitzender: Alles stenographieren Sie wohl nicht mit? Zeugin: Nein, nur die wichtigsten Punkte. Vorsitzender: Hat jemand von den Richtern mit Ihnen gesprochen? Zeugin: Nein. Vorsitzender: Ich will durch diese Fragen lediglich allen grundlosen Vermutungen die Spitze abbrechen. Landrichter Dr. Ariener: In der Presse steht, daß ich Sie beeinflusst hätte, das ist natürlich unrichtig (hat auch, soviel uns bekannt, nicht in der Presse, sicher nicht im „Vorwärts“ gestanden). Ich habe die Stenographin auf meine eigenen Kosten im Interesse der Rechtspflege und um gute Berichte zu haben, angenommen. — Von den Rechtsanwälten Dr. Puppe und Dr. Jaffé werden eine große Reihe von Fragen an die Zeugin gerichtet, die sich auf den Umfang und die Genauigkeit ihres Stenogramms beziehen.

Abermals Verteidiger gegen Verteidiger.

Auch hierbei läßt der Verteidiger des Jastrow, Justizrat Franz Jwers, verschiedene Bemerkungen gegen seine Mitverteidiger fallen; unter anderem bemerkt er: „Da ist doch alles auf!“ — Rechtsanwalt Dr. Jaffé: Der Justizrat Jwers hat hier eben geäußert: „Da hört doch alles auf.“ Ich bitte mich dagegen in Schutz zu nehmen und den Justizrat Jwers in ganz energischer Weise darauf hinzuweisen, daß solche Bemerkungen höchst unpassend sind. Rechtsanwalt Dr. Puppe: Es ist hier erwähnt worden, daß die Presseberichte angeblich objektiv unwahr seien. Ich beantrage deshalb, den Vertreter der Presse darüber zu vernehmen, daß die Berichte objektiv richtig sind, daß vielmehr der Vorsitzende den Kollegen Jaffé mißverstanden hat. — Rechtsanwalt Dr. Jaffé: Hat die Stenographin auch den Auftrag erhalten, die Erklärungen der Verteidiger zu stenographieren? — Vorsitzender: Ich lehne das ohne weiteres ab. Kann die Zeugin Schwante entlassen werden? — Landrichter Ariener: Die Dame wird hier nicht mehr erscheinen. — Dr. Werthauer: Ich widerspreche der Entlassung der Zeugin! — Vorsitzender: Ich beurlaube die Zeugin. Fräulein, Sie können gehen!

Rechtsanwalt Dr. Puppe tritt gleichfalls für die Wichtigkeit des Presseberichts ein und bittet, bevor der Vertreter der Presse vernommen wird, das Protokoll einsehen zu dürfen.

Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück, nach deren Beendigung der Vorsitzende verkündet: Die Vernehmung des Pressevertreters wird abgelehnt. Das, worüber er vernommen werden soll, steht mit dieser Straffache in keinem Zusammenhang. Der Antrag, die Verteidiger gegen den Justizrat Dr. Jwers in Schutz zu nehmen, wird abgelehnt. Es liegt kein Grund dazu vor; nach unserer Auffassung schämen sich die Herren Verteidiger ausreichend, und einer Ungebühr hat sich Justizrat Dr. Jwers nicht schuldig gemacht. Dagegen möchte ich als Vorsitzender Herrn Justizrat Dr. Jwers ermahnen, in seinen Bemerkungen etwas vorsichtiger und zurückhaltender zu sein. — Justizrat Dr. Jwers: Jawohl!

Antrag auf Protokollberichtigung.

Rechtsanwalt Dr. Jaffé: Ich beantrage, das Protokoll zu berichtigen, da der Bericht der Presse richtig und das Protokoll nicht richtig ist. Ich beantrage ferner, sämtliche anwesenden Sachverständigen zu vernehmen, welche bestätigen werden, daß meine Bemerkung gestern sich nicht gegen den Vorsitzenden, sondern gegen den Staatsanwalt richtete. Ich beantrage, das Protokoll zu

verlesen; ich habe schon gestern den Antrag auf Berichtigung des Protokolls schriftlich eingereicht. Ich bitte die Verhandlung abzusehen, bis mir der Beschluß über die Ordnungsstrafe zugestellt ist.

Vorsitzender: Die Berichtigung des Protokolls lehne ich ab. — Rechtsanwalt Dr. Jaffé: Ich bitte dann um Gerichtsbeschluß. Ich bitte nochmals um Ausfertigung des Gerichtsbeschlusses, da ich mich in meiner Verteidigung beschränkt fühle und der Pressebericht objektiv richtig ist. Ich bemerke außerdem, daß das Protokoll nichts über die verschiedenen Wortentziehungen und Wortunterbrechungen enthält. — Vorsitzender: Ich möchte zunächst einmal wissen, wie Sie zu dem Protokoll gekommen sind. Das Protokoll ist noch gar nicht abgeschlossen. — Rechtsanwalt Dr. Jaffé: Das Protokoll ist ein Bestandteil der Akten und die Akteneinsicht ist mir gestattet. Ich habe den Protokollführer um Einsichtnahme ersucht und er hat mir das Protokoll gezeigt.

Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück. Der Vorsitzende verkündet:

Das Gericht hat eine Berichtigung des Protokolls abgelehnt, und zwar aus dem Grunde, weil die Berichtigung des Protokolls nicht Sache des Gerichts, sondern Sache des Vorsitzenden und des Gerichtsschreibers ist. — Ueber alle übrigen Anträge der Verteidigung wird das Gericht später im Zusammenhang beraten. Außerdem hat das Gericht eine dienstliche Neuverteilung des Gerichtsschreibers veranlaßt. Dieser hat folgendes erklärt: Als ich nach Beendigung der Sitzung nach Hause gehen wollte, traf ich im Saale mit dem Rechtsanwalt Dr. Jaffé zusammen und kam mit ihm ins Gespräch. Dr. Jaffé erklärte dabei, daß seine Bemerkung sich nicht auf den Vorsitzenden, sondern auf den Staatsanwalt bezogen habe. Ich entgegnete ihm, daß nach meiner und der Ansicht des Gerichts der Vorsitzende gemeint war, und ich zog das Protokoll, welches ich zur Vervollständigung mit nach Hause nahm, hervor und las dem Dr. Jaffé nur die betreffende Stelle des Protokolls auf der entsprechenden Seite vor. Dabei konnte der Verteidiger auch eine andere Stelle des Protokolls wohl sehen. Ich betone ausdrücklich, daß ich eine Einsicht in das Protokoll nicht gestattet habe.

Sind die Todesfälle auf Genickstarre zurückzuführen?

Von Rechtsanwalt Dr. Jaffé wird folgender Antrag gestellt: Wir beantragen als Zeugen bezw. Sachverständige zu laden: 1. Eggeling Fischer, Professor an der Universität zu Berlin, der bekunden soll, daß Methyllalkohol, welcher ebenso wie Methyllalkohol zu den primären Alkoholen gehört und somit nur quantitativ, nicht qualitativ von Duzenden anderer Alkohole verschieden ist, an Giftigkeit von den anderen Alkoholen sich nicht unterscheidet; 2. Dr. Robert Gohn, Dozent an der freien Hochschule in Berlin, darüber, daß „Spiritol“ identisch ist mit Methyllalkohol, und daß die Inserate der „Pharmazeutischen Zeitung“ über „Spiritol und Spiritogen“ vom Jahre 1911 sehr leicht Drogisten in der Meinung bestärken konnten und auch bestärkt haben, daß Methyllalkohol tatsächlich nicht giftig ist; 3. den Physiologen Professor Dr. Jusch, der bekunden wird, daß Methyllalkohol auch nach seiner jetzigen Ansicht nicht giftig ist und daß die Krankheiten und Todesfälle im April offenbar auf „meningitis cerebro-spinalis epidemica“, d. h. auf Genickstarre, zurückzuführen seien. Schließlich wurde noch beantragt, dem Geheimrat Frölich aus dem Ministerium des Innern zu laden, der bekunden muß, daß man selbst im Ministerium des Innern nicht mit der Vergiftungsmöglichkeit durch den Genuß von Methyllalkohol gerechnet hatte.

Die Beschlußfassung über diese Anträge wird vom Gericht einstweilen ausgelehnt, ebenso die Beschlußfassung über einen weiteren Antrag der Verteidigung, sämtliche 46 Ärzte des Rudolf-Virchow-Krankenhauses zum Beweise dafür zu laden, daß es ihnen bis dahin nicht bekannt war, daß Methyllalkohol giftig sei.

Hierauf wird

in der Zeugenvernehmung fortgefahren.

Einige Zeugen sind vorgeladen worden, weil sie bekunden sollen, daß Scharmach bei einer Gelegenheit geäußert haben soll: er habe eine Erkundung gemacht und werde nun entweder reich oder komme ins Gefängnis. Die Zeugen wissen aber Bestimmtes nicht darüber zu bekunden, sie haben nur Unbestimmtes gehört.

Längere wissenschaftliche Ausführungen macht der Sachverständige Kernarzt Dr. Rudolf Herfer aus Charlottenburg, der in der Münchener medizinischen Wochenschrift eine Abhandlung „Ueber die Wirkung des Methyllalkohols“ veröffentlicht hat. Er bekundet u. a., daß er schon 1910 über Methyllalkohol gearbeitet hat. Infolge der Schwierigkeit, zu erklären, warum der Methyllalkohol in einigen Fällen schädlich wirkt, in den anderen nicht, ist er noch nicht zu einem bündigen Resultat über die Giftigkeit gekommen. Auch die letzten Verhandlungen haben diese Unklarheit wissenschaftlich noch nicht geklärt. Er habe jedoch wegen der nicht vorauszu- sehenden Wirkungen des Methyllalkohols schon 1910 es als gefährlich, mindestens als schädlich zu bezeichnen. Wie die verschiedene Wirkung des Methyllalkohols auf die Menschen zu erklären, siehe noch nicht fest; nicht unmöglich sei es, daß von Menschen, die stark transpirieren, der Methyllalkohol vielleicht ebenso ausgeschieden wird, wie der Methyllalkohol. Jedenfalls sei der reine Methyllalkohol

zeugt, daß wir hier in Lancashire unter dem Druck des Streiks die ganze Angelegenheit innerhalb einer Woche regeln können.“ Ein Beamter des Verbandes zeigte mir die Rechtsseite der Medaille. „Das Minimallohngesetz“, so hub er an, „ist keineswegs so schlecht, wie es hier dargestellt wird. Auf alle Fälle wird es uns nichts helfen, uns zu sträuben. Wenn wir uns nicht gleich anschicken, unsere Vertreter ins Distriktsamt zu schicken, so wird ein Regierungsvertreter unsere Löhne festsetzen. Der Widerstand gegen das Gesetz ist also vergebens. Es fragt sich nun, ob wir mehr erzielen können, wenn wir während der Verhandlungen im Zustand verharren. Man spricht davon, daß die Fortsetzung des Streiks einen Druck ausüben werde. Einen Druck auf wen? Auf die Regierung? Die hat ihre Befolgung schon auf eine zu harte Probe gestellt, als daß wir noch mehr von ihr erwarten könnten. Einen Druck auf die Arbeitgeber? Deren wäre die Fortsetzung des Streiks gerade recht. Sie haben vor und während des Streiks gewaltige Profite gemacht, und je länger der Streik dauert, um so länger wird die Periode hoher Kohlenpreise andauern, die unbedingt folgen muß. Aber setzen wir den wahrscheinlichsten Fall, daß es uns in Mittelengland gelingt, uns in kurzer Zeit mit den Kohlenbesitzern im Distriktsamt über die Höhe der Minimallohnsätze zu einigen. Sollen dann die mittellenglischen Distrikte warten, bis die Angelegenheit nach Wochen in Wales, Schottland und Nordengland geregelt ist? Das wäre gefährlich. In einzelnen Landesteilen würden dann wahrscheinlich die Arbeiter, deren Minimallohn geregelt ist, die Arbeit wieder aufnehmen. Aus der disziplinierten Armee der Föderation würde in kurzer Zeit ein Mob und die Föderation, an der wir jahrelang gekaut haben, mühte neu organisiert werden. Das Wichtigste für uns ist jetzt, unsere Truppen ebenso geschlossen wieder zur Arbeit zurückzuführen, wie sie in den Kampf traten.“

Welche Mehrheit wird entscheiden, ob der Kampf fortgesetzt werden soll? Darüber hat sich die nationale Konferenz nicht ausgesprochen. Aber Sie können sicher sein, daß man den Kampf abbrechen wird, auch wenn keine Zweidrittelmehrheit für den Schritt vorhanden ist.“ Und werden die Arbeiter dem Befehl der nationalen Konferenz, die diese Woche stattfindet, in jedem Falle Folge leisten? „Dessen können Sie sicher sein.“ Unter anderen Dingen erfuhr ich hier, daß diese Versammlung die erste seit dem Anfang des Streiks sei. So stark ist das Gefühl der Solidarität bei diesen Knappen von Lancashire, daß es während eines Streiks keiner Versammlungen bedarf, um die Kämpfer zusammenzuführen.

Ein junger Bergmann mit großen treuerzig dreinschauenden braunen Augen, mit dem ich zuerst sprach, war offenbar des Kampfes müde. Bei der letzten Verteilung der Streikunterstützung, die die Masse erschöpft habe, so erklärte er mir, habe man nur 2/3 Schilling bekommen. Anders stand es mit den alten Grauföpfen, mit denen ich ins Gespräch kam. Diese waren samt und sonders für den Kampf bis aufs Messer. Ein alter Kontrollwagemeister erklärte mir seinen Standpunkt. „Es ist falsch“, sagte er, „jeht den Kampf abzubrechen, wo wir so nahe vor dem vollständigen Siege stehen. Die Presse will uns glauben machen, wir hätten mit dem Minimallohngesetz alles gewonnen. Wir Arbeiter wissen es besser. Was nützt uns das Prinzip, wenn wir den Minimallohn nicht in handgreiflicher Gestalt in Schilling und Pence vor uns haben? Wir sollten im Kampfe ausharren, bis wir wissen, wie hoch der Minimallohn in jedem Distrikt ist. Und wir können ausharren auch ohne Unterstützung, wie wir es oft getan haben. Ich bin über-

als schädlich anzusprechen. — Rechtsanwalt Dr. Höber richtet an diesen Sachverständigen eine große Reihe von Fragen, die das Ziel haben, festzustellen, ob nicht die Möglichkeit vorliegt, daß der Methylnalkohol erst durch die Effenzen, die die Gattin zusetzt, so stark giftig wird. Der Sachverständige glaubt dies nicht, kann auch Bestimmtes darüber nicht äußern, da er nicht weiß, um welche Effenzen es sich handelt. — Als Rechtsanwalt Dr. Höber noch weiter durch Fragen dieses Thema erörtert zu haben wünscht, erklärt der Vorsitzende, daß diese Fragen schon beantwortet sind, und als Dr. Höber näher begründet, weshalb ihm die genaue Beantwortung wichtig erscheine, entzieht ihm der Vorsitzende das Wort.

Suggerivfragen?
Dann kommt es wieder zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und der Verteidigung.

Rechtsanwalt Dr. Jaffe: Ich habe noch einige Fragen zu stellen: Herr Sachverständiger, Sie haben sich ja mit diesen Dingen beschäftigt. Es gibt bekanntlich drei Arten von Alkohol. Das ist doch richtig? — Der Vorsitzende unterbricht hier in energischem Ton und ersucht den Verteidiger, derartige Suggerivfragen nicht an den Sachverständigen zu richten. — Rechtsanwalt Dr. Jaffe: Ich muß mich gegen den Vorwurf verwehren, daß ich suggestiv Fragen stelle. — Der Vorsitzende erklärt nochmals, daß solche Fragen mit der Einleitung: „es gibt bekanntlich“ und dergleichen nicht am Platze seien. — Rechtsanwalt Dr. Jaffe: Ich verweigere mich energisch dagegen. — Vorsitzender (erregt): Sie haben sich gar nicht energisch zu verhalten. Ihnen steht die Bekanntschaft nach allen Dimensionen zur Sache zu erliegen! — Dr. Jaffe: Für mich ist die Sache lange nicht erledigt. Das ist eine unbegründete Beschuldigung. — Hierauf erheben sich die Mitglieder des Gerichtshofes wie ein Mann und ziehen sich zu längerer Beratung zurück.

Es verläßt der Vorsitzende dann folgenden Beschluß des Gerichts:

Rechtsanwalt Dr. Jaffe wird wegen Ungebühr in der Sitzung in eine Geldstrafe von 100 M. genommen.

Rechtsanwalt Dr. Jaffe beantwortet: 1. Das Protokoll zu verlesen; 2. den Vorgang, der zu dem Beschluß des Gerichts geführt hat, zu protokollieren, insbesondere die Bemerkung, daß der Verteidiger suggestiv Fragen stelle; 3. ihm die Ausfertigung des Gerichtsbeschlusses zuzustellen und bis dahin die Verhandlung auszusetzen, auch den Beschluß zu begründen.

Vorsitzender: Die Verlesung des Protokolls lehne ich ab. Die Begründung des Beschlusses ergibt sich aus dem Protokoll, ein Anspruch auf Ausfertigung des Beschlusses besteht nicht, sondern nur ein solcher auf Abschluß. — Da der Verteidiger Gerichtsbeschlüsse zu haben wünscht, zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Der Vorsitzende verläßt sodann: Das Gericht lehnt die Anträge ab. Was in das Protokoll aufgenommen wird, hat lediglich der Vorsitzende zu bestimmen. Die Ausfertigung der Verhandlung ist geschehen nicht begründet und wird ebenfalls abgelehnt. Ein Anspruch auf Ausfertigung des Beschlusses steht auch nach der Ansicht des Gerichts dem Verteidiger nicht zu, sondern nur auf Abschluß. Hierauf wird die

Beweisaufnahme fortgesetzt.

Die erste Zeugin, die sich zu dem Scharmach belästigende Bemerkung, die dieser bei Gelegenheit eines Besuchs der Zeuginen Frau Grebe und Fräulein Widmann in Gegenwart des Angeklagten Meven gemacht haben soll. Es wird behauptet, daß bei diesem Besuch Scharmach unter Hinweis auf mehrere im Hofe stehende Glasballons gesprochen habe; er hoffe in der nächsten Zeit gute Geschäfte zu machen; Meven sei nicht Kaufmann genug. Da die Zeuginenpreise sehr hoch seien, müsse man auf Ersatzmittel sinnen und er habe solche gefunden. Dabei soll das Wort Methylnalkohol gefallen sein und Scharmach soll noch hinzugefügt haben: wenn man eine geringe Menge nehme, so könne es nicht schaden. Diese Darstellung stützt sich auf eine protokolllarische Aussage, die die Zeugin Widmann bei ihrer Vernehmung vor dem Kriminalkommissar Toussaint gemacht hat. — Die Zeugin Frau Grebe behauptet dagegen vor Gericht, daß Meven nicht gesagt habe, daß es sich um Methylnalkohol handle. Das Wort „Methylnalkohol“ sei bei jenem Besuch bei Scharmach nicht gefallen. Scharmach habe nur von Spiritus vini gesprochen und gesagt, er hoffe in der Zeit gute Geschäfte zu machen. Die Zeugin hat nachher, als sie erfährt, daß Fräulein Widmann von Methylnalkohol gesprochen, ihr Erntanen darüber ausgedrückt und von dem Fräulein das Jugenständnis erhalten. daß sie nicht ganz richtig ausgesagt habe. Die Zeugin hat dies dann auch auf Veranlassung ihres Vaters dreifach dem Kriminalkommissar Toussaint mitgeteilt. — Die hierauf vernommene Zeugin, Stille Widmann, bestätigt dies. Sie erklärt, daß allerdings von Methylnalkohol bei jenem Besuch bei Scharmach nicht die Rede gewesen sei. Auf Befragen des Justizrats Dr. Jovers behauptet das etwas verärgerte Mädchen, daß es bis dahin das Wort Methylnalkohol noch nie gehört gehabt habe und es erst aus der Zeitung kennen gelernt habe. — Trotz vieler Bemühungen des Lebenslängers Rechtsanwalts Zahn und des Justizrats Dr. Jovers ist aus der Zeugin nicht herauszubekommen, wie sie bei ihrer Vernehmung vor dem Kriminalkommissar Toussaint zunächst Nichts ausgesagt. — Kriminalkommissar Toussaint erklärt hierzu: Frau Grebe habe zur Entlastung des Angeklagten Meven sich auf das Fräulein Widmann berufen. Er habe diese ganz ruhig vernommen und in keiner Weise ihr irgend etwas suggeriert. Er sei sehr erstaunt gewesen, daß das Fräulein, welches den Meven entlassen sollte, ihrerseits von Methylnalkohol sprach und damit den Meven belastete. Die Zeugin sei nicht aufgeregt gewesen, sondern habe ihre Aussage ganz ruhig gemacht. — Diese Aussage wird von einem bei der Aussage zugegen gewesenen Kriminalbeamten bestätigt. Kriminalkommissar Toussaint gibt auf wiederholten Vorhalt vom Verteidiger die Modalität zu, daß das Wort „Methylnalkohol“ auch zuerst von ihm bei der Vernehmung des Fräulein Widmann gedruckt sein kann. — Die Zeugin Widmann wird vereidigt, nachdem der Vorsitzende sie nochmals auf den zweifellos vorhandenen Gegensatz zwischen ihrer heutigen und der früheren Aussage aufmerksam gemacht hat. Die Zeugin erklärt, daß sie von niemand beinflusst worden sei.

Eine Zeugin Frau Thon hat bei dem Angeklagten Jastrow eine von diesem, wie er angab, von einer neuen Sorte Spiritus verfertigte Scherkerbawie mit ausgetrunken. Sie hat etwa 7 Glas Roggen und nachher 6—7 Glas Bowle getrunken und will keine Beschwerden haben.

Die Verhandlung wurde alsdann auf heute um 9 Uhr vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Einfluß des Streiks der englischen Kohlenarbeiter auf den Kohlenmarkt in Rußland.

Nach einem Bericht des Kaiserlichen Konsulats in Charkow wird in Petersburg und dessen weiterer Umgebung ausschließlich englische Kohle verwendet, die im Frühjahr und Herbst in großen Mengen auf dem Wasserwege sehr billig eingeführt wird.

Der Streik der englischen Kohlenarbeiter ist daher nicht ohne Rückwirkung auf Petersburg geblieben; der Preis von 18 bis 19 Kopfen pro Kubikmetre ist bereits auf 30 Kopfen gestiegen, und man beschließt für das Frühjahr ein weiteres Steigen der Preise. Denn selbst, wenn der Streik bald zu Ende kommt, wird die Produktion zunächst in England verdrängt und an die Arbeiter in Italien, Spanien und Frankreich verkauft werden, die regelmäßig, und nicht wie Rußland periodisch, englische Kohle beziehen. Die russische Regierung ist daher mit dem Rate der Bergindustriellen übereinstimmend — Prodigol — in Verbindung getreten, und es soll in den nächsten Tagen eine Beratung über die Frage der Lieferung von Donzalkohle nach den baltischen Häfen im Frühjahr dieses Jahres stattfinden. Bereits in alternativer Zeit sollen Probepartien von Donzalkohle nach Petersburg abgehandelt werden.

Vor einigen Tagen haben bereits die Reichsbahnen 800 000 Kubikmeter Kohlen in Donzalkohle angekauft, da infolge des englischen Streiks die Kohlenpreise auch im Donzalkohle-Gebiet sehr gestiegen sind.

Wie das Kaiserliche Konsulat in Riew mitteilt, macht sich

der Preisrückgang der englischen Bergwerksarbeiten auch auf dem kleineren Kohlenmarkt mehr oder minder fühlbar, zumal gerade jetzt größere Kohlenposten für die demnächst zu eröffnende Schifffahrt auf dem Danje gebraucht werden und der Abschluß von Lieferungsverträgen behufs Verkömmerung der unanständigen Vorräte an Kohle auf den Südrusslandbahnen bevorsteht; auch werden zurzeit bedeutende Kohlenlieferungen von seitens verschiedener industrieller Unternehmungen in Auftrag gegeben. Das Donzalkohle Bergwerksgebiet dürfte kaum imstande sein, die ständig wachsende Nachfrage nach Kohle aus den eigenen Beständen zu decken. Unter diesen Umständen hat das Syndikat „Prodigol“ den Preis schon um 1 1/2 Kopfen pro Kubikmetre erhöht, und ist ein weiterer Preisaufschlag noch in diesen Tagen zu erwarten. Mehrere Kohlenabnehmer für kleineren Fabrikanlagen sind dem Vernehmen nach bereits sogar zum Preise von 1 1/2 Kopfen pro Kubikmetre, d. h. um 3 bis 3 1/2 Kopfen höher als sonst, zustande gekommen.

Spiritus in Oesterreich.

Die Oesterreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, der das Spirituskartell jährlich 500 000 Kronen rein abwirft, hat nun die größte Oesterreichische Spiritusindustrie, die der Brager Firma H. A. Brodke Sohn erworben. Sie mußte die Aktien, die zuletzt 14 Proz. Dividende brachten, mit 200 Proz. bezahlen. Aber sie tut das gern, denn man rechnet mit der Einführung des Spiritusmonopols im Jahre 1917 bei der Neuordnung des wirtschaftlichen Verhältnisses mit Ungarn und wenn dann die ganze Industrie „in einer kraftvollen Hand vereinigt ist“ — dann Gnade dir, armer Staat, und auch, noch ärmeren L. i. Steuerzahlern. So rechnen die Ganggewaltigen wenigstens.

Kinotrüß.

Von der Filmindustrie-Aktiengesellschaft war kürzlich eine Mitteilung in die Presse lanciert worden, wonach die deutschen Fabrikanten von Filmen: Reichter, Kustoskop und Bioskop, zu einer Einigung mit ihr gelangt seien. Diese Angabe entspricht, wie der Verband deutscher Lichtbildtheater mitteilt, nicht den Tatsachen, da die von der Fiag geforderte Garantie, den deutschen Filmmarkt nicht zu monopolisieren, nicht zu erlangen war. Damit bleibt die Fiag nunmehr auf den Betrieb ausländischer Filme beschränkt, und sie wird, um ihr Programm der Verwertung des Filmhandels durchzuführen, gegen die inländischen Konkurrenz Front machen. Die Sachlage würde sich also dahin zuspitzen, daß die Fiag den von ihr beziehenden Theatern vorschreibt, die Fabrikate der deutschen Konkurrenzfirmen zu kopulieren, um ihren eigenen (ausländischen) Filmen das Monopol zu sichern. Das wäre dann eine sehr seltene Art des Schutzes der nationalen Arbeit.

Wirkungen der Osmarkenspolitik.

Das „Berl. Tagebl.“ berichtet: In dem heijunstrittenen Kreise Guelen, in dem die Anstellungskommission fast zwei Drittel der Kreisfläche in ihrem Besitz gebracht hat, sind die Preise für Grund und Boden ungemein in die Höhe gegangen, wie nachstehender Fall beweist: die Gutswirtschaft in Tzieslanow, zu der 30 Morgen Acker gehören, wurde vor 16 Jahren für 15 000 M. verkauft. Jetzt erwarb der Rentier Lipowicz das Grundstück für 60 000 M.; das ist ein Gewinn von 400 Proz.

Warenhausgewinne.

Das größte Wiener Warenhaus, Gernegroß, ist als Aktiengesellschaft zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichtet. So erfährt man, daß der Reingewinn 1 465 000 Kronen betrug. Es werden 10 Proz. Dividende verteilt.

Soziales.

Prämien für Raubentwürger.

Der zuletzt in Welkenes wohnhafte Zimmermeister Ernst Krug schuldete der Krankenklasse des Maurergewerbes 1201 M. an Beiträgen und Eintrittsgeldern. Hierauf wurden 281 M. gezahlt. Der Rest von 920 M. war uneinbringlich. Nach § 82b des Krankenversicherungsgesetzes werden Arbeitgeber, welche den von ihnen beschäftigten Personen auf Grund des § 53 des Krankenversicherungsgesetzes Lohnbeiträge in Abzug bringen, diese Beiträge aber in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen oder die Krankenklasse zu schädigen, den Krankenkassen vorzuenthalten, mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Sind milde Umstände vorhanden, so kann ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden. Krug wurde auf Grund dieser Strafvorschrift angeklagt und dieser Tage auch verurteilt. Wie hoch war die Strafe, die der Staatsanwalt beantragte und zu der die 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin I verurteilte? Ganze 20 Mark Geldstrafe. Als mildernd wurde die Unbestraftheit und das Geständnis des Angeklagten angesehen.

980 Mark unterschlagen

ab 20 — Strafe

macht 960 Mark Gewinn.

Ruß die Niedrigkeit solcher Strafe — unsere Leser wissen, daß das keineswegs der erste Fall ist — nicht geradezu wie eine Prämie auf Unterschlagung von Arbeitergehältern und Kassengeldern wirken?

Tom Kindermarkt in Friedrichshafen.

In Friedrichshafen (Württemberg) fand am letzten Freitag wieder wie alljährlich der „Kindermarkt“ statt. Hunderte von Kindern im Alter von 11 bis 14 Jahren, Knaben und Mädchen, trafen mit Sonderdampfer ein. Am Landungsplatz warteten bereits die Bauern auf die Kinder, um „Arbeitskräfte“ zu bingen. Unter den Käufern kam es fast zu Schlägereien, wenn einer dem andern einen nahezu abgeschlossenen Vertrag durch ein höheres Angebot an Lohn gefährdete und den schon fast erlaufenen Nutzen wieder abspenstig machen wollte. Wie ein bürgerliches Blatt berichtet, mußten 30 Kinder zurückgewiesen werden, die das erste Lebensjahr noch nicht erreicht hatten oder deren Schulzeugnis nicht in Ordnung war. Die Zurückweisung durch den Verein zum Wohle der sogenannten Hütelinder und jugendlichen Arbeiter überhaupt“ blieb übrigens formlos. Sie kamen unter anderen Führern an und wurden auch alsbald verdingt.

Die Kinder kommen aus den Türoler Bezirkshauptmannschaften Meran, Landeck, Jenntal und Reutte, zum Teil aus den Tälern um den Arlbergstock. Die Bevölkerung dort lebt in großer Dürftigkeit; der rauhe, steinige Boden ernährt die Menschen nicht. Das ganze 19. Jahrhundert hindurch fanden bereits diese Hütelinderwanderungen nach Württemberg, Baden und Bayern statt. In Zeitnang, Ravensburg, Wangen, Waldsee, Reutlingen, Weingarten wurden früher Kindermärkte abgehalten. Heute findet nur noch in Friedrichshafen ein Kindermarkt statt. In früheren Zeiten mußten die Kinder den weiten Weg zu Fuß zurücklegen. Hedenachsel wurde in Säcken und Säcken; der Lebensunterhalt wurde von mühseligen Menschen den Kindern verdrängt. Heute bringen Extrazüge und Sonderdampfer die Kinder nach Friedrichshafen. Die Kleinen verhandeln selber mit den Bauern über den Dienstvertrag. Hat sich ein Dienstherr mit dem Kind geeinigt, so erscheinen beide vor dem Führer, wo der Vertrag endgültig abgeschlossen wird. Der Führer mischt sich nur ein, wenn der Lohn gar zu gering ist oder der Bauer in üblichen Ruf bezw. auf der schwarzen Liste des Vereins steht. In diesem Jahre waren es zwölf Bauern, denen der Markt gesperrt war, weil die Behandlung und Verpflegung der Kinder als gar zu übel befunden war. Die Kinder müssen sich hüten, aber auch andere landwirtschaftliche Arbeiten verrichten, weil erwachsene Dienstboten zu dem Lohn, den der Bauer zahlen will, schwer zu haben sind. Die Kinder müssen

in der Regel beim andern Dienstpersonal schlafen, die Knaben bei den Knechten, die Mädchen in der Wägelkammer. Daß diese Unterbringung für die Kinder große sittliche Gefahren in sich birgt, bedarf keiner Erläuterung. Dazu kommt die überlange Arbeitszeit, in der Regel auch eine Belastung mit Arbeiten, denen der kindliche Körper nicht gewachsen ist. Vom Schulbesuch sind die Kinder in Württemberg, Baden und Hohenzollern entbunden. Nur Baden hat den Schulzwang auch für diese armen Kinder eingeführt.

Pfarrer Schödt in Schwamm, der seinerzeit selber Hütelinder war, hat den obengenannten Verein zum Wohle der Hütelinder“ gegründet, um den Kindern eine verlässliche Begleitung mit auf die Reise zu geben und einer zu harten Ausnutzung ihrer Arbeitskraft entgegenzuwirken. Die vielen Prozesse, die für die Kinder gegen Dienstgeber geführt werden müssen, die den Armen ihren Lohn unrichtmäßig kürzen oder ganz vorenthalten wollen, legen Zeugnis ab von dem elenden Schicksal, das nur zu vielen der Kinder beizetel ist.

Im Sommer besucht der Obmann des Vereins, zurzeit Pfarrer Oaim von Landeck, die rund 70 Gemeinden, in denen die Kinder untergebracht sind. Am 28. Oktober ist die Dienstzeit aus. Die Kinder sammeln sich wieder in Friedrichshafen, sie werden von hier aus wieder in ihre Heimat beordert.

Der Kindermarkt in Friedrichshafen ist ein Schandfleck für die heutige Gesellschaft und Wirtschaftsordnung. Die Armut der Eltern und der Vorteil der Bauern wirken zusammen, daß sich dieser Sklavenmarkt bis in die Jetztzeit erhalten hat. Die Regierungen konnten einiges zur Linderung des harten Loses der Kinder tun, z. B. durch Vorschriften über das Maß der Arbeit, Arbeitszeit, Schaffung von abgesonderten Schlafstätten usw. Aber auch dieses wenige unterbleibt. Wann endlich wird die Regierung zur Beseitigung des Kinderelends auf dem Lande die Finger rühren? Warum veröffentlicht sie die Enquete über Kinderausbeutung auf dem Lande noch nicht?

Sicherung des Lohnes für die Frau.

Das Reichsgericht hat schon zweimal Gelegenheit gehabt, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die Gläubiger Anstellungsverträge anfechten können, die einen Teil der Lohnforderung des Schuldners für seine Frau oder Familie sichern. Das Reichsgericht hat erklärt, daß solche Verträge nicht gegen die guten Sitten verstößen, sondern gerade den sittlichen Zweck haben, der Familie ein menschenwürdiges Leben zu gönnen. In Betracht zu ziehen ist hierbei, daß der Lohnbetrag von jährlich 1500 M., den die Zivilprozedurordnung an sich schon als unzulänglich bezeichnet, bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht ausreicht, der Familie eines Kaufmanns oder sonst irgendwo geschulten Angestellten ein angemessenes Auskommen zu gönnen. In seiner Entscheidung vom 3. März 1908 (VII. 288/07, abgedruckt Band 69 Seite 59) hat das Reichsgericht deshalb den Sach ausgeprochen: „Außerdem aber ist an der bereits vom erkennenden Senat zum Ausdruck gebrachten Erwägung festzuhalten, daß die Gläubiger eines Schuldners keinen von der Rechtsordnung anerkannten Anspruch darauf haben, daß dieser seine Arbeitskraft zu ihren Gunsten in einer Weise verwertere, die es ihnen ermöglicht, zum Zwecke ihrer Befriedigung auf das, was sich als Gegenleistung darstellt (den Lohn), Zugriff zu nehmen.“ Diese Stellungnahme hat das Reichsgericht am Dienstag in einem Fall aufrechterhalten, in dem der Ehemann 1500 Mark erhielt und die Frau 10 500 M. Die Einzelheiten sind folgende:

Der Beklagte, der Kaufmann Sch., war bei einer Suppenwärfel-Gesellschaft H. u. S. in Berlin angestellt. Das Verhältnis wurde gelöst und die Gesellschaft machte gegen Sch. eine Forderung in Höhe von 18 000 M. geltend. Sch. trat einer neugegründeten Suppenwärfel-Gesellschaft bei, in die seine Frau auch Rezipient einbrachte. Sch. wurde als Geschäftsführer angestellt; er erhielt eine Vergütung von 1500 M. jährlich, seine Frau dagegen hatte mit für seine Tätigkeit an die Gesellschaft einen jährlichen Anspruch von 10 500 M. Frau Sch. sollte für die Gesellschaft mit tätig sein und ihren Mann vertreten; doch wurde ihre Tätigkeit nicht zur Vertragsbedingung gemacht.

Diesen Vertrag hat die frühere Geschäftsherrin, die Gläubigerin des Sch., wegen Ungültigkeit und Verstoßes gegen die guten Sitten angefochten. Sie ist mit ihrer Klage vom Landgericht und vom Kammergericht zu Berlin abgewiesen worden. Beide Gerichte haben sich auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts berufen und ausgeführt, daß weder ein Verstoß gegen § 823 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Verletzung eines Schutzgesetzes), noch ein Verstoß gegen die guten Sitten vorliege. Die Regelung habe ausdrücklich die Sicherstellung der Familienverhältnisse des Beklagten bezweckt. Ohne diese Regelung wäre der Vertrag des Beklagten mit der Gesellschaft überhaupt nicht zustande gekommen. Auch wegen der geltend gemachten Scheinnatur kann der Vertrag nicht angefochten werden, denn er ist in der ersten Absicht geschlossen, den Gläubigern den Zugriff zu dem Verdienst des Mannes unmöglich zu machen. Die Tatsache, daß Sch. bei Abschluß des Anstellungsvertrages keine weiteren Schulden gehabt hat, kann die Nichterfüllung des Vertrages nicht erweisen.

Das Reichsgericht hat das Urteil des Kammergerichts bestätigt und die von der Klägerin eingelegte Revision zurückgewiesen.

Die Tarifverträge in der Holzindustrie.

Die vom Deutschen Holzarbeiterverband abgeschlossenen Tarifverträge haben im Jahre 1911 wiederum sowohl hinsichtlich ihrer Menge, als auch der Zahl der in ihr Geltungsbereich fallenden Personen eine bedeutende Zunahme erfahren. Am Schlusse des Jahres 1910 waren 679 Tarifverträge für 113 603 Personen in Kraft. Von diesen gelten 520 für 80 648 Personen nach am Schlusse des Jahres 1911. In diesem Jahre wurden aber 428 Verträge für 42 377 Personen abgeschlossen, so daß am Jahreschlusse 1911 948 Verträge für 132 026 Personen in Kraft waren, welche sich auf 13 699 Betriebe verteilten. Von diesen Verträgen kommt die große Mehrzahl, nämlich 656, die für 107 499 Personen gelten, auf die Bau- und Möbelindustrie. Die Bärsten- und Pinselmacher haben 17 Verträge für 8095 Personen, die Drechsler 21 Verträge für 1418 Personen, Stock- und Schirmmacher 9 Verträge für 1204 Personen, Stelmacher 32 Verträge für 1818 Personen, Korbmacher 35 Verträge für 900 Personen usw. In der Liste der Tarifverträge sind alle im Verband vereinigten Berufsweige vertreten.

Der Deutsche Holzarbeiterverband legt bei seiner Tarifpolitik einen ganz besonderen Wert auf die Verlängerung der Arbeitszeit und er hat auch auf diesem Gebiet sehr wesentliche Erfolge erzielt. Abgesehen von einigen wenigen Verträgen für Einsetzer und Fortkettler sind in allen tariflichen Abmachungen Bestimmungen bezüglich der Arbeitszeit enthalten. Die nachstehende Uebersicht gibt die kürzeste innerhalb der Vertragszeit zu erreichende Arbeitszeit wieder und zwar für die je am Schlusse des Jahres 1910 und 1911 in Kraft befindlichen Verträge. Hiernach beträgt die vertragliche Arbeitszeit:

1910		1911	
Personen	Proz.	Personen	Proz.
48	51	39 833	22,6
51 1/2	54	59 418	45,4
54 1/2	57	31 800	24,4
57 1/2	60	9 867	7,5
über 60		100	0,1

Dennoch hat nur ein sehr kleiner Teil der unter dem Geltungsbereich eines Tarifvertrages fallenden Holzarbeiter eine Arbeitszeit von mehr als 57 Stunden. Die Zahl der Personen mit der kürzesten Arbeitszeit ist in erfreulichem Wachstum begriffen. Eine Arbeitszeit von 48 Stunden wöchentlich sahen 2 Verträge für 145 Personen vor.

Der wichtigste Vertragskontrahent des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe. Von den am Schluß des Jahres 1911 in Kraft befindlichen Verträgen waren mit ihm 126 für 71 670 Arbeiter abgeschlossen. Bekanntlich war das Streben des Arbeitgeber-Schutzverbandes seit der Inaugurierung der großzügigen Vertragspolitik im Jahre 1907 darauf gerichtet, für alle Verträge einen gleichen Ablauftermin herbeizuführen. Diese Sehnsucht nach dem sogenannten „Reichstarif“ war mit die wichtigste Triebfeder für die große Aussperrung, die damals in Berlin und einer Reihe anderer Städte durchgeführt wurde. Die Unternehmer hatten sich aber hinsichtlich der Widerstandskraft des Deutschen Holzarbeiterverbandes getäuscht. Nicht nur, daß sie beim Friedensschluß im Mai 1907 den Arbeitern wesentliche Zugeständnisse machen mußten, sie mußten sich auch darin finden, daß, als im folgenden Jahre wiederum die Verträge für eine Reihe von Städten zur Erneuerung standen, für diese ein anderer Ablauftermin festgelegt wurde. Seither läuft jeweils Mitte Februar eines jeden Jahres in einer Gruppe von Städten der Vertrag ab. Anfangs wurden die Verträge je für drei Jahre abgeschlossen. Seit dem Frühjahr 1911 ist auf Verlangen des Deutschen Holzarbeiterverbandes die vierjährige Vertragsdauer als Norm angenommen worden. Dadurch ist erreicht, daß die einzelne Gruppe nicht übermäßig groß wird, und daß auf absehbare Zeit der Einführung des „Reichstaries“ im Sinne des Arbeitgeber-Schutzverbandes ein Niegel vorgehoben ist.

Dagegen ist es dem Deutschen Holzarbeiterverbande gelungen, den „Reichstarif“ in dem Sinne einer größeren Vereinheitlichung des Inhalts der Verträge wesentlich zu fördern. Bei den Tarifverhandlungen des Jahres 1910/11 haben die Verbandsvorstände einen „Mustervertrag“ vereinbart, der viele Bestimmungen enthält, welche den Arbeitern so günstig sind, daß das Bekanntwerden des Mustervertrages im Unternehmerlager helle Entrüstung ausgelöst hat. Die Dresdener Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes im Jahre 1911 hat diesen Mustervertrag auch abgelehnt. Nichtsdestoweniger wird er von den Holzarbeitern in seinen wesentlichen Teilen in der Regel als Unterlage für die Formulierung der Forderungen benutzt und es ist zu erwarten, daß er sich allmählich durchsetzt. Ähnlich ist es mit einigen anderen Vereinbarungen. Schon im Jahre 1907 haben die Zentralvorstände ein Musterregulativ für paritätische Arbeitsnachweise und Regeln für die Klasseneinteilung der Städte hinsichtlich der Arbeitszeit vereinbart. Beide Vereinbarungen sind von der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes abgelehnt worden. Sie sind aber damit nicht aus der Welt geschafft, sondern gelten dem Holzarbeiterverband als Richtschnur für seine Vertretungen auf den fraglichen Gebieten, die ihrer Verwirklichung immer näher kommen.

Zu Späthjahr 1912 werden voraussichtlich wieder größere Vertragsverhandlungen in der Holzindustrie beginnen. Am 15. Februar 1912 laufen nämlich die Verträge in der umfangreichsten Städtegruppe ab. Zu dieser Gruppe gehört Berlin und mehr als 50 andere Städte in welchen insgesamt etwa 50 000 Personen in Betrieb

kommen. Den Kern dieser Gruppe bilden die Städte, die an der Aussperrung im Jahre 1907 beteiligt waren. Es bleibt abzuwarten, ob es die Unternehmer etwa gelüftet, das Spiel von damals zu wiederholen.

Aus aller Welt.

Die Protektoren der allein seligmachenden Kirche.

Im September wird es in Wien hoch hergehen. Der eucharistische Weltkongress, der im Jahre 1881 zum ersten Mal in Lille stattgefunden hat, in den letzten Jahren in London, Adin, Montreal und Madrid, soll in diesem Jahre mit besonderem Pomp in Wien inszeniert werden. Der Merkantilismus, der seit der Niederlage der Christlichsozialen bei den Wahlen im Juni v. J. seine Macht wanken fühlt, will im religiösen Gewande die Seelen wieder gewinnen. Es sollen 240 Bischöfe nach Wien kommen und 20 000 Priester werden beordert, um Messe zu lesen und Weichte zu hören. Aus der ganzen Umgebung von Wien und aus Wien selbst sollen einige hunderttausend Schulkinder zusammengebracht werden, die, wie offiziell mitgeteilt wird, im Schwarzenberggarten auf einmal die Kommunion empfangen sollen. Um die Manifestation noch großartiger zu machen, soll der Schulbeginn bis nach dem Kongress verschoben werden. Im ganzen Reiche sind Adel und Klerus an der Arbeit, die Vorbereitungen zu dieser politisch-kerkalischen Demonstration zu treffen.

Die ganze Demonstration wird mehrere Millionen kosten, und es war die Frage, wer die Kosten zahlen werde. Denn daß weder der Adel noch der Klerus mehr als ihr Protektorat dazu beitragen werden, war von vornherein klar. Nun hat die „Arbeiter-Zeitung“ den Schleier von dem Geheimnis weggezogen. Die Kosten für die kerkalische Demonstration werden von reichen Juden getragen werden, die in den Adelsstand erhoben werden sollen, wofür sie die entsprechenden Summen für den eucharistischen Kongress aufbringen müssen. Die „Arbeiter-Zeitung“ nennt vier jüdische Millionäre, mit denen man bereits handelsmässige Verträge, der Chef der Kohlenfirma David Verl und der Chef der Firma Grab, die alle, je nach den gezahlten Beträgen gewöhnliche „Edle“ oder „Barone“ werden sollen. Aber diese vier sind nicht die einzigen, sondern es ist ein förmlicher Markt etabliert worden, wo Adelsmittel an die Reichtümernden veräußert werden — zu Ehren der heiligen römischen Kirche.

Untergang eines Dampfers.

130 Menschen umgekommen.

Wie ein Telegramm aus Melbourne meldet, ist der Dampfer „Roombana“, der am 20. März von Port Hedland in Nordwestaustralien eine Reise nach den Nordhäfen Australiens angetreten hat und von dem seither nichts mehr gehört wurde, während eines starken Orkans mit 50 Passagieren und 80 Mann Besatzung untergegangen. Trümmer des Schiffes wurden 50 See-

meilen von Broome (Nordwestaustralien) entfernt, nördlich der Insel Bedout, gefunden.

Ueberschwemmung des Mississippi.

Der Mississippi, Nordamerikas gewaltigster Strom, ist über die Ufer getreten und hat meilenweite Strecken Land unter Wasser gesetzt. Die Ueberschwemmung ist die größte seit Menschen-gedenken. Zweihundert Meilen der Dämme sind bedroht. Bei Hickman (Kentucky) sind weite Gebiete überflutet und Tausende von Menschen obdachlos. Zehntausend Personen leiden in Hickman Hunger und Not. Von Cairo in Illinois bis Helena in Arkansas verlassen die Bewohner der Niederungen ihre Häuser und schaffen ihr Hab und Gut auf die Höhen. Der Materialschaden ist allenthalben groß. Bisher sind zwei Todesfälle gemeldet.

Menschenopfer einer religiösen Sekte.

In Lafayette im nordamerikanischen Staate Louisiana wurde am Dienstag eine Malatin verhaftet, die eingekleidet, 17 Regele getötet zu haben, um ihren Göttern Menschenopfer bringen zu können. Sie ist Priesterin einer großen religiösen Gemeinde, die es sich zur heiligsten Aufgabe gemacht hat, ihren Göttern zahlreiche Menschenopfer zu bringen. Wie es heißt, hat diese Sekte in der letzten Zeit 35 Menschen zu Ehren ihrer Götter hingeschlachtet.

Kleine Notizen.

Ein Tragödie. In der schlesischen Ortschaft Löwen bemerkten Passanten am Kanal ein kleines Kind, das durch Treiben zu versterben gab, daß seine Eltern sich in den Kanal gestürzt hätten. Nach kurzen Bemühungen wurde die Leiche einer Frau und die eines Mannes aus dem Wasser gezogen. Man vermutet, daß der Mann sich ertränken wollte und daß die Frau, die ihn davon abzuhalten suchte, mit ihm ins Wasser gestürzt ist.

Schwerer Unfall bei der österreichischen Marine. Während einer Übung landete in der Nähe von Stryass ein mit vier Mann besetztes Boot der österreichischen Kriegsmarine. Die Insassen stürzten ins Wasser und zwei von ihnen verfielen sofort in den Wellen. Die beiden anderen konnten zwar nach größter Mühe noch lebend gerettet werden, doch verstarb der eine von ihnen nach kurzer Zeit.

Ausbruch eines Vulkans auf den japanischen Inseln. Der Vulkan Mihayama auf der Insel Oshima befindet sich in heftiger Tätigkeit. Die Lava droht, die Dörfer zu verschlengen. Die Einwohner sind in Fischerbooten entflohen. Der letzte Ausbruch des Vulkans hat im Jahre 1868 stattgefunden.

Dynamitexplosion. Auf dem Kalischacht Anhalt bei Silberstedt explodierten gestern abend aus noch unbekannter Ursache 18 Zentner Dynamit. Durch die Explosion wurde an den Gebäuden der Umgegend erheblicher Schaden angerichtet. Menschen sind nicht verletzt worden.

Die Autosachen machen Schule. Drei im Automobil angekommene Männer drangen gestern in der Gemeinde Garnap bei Offen in ein Haus ein und raubten 2000 M. Sie entflohen dann im Kraftwagen. Es ist aber schon gelungen, zwei von ihnen zu verhaften. Es sind mehrfach mit Suchthaus verbestrafte Personen.

Ein nimm Löffeln Löffeln
 Ein nimm Löffeln Löffeln
 und überbrücken somit ein
 ommen Löffeln. So spinnst
 Gossinnest Wohlhoffen
 um Löffeln.

Lur Ojofolt moult' 6!

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.

Trotz hoher Tabaksteuer zu bekannt billigsten Engrospreisen!

Nebenstehende Original-Sumatra-Zigarre No. 92 rein überseeisch 100 Stück 4.30

Ant Norden No. 1899

Kleine Mexiko-Zig., 100 St. M. 3.—	Vorstenland, Import 100 St. M. 4.50	Casilda, 100 St. M. 5.—
Santa Clara (Manila) 100 St. M. 4.—	Victoria Pflanzler . . 100 St. M. 4.65	Senta 100 St. M. 6.—

Verkauf nur in Originalkisten (kein Einzelstückverkauf) 400 St. fr. Nachn. (Tabak allein 9 Pf. fr.)

Hörten-Bandtabak Nr. 1 95. 80 Pf. Nr. 2 90 Pf. Nr. 3 1.00 Pf. Pa. Hörten-Shagtabak per 1.50 Pf.

Czollek & Geballe Zigarren Berlin C., Neue Promenade 7 Tr. Engros, vis-à-vis Haupteing. Stadtbahnhof B5see.

Preisliste franko!

Strandrestaurant Richtershorn bei Grünau

Gewerkschaften, Vereinen, Familien zur gef. Kenntnisnahme, daß ich dieses Lokal übernommen habe und desselbe für das nächste Jahr empfehle. Gellische der Herrschaft Grünau-Schmückwitz.

Julius Reck.

Grünau **Grünau**

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten teile ich hierdurch mit, daß ich das Lokal von G. Lindenhayn, Friedrichstr. 2, käuflich übernommen habe und bitte um geneigten Zuspruch.

Otto Herzog.

Reste

Damentuche, schwarz u. farbig, Kostümstoffe, neue Stoffe, Seide, Sammet, Besätze, Futterstoffe, Plüsch zu Manteln, Chav-Kammgarne zu Knaben-Anzügen.

Konfektion: Paletots, Kostüme, Röcke, Kinder-Konfektion, auch gezielte Maß-Anfertigung.

Stets Gelegenheitskäufe!

Paul Karle, Warschauerstr. 18.

Bier-

Crémelkör (mit frischen Eiern), Vanille, Kakao, Rosen, Allasch, Cherry Brandy, Curacao, à la Benedictiner, à la Chartreuse und jeden anderen feinen Likör, hochklassige Kabinettliköre, vornehme Likörspezialitäten in kräftiger und gehaltvoller Qualität sowie köstliche Limonadensgrupe bereitet sich die auf ihren Vorteil bedachte Hausfrau vollkommen originalgetreu selbst und zwar mit den berühmten „Original-Reichel-Essenzen“. Die Ersparnis ist eine unglaublich hohe, denn man bezahlt keine Phantasiepreise, die zum eigentlichen Wert in keinem Verhältnis stehen, sondern nur den Selbstkostenpreis der Einzelbestandteile, wogegen die Verkaufspreise für fertige, besonders fremde, durch Zollsbesen verteuerte Fabrikate, häufig um das Doppelte bis Achtfache höher sind, bei gewissen Sorten bekanntlich aber der Name mitbezahlt werden muß.

1912

Man probiere! Der Geschmack entscheidet!

Vor Nachahmungen sei dringend gewarnt! „Original-Reichel-Essenzen“ sind in Drogerien erhältlich, echt nur mit „Marke Lichtherz“. Wo nicht vorrätig, wende man sich an die Fabrik Otto Reichel, Berlin SO. Aufklärende interess. Broschüre mit erprobten Rezepten: „Die Destillierung im Haushalt“ gratis.

Manoli

Cigarettes Specialmarken

Abbas Dandy Gibson Girl

Monats-Garderobe Prinzenstraße 8

Die besten Anzüge u. Paletots in neu sowie von Kavaliere getragene, fast neu, für jede Figur passend, sind in groß. Auswahl stets zu staunend billig. Preislisten zu haben.

F. Grad Prinzenstraße 8. Vorzeiger dieses 5%, Rabatt. Bitte auf Hausnummer zu achten.

85 Küchen- 60 Sofas,

große Vollen Schreib-tische, Bücherschränke, Schlafzimmer, Herren-zimmer, Speisezimmer.

Ehrlich, Alte Schönhauser Str. 32.

Chic und elegant

Kleidet man sich nach den Favorit-Schnittmustern, deren Auswahl aus dem soeben erschienenen Favorit-Modenalbum getroffen wird: ca. 800 neueste Modelle bieten eine reiche Modenschau. Favorit-Modenalbum zum Preise von 60 Pf., franko 70 Pf. bei O. Müller, Berlin 7, Spittelmarkt 5.

Achtung! Schmückwitz.

Es gibt nur ein „Gasthaus zur Palme am Seddinersee“, Endpunkt der Grünau-Schmückwitzer Uferbahn, herrlich an der neuen Zugbrücke und am Walde gelegen. Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. An Wochentagen stalle Partien von mindestens 200 Personen Beteiligung das gesamte Lokal zur Verfügung.

Hermann Peter.

Wir behaupten

daß die Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. infolge ihres Verkaufs-Systems **Selbstkostenpreis + 10 % Provision**

dem Publikum ganz besondere Vorteile bietet. Diese Vorteile bestehen nicht nur in Ersparnissen von ca. 15 % und mehr, sondern auch in einer unübertroffenen Reellität, da jede willkürliche Preisforderung und jeder willkürliche Gewinnaufschlag ausgeschaltet werden und deshalb jedes Interesse fehlt, minderwertige Ware zum Verkauf zu bringen.

Unsere Läger in fertigen Herren-, Jünglings-, Knaben-, Sport- und Berufskleidern sind in allen Preislagen, Größen und Weiten reichhaltig sortiert.

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H. Nur: **Neue Schönhauser Straße 1**, Ecke Weinmeister- und Münz-Straße.

Deutschlands größtes Etagen-Geschäft dieser Art.

H. K. G. gesetzlich geschützt.

Filialen oder Laden-Geschäfte unterhalten wir nicht.



Wir beweisen

die strenge und gewissenhafte Durchführung unseres Verkaufs-Systems: **Selbstkostenpreis + 10 % Provision**

durch folgendes Attest des vereidigten, gerichtlichen Bücher-Revisors:

Im Auftrage der Herren-Kleider-Vertr.-Ges. m. b. H., Neue Schönhauser Straße 1, habe ich eine Prüfung des Warenlagers an der Hand der Einkaufsrechnungen vorgenommen; ich habe hiernach einwandfrei festgestellt, daß die zum Verkauf angebotenen Waren dem Verkaufssystem entsprechend Selbstkostenpreis + 10 % Provision berechnet und ausgezeichnet sind.

Berlin, den 28. Februar 1912.

(Siegel.)

gez. **Ferd. Grau**,

Gerichtlich vereidigter Bücherrevisor.



5 Prozent Rabatt beim Vorzeigen dieses Inserats

Engros-Lager! Für Damen!

Einzel-Verkauf nur von 12—8 Uhr!

Kostüme hocheleg., in blau, 15, 25 u. 40 M.
Kammgarn u. engl.
Backfisch-Paletots . . . 6, 8⁵⁰ u. 12 M.
Schwarze Frauen-Tuch-Paletots 15 u. 20 M.

Ein Posten **Kinder-Paletots**
enorm billig 2⁵⁰, 4⁰⁰ und 5⁵⁰

Kein Laden! Sonntag geöffnet! Fahrgeld ersetzt!

H. Heymann, Grüner Weg 48, part.
— an der Koppenstraße —
Fahrgelgeh.: Elektr. Bahn Nr. 1, 3, 6, 16, 22, 31, 46, 76, 78, 79.
Umtausch gestattet.
Versand n. außerhalb portofrei geg. Nachnahme!

Verlagsanstalt G. Birk u. Co., m. b. H., München.

Bei uns erschienen:

Süddeutsche Volksbücher:

Heft 1: **Paul Kampfmeyer:**

Weltanschauung und Sozialdemokratie.

Aus dem Inhalt: Vom Werden der Weltanschauung. — Das Wesen der Sozialdemokratie. — Ethik und Sozialdemokratie. — Religion, Materialismus und Sozialdemokratie.

Heft 2: **Paul Kampfmeyer:**

Sozialdemokratie und Kirchentum.

Aus dem Inhalt: Kirche und Staat im heiligen System. — Vom kirchlichen Staat zum Staatskirchentum. — Die zusammenbrechende hierarchische Herrschaftsmacht. — Los vom Staatskirchentum. — Antikatholische freie Kirche und freier sozialer Staat. — Religion ist Privatfache.

Heft 3: **Lothar Engelbert Schläpfer:**

Das Elend der preussischen Verwaltung.

Aus dem Inhalt: Bürokratie, Amtsgeheimnis und Amtsverschwiegenheit. — Die Verwaltung durch Konservative und Zentrumskräfte. — Die preussische Gemeindeverwaltung. — Demokratie, Kultur und Verwaltung. — Der Zweck des Zweckverbandsgesetzes. — Zum sozialdemokratischen Kommunalprogramm für Preußen.

Preis jedes Heftes 40 Pf.

Früher erschienen:

Dr. Fritz Brupbacher:
Kindersegen und kein Ende?
Preis 30 Pf.

Rudolf Franz:

Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt
Reich illustriert. Preis 1 M.

Rudolf Franz: Abrechnung. Politische Versuche.
Reich illustriert. Preis 1 M.

Wilhelm Schröder:

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage
Gebunden Preis 7 M. 283/6*

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 30 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz**, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung.

Ohne Anzahlung

liefern an jedermann

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemer Abzahlung

komplette Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne

Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen
Portieren, Gardinen, Leib u. Bettwäsche, Steppdecken,
Teppiche, Gardinen, Betten, Kronen, Kinderwagen usw.
in modernster Ausführung. Ferner

Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Größte Auswahl neuester Fassons

S. DORN Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Straße

MIT EINEM AUGE

erkennen Sie die unberechenbaren Vorteile, welche Ihnen beim Einkauf von

Garderobe auf Kredit

in dem seit über 30 Jahren bestehenden und in allen Kreisen als streng reell und überaus kulant anerkannten Kredithaus

Julius Glogau

gehoben werden

Anzahlung	Neueste Moden	Wochenrate
von	Herrn-Anzügen, Ulstern, Paletots Damen-Kostümen, Mänteln, Blusen Röcken Kleidern, Kindergarderobe	von
3		1
Mark an	Möbel-Einrichtungen	Mark an

Achten Sie aber im eigenen Interesse auf die alte Firma:

Julius Glogau

G. m. b. H.
jetzt nur
Kottbuser Str. 28, Ecke Reichenberger Str. 15
direkt am Kottbuser Tor

Jeder Besucher unseres neuen Geschäftshauses erhält ein Ande k-en gratis!

1 Mark

wöchentl. Teilzahlungen
liefern elegante fertige

Herren-Garderoben

: Ersatz für Mass :
Anfertigung n. Mass
Tadellos Ausführung

Julius Fabian
Schneidermeister
Gr. Frankl. Str. 37^{1/2}
Eingang
Strausberger Platz.
11. Ge- Turmstr. 18
schäft: nur 1. Etage,
11 Köln Läden. 11

Albessinier-Pumpen

zum Selbstkaufstellen für
Gartenbesitzer u. Landbesitzer
kolonialen von S. W. an

Häselumpfen,
Gartenbrunnen,
Filter, Röhren,
Schläuche usw. Billigst.
Erdböhrer teilweise.

Karl Köchlin & Co.
Berlin SW.,
Alte Jakobstr. 20/22
(IV 1076.)

Kleine Zigarrenfabrik

mit oder ohne Inventar, kraftfähig
halber zu verkaufen. 12 Arbeiter,
mit guter Rumbich. Anzahlung 4000
bis 7000 M., gütlich für Anfänger;
erbaut 1900. **Max Endig**,
Wintersdorf S.-A. 8895*

Sege-Kühner,

garantiert junge beste Legor, empfiehlt
F. Wegner, Mariannenstr. 34.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,

in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.



Blendol

Bei mir gibt's andre Mittel nicht,
ick bin bloß uff Blendol verpicht

Das beste flüssige Metallputzmittel.
In Glasf. zu 10, 15 und 25 Pfg., in Blechf. aller
Größen überall erhältlich.
Fabrik Urban & Lemm, Charlottenburg.

Berichtigung

zur Rezension meines Werkes „Die Arbeiterfrage“ mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebes und der psycho-physischen Einwirkung auf die Arbeiter, Nr. 302 des „Vorwärts“ vom 28. Dezember 1911.

Es ist gewiß äußerst peinlich, sich mit einer Kritik zu beschäftigen, die den Kern der Sache nicht erfasst und durch persönliche Gefälligkeiten eine Wirkung zu erzielen versucht. Dagegen sich zu wehren, kann zur Pflicht werden, um so mehr, als dieselbe tiefste Verstimmung unter den mir befreundeten intellektuellen Arbeitern hervorgerufen hat.

Zur Sache selbst: Der Kritiker schreibt: „Die Fragestellungen waren so läppisch, daß selbst Arbeiter dagegen protestierten.“ Mag Herr Link zu mir kommen und ich will ihm beweisen, daß wohl noch nie eine Untersuchung solche feilschen Alterationen hervorgerufen.

Es ist hier nicht meine Aufgabe, Herrn Link den tieferen Sinn der Fragen zu analysieren, und wenn er sich besonders über Frage 19 aufregt, also lautend: „Finden Sie Ihre Vergnügen mehr in der Familie oder im Wirtshaus?“ usw. usw., so darf ich wohl darauf hinweisen, daß diese Frage auf Wunsch des bekannten Seelenforschers Prof. Fozel aufgenommen wurde.

Kritik über, heißt möglichst objektiv die Bilanz ziehen, welche sich aus dem Gelesenen ergibt, aber nicht hier und da Bruchstücke herausreißen, das Endresultat vollständig übersehen und auf die Persönlichkeit des Verfassers los schlagen.

Kleines feuilleton.

Volkskalender 1849.

Dein Februar, Frankreich ist auf und davon, Napoleon griff nach dem Kaiserthron. Der März ist erschossen, er dachte zu frei, Er modert zu Kasatt auf einer Waise.

Hermann Dingg.

Dieses bisher ungedruckte Gedicht Hermann Dinggs teilt Frieda Post in einer Skizze über Hermann Dingg in den Revolutionsjahren im Aprilheft der „Süddeutschen Monatshefte“ mit. Der Dichter erlebte die 48er Revolution mit starker innerer Anteilnahme, von dem eine Anzahl bisher unbekannter Gedichte zeugen, als bayerischer Militärdiener. Als er 1849 nach Donauwörth mit ausrücken mußte, um den Auffständischen im badiischen Seefried entgegenzutreten, wurde er schuldig. Die Schwärze mit den Kasattier Opfern der Konterrevolution hatte Dingg zum Bruch mit seiner halloisen Stellung getrieben.

Götterdämmerung im Buchhandel? Unter den Berliner Buchverlagen geht ein düsterer Geist um. Man raunt von kompletten Umwälzungen, Trübsal und anderen Dingen. Man sieht, wie in seines Verlagsgarabales, feurig und furchtbar das Schicksal des soliden Verlagsgarabales, traditionellen Herkommens an die Wand geschrieben: Es wird ein Ende sein! Lacht euch an der Gänsebauern genügen, ihr Vandalen jeder Kalligraphie, die wir euch über euren Leib laufen machen. Schreibt keine Bücher mehr, ob dünn- oder dickbändig. Alles ist ein nutzloses Ding; denn die Manuskripte würden euch im Vulte vermodern.

Änderungs — falls sämtliche Verleger ihr schönes Talent im Pleitewachen entdecken würden, dann wär's furchtbar traurig. Kämlich — und das ist des Pudels Kern — erst kam August Scherl mit seiner „Dinaufste-Vibliothek“ in die Wachen. Und weil sie geduldet und an alten Schwarten zusammengebaut wurde, so kam es die Philosophen an der Zimmerstraße wahrlich nicht teuer, ihrer

statieren ist aber lediglich eine häusliche Wechselwirkung ausgelöst wird und darüber hinaus, ob etwa der Arbeiter durch die Maschine, die ihm grobe Arbeit teilweise abnimmt, geistig gewinnt, ferner welche Linien der seelischen Abnormierung charakteristisch bei den drei untersuchten Arbeiterkategorien, Berg-, Textil- und Metallarbeitern, hervortreten, welche Gedankenreihen die Monotonie der Arbeit unterbrechen usw. usw. und wie alle diese Einflüsse nach der physischen, psychischen und charakterologischen Seite hin niederzuschlagen. Und da bin ich zu dem Resultat gekommen, daß die moderne Technik eine ungeheure Demütigung des Menschen bedeutet. Solchen Verirrungen einer fittlich gewiß nicht hochstehenden Kultur muß immer wieder die schlichte Wahrheit entgegengehalten werden, daß jeder Mensch eine Seele hat, ein schließlich Einziges und Unerfessliches.

Meine Untersuchung ist die erste, die sich mit dem Seelenleben der Arbeiter beschäftigt, und es galt nur, bestehende Bausteine herbeizuflechten. Mögen Würdiger den Bau vollenden. Berlin, im Februar 1912. Adolf Lebenstein.

(Aus Raumangel bisher zurückgestellt.)

Entgegnung.

Herr Adolf Lebenstein ist über meine Besprechung seines Buches (vgl. „Vorwärts“ vom 28. Dezember 1911) arg verstimmt. Das kann ich begreifen. Wies doch die Besprechung nach, daß L. nicht über die Qualitäten verfügt, die zur Erörterung sozialwissenschaftlicher und psychologischer Probleme erforderlich sind. Lebenssteins „Verichtigung“ berichtet aber nichts, um mein Urteil zu entkräften. Das wenigstens konnte ich erwarten, daß L. meine sachlichen Einwände zu widerlegen versucht hätte.

Statt dessen begnügt sich L. mit der Wiedergabe aus dem Zusammenhang gerissener, von der Begründung gelöster, zum Teil noch ungenau zitiierter kritischer Bemerkungen von mir. Ich habe die Sammlung von Arbeiterbildern und die Herausgabe von Remoires „an sich verdientlich“ genannt, nur den Mangel an kritischer Sinn bei der Redigierung gerügt. Ich habe nicht geschrieben: „Die Fragestellungen waren so läppisch, daß selbst Arbeiter protestierten.“ sondern: „Die Fragestellungen waren so läppisch und so wenig eindeutig, daß selbst Arbeiter dagegen protestierten.“

Ich muß es ganz entschieden als höchst überflüssig zurückweisen, daß Herr Lebenstein mich zu belehren sucht, wie man Kritik übt. Sie wird sich bei mir immer nach dem Charakter und Wert des Buches richten. Meine Besprechung griff den Unterbau jeder Untersuchung, die Fragestellung und die Methoden der Bearbeitung, als verfehlt und unwissenschaftlich an. Da konnte ich mir die Kritik der „Resultate“, die ja nun die „Verichtigung“ in ihrer Reue (von der Richtigkeit zu schweigen) mit unübertrefflichem Pathos zum Ausdruck bringt, im einzelnen sparen. Trotzdem will ich das Fazit, in L.s eigenen Worten, nachholen. Man fasse sich vorher in Ernst!

Im Schlußkapitel stellt L. gegenüber: „Auf der einen Seite (Debet) die Unlustempfindungen — — — auf der anderen (Kredit) die heilsame Wirkung der Gefühlswerte als Gegengewicht.“ (S. 404.) Die Bilanzrechnung (S. 405) sieht nun so aus:

* Der Geh ist einschließlich der Gedankenstriche buchstäblich übernommen.

vollstehenden Bildungsbereitungen feierlichen Ernst mit pathetischem Wortschwall und patriotischem Augenaufschlag vor der Vorkwelt ihres Sozialpapiers auszubreiten. Mögen sie sanft ruhen — die Bildungsschauer. Aber nun? Wanderer von Berlin, so ihr durch die Klosterstraße entlangpilgert, erhebt eure Augen zu den mit Kellernbildern beschrifteten Wänden des Grundstücks der Gebr. Ullstein. Von diesen Schlaumeiern soll der Menschheit großes Heil widerfahren. Diese Trias ist nahe daran, allen Geist an sich zu reißen. In ihren Redorten bereitet sie die modernen Homunculi, so da mit Bildung gepulvert werden, um die Verleger von Pleitequalen zu befreien. Die Elite ihrer weit hinter Larnopol hergehobten Paracelsus beschenkt nun die Volkswelt unangefordertes Bürgerganz mit belletristischen Eine Marx-Bändchen, für die gewissen Autoren angeblich „Kopie“ Honorare bezahlt werden. Man will wissen, daß Herr Felix Holländer, sonst Kellernschel im Reinhardtischen Theaterzirkus, 40 000 M. für einen Roman einlade. Und neben ihm noch so ein paar Lockföder, wie Gerhart Hauptmann — oh leider! — an der Gebrüder Ullsteinschen Geschäftsgang. Von dem mageren Hapfen, den andere Autoren abbekommen, Schweigen natürlich alle bezahlten Kellernschel.

Aber sich da, schon taucht die Firma A. Wertheim als buchhändlerischer Konkurrent auf mit dem festen Plan einer Fünfzig-Pfennig-Bibliothek. Was nun? An der Koch- und Zimmerstraße herrscht Verwirrung. Wie kommt A. Wertheim dazu, den Geschäftsbereich zu unterminieren? Und man überlegt schon insoheim, wie man einen Riesen-Literatur-verfall aufmachen soll.

Stumm stehen alle Berliner Buchverlage, wie der Lohgerber, dem die Helle weggeschwommen sind. Sie wollen nicht mehr verlegen; sie wollen sich auf den Journalhandel werfen und den Scherl-Ullstein-Wertheim die Errettung der deutschen Literatur überantworten. Da kann es ja wirklich „schön“ werden auf dem preussisch-berlinerischen Barnack — Kreuzberg gehen. Und von der 40 000 Meterhöhe dieses Berges werden die Heilmittelbringer modernster Geisteskultur stolz hinabschauen auf leidenschaftliche Dichter- und Verlegerleiden zu ihren Füßen. Und das dumme Publikum wird wieder die Rechnung bezahlen müssen.

1800 Jahre Frühen. Sehr sorgfältig geflochtene, gut erhaltene Frühen, wie sie vor 1800 Jahren die Gallierinnen getragen haben, wurden bei einem interessanten Grabefunde ans Licht gebracht, über den der französische Archäologe Audouin berichtete. Es handelt sich um sechs Gräber, die vor einiger Zeit in Martre-de-Verges (Gün-de-Dôme) aufgedeckt wurden. Die Gegenstände, die aus dem zweiten nachchristlichen Jahrhundert stammen, sind äußerst zahlreich und trefflich erhalten; sie lassen sich nach Audouins Einteilung in drei Gruppen teilen. Die erste Gruppe besteht aus Tonwaren, rötlichen, ziemlich grob geformten Töpfen, und dann aus Gläsern, die von außerordentlicher Feinheit und Zartheit sind. Die zweite Gruppe setzt sich aus den zahlreichen Weigebn zusammen, die mit den Sägen in die Erde gelegt wurden; da gibt es elegante hölzerne Schalen und aßverwand Schmutzgegenstände; besonders interessant sind aus Weide geflochtene Körbchen, die mit Stroh gefüllt sind, um dem Toten auf seiner Reise ins unterirdische Reich die nötige Nahrung zu geben. Diese

Table with 2 columns: Debet and Kredit. It lists various items and their corresponding values, such as 'Unlust bei der berufsmäßigen Arbeit' and 'Lust an der berufsmäßigen Arbeit'.

Bilanz: 55,5 Proz. Defizit auf Kosten der physischen und psychischen Energie. (S. 406.) Es ist schade, daß man die Wirkung dieser „Rechnung“ durch Erläuterungen abschwächen muß. Man vergegenwärtige sich die Entstehung, die Gruppierung dieser Zahlen. Man gebe genau Posten für Posten durch. Der Mangel des Glaubens an „den lieben Gott“ (so ist die Frage formuliert) eine „Schuld“ auf Seiten der „Unlustempfindungen“! Jeder, der gewohnt ist, ernsthafte Bücher zu lesen, wird die tiefe Verstimmung des Kritikers über solche Spielereien, die typisch sind für das ganze Buch, begreifen. Er wird sich auch nicht über die Form meiner Abwehr wundern, von der ich nichts hinwegzutun habe. Steglitz, den 24. Februar 1912. Ernst Link.

Table titled 'Witterungsüberblick vom 3. April 1912.' with columns for Stations, Barometer, Wind, and other weather-related data for various locations like Swinemünde, Danzig, Berlin, etc.

Wetterprognose für Donnerstag, den 4. April 1912. Etwas wärmer bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden und wieder zunehmender Bewölkung; nachher leichter Regen. Berliner Wetterbureau.

Table titled 'Wasserstands-Nachrichten' showing water levels for various stations like Remel, Tücht, Bregel, etc., with columns for 'am 2. 4.' and 'seit 1. 4.'.

*) + bedeutet Hoch, — (Null) — *) Unterpegel. Nach telegraphischer Meldung ist die Oder bei Rattbor bis heute morgen auf 488 cm gestiegen, d. i. 0,4 m unter Auslieferungshöhe, und noch in langsamem Steigen.

Weintrauben, Rüsse, Kefel, ja auch ein kleiner Fruchtstich sind auf konzentriert. Das gleiche ist mit den merkwürdigen Coiffuren der Fall, die die dritte Gruppe bilden. Sie stammen aus den fünf Gräbern, in denen Frauen beerdigt waren, und sind sorgfältig geflochtene, in Locken gelegte Frühen aus natürlichem Haar. Außerdem wurden noch kleinere Gewänder, Tuniken, Gürtel, lederne Schuhe usw. zutage gefördert. Der Gelehrte hat die Ursachen studiert, durch die diese ungewöhnliche gute Erhaltung der Gegenstände herbeigeführt sein mag. Daß die Körper einbalsamiert waren, ist ausgeschlossen, denn sie geriefen, als sie an die frische Luft gebracht wurden. Die Konservierung mußte durch besondere Eigentümlichkeiten dieser Gräber bewirkt sein. Ausoffen hat diese in den Kohlenäuregasen gefunden, die sich in der Erde entwickelt hatten und bei den Ausgrabungen recht unangenehm aufgefallen waren. Sie mögen wohl die Konservierung hervorgerufen haben.

Notizen.

Die Ausstellung für Arbeitermöbel im Gewerkschaftshause ist am Freitag und Sonntag geschlossen, von Montag an aber wieder zur gewohnten Zeit geöffnet. Die internationale Hygieneausstellung in Rom wurde in ihrem ausländischen Teil eröffnet. Besonders gut ist Deutschland vertreten. Im Zusammenhang mit der Ausstellung wird am 14. April eine Tagung des 7. internationalen Tuberkulosekongresses in Rom beginnen. Scotts Südpolarexpedition. „Central News“ brachten einen Bericht, den Scott über seinen Vormarsch nach dem Südpol verfaßt hat. Der Bericht ist mit Scotts Schiff „Terra Nova“ nach Norwa auf Neuseeland gekommen. Der Vormarsch von den Winterquartieren, die sich am 81. südlichen Breitengrade befanden, nach dem Südpol erfolgte am 2. November 1911. Scott benutzte Rotorfahnen und Vornies. Am 4. Dezember geriet die Expedition jenseits des 83. Breitengrades in einen starken Schneesturm. In einer Nacht wurde die Schneeschicht 18 Zoll dick. Am 3. Januar 1912 war die Expedition bei 87 Grad 22 Minuten angelangt, dem südlichsten Punkte, dessen der Bericht Erwähnung tut, 150 Meilen vom Pol. Von hier trat eine Abteilung die letzte Gruppe des Marsches nach dem Pol an. Der Bericht schließt mit den Worten: „Da unsere Räder sehr spät erfolgen muß, ist es mehr als wahrscheinlich, daß fernere Nachrichten von uns im Laufe dieses Jahres nicht mehr eintreffen werden.“ Der Erzeuger des Erdgeruchs. Der kräftige Geruch, der vom Erdboden aufsteigt, wenn nach der langen Winterperiode oder nach einer mehr oder weniger großen Periode der Trockenheit der Regen die ausgedörrte Scholle erquickt und erfrischt, wird von den im Boden befindlichen Kolonien eines Bazillus namens Cadostria odorifera hervorgerufen. Wie viele ihrer gleichen besitzen auch sie eine ungemessene Lebenskraft, die die Trockenheit wohl zu überdauern, aber nicht zu unterdauern vermag. Kaum aber, daß der Boden sich mit Feuchtigkeit gesättigt hat, leben sie energisch auf und vernehmen sich dadurch, daß sie sich langsam fortbewegen. Dabei produzieren sie eine Substanz, die den würzigen Erdgeruch verbreitet.

Theater.

Donnerstag, 4. April 1912.
Anfang 4 Uhr.

Urania. Von Abbazia bis Korfu.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Generalprobe zum Einweihungsfest.
Kgl. Schauspielhaus. Geschlossen.
Deutsches. Kamlet.
Sirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Sirkus Sarrafani. Gala-Soiree.
Sirkus Schumann. Gala-Soiree.
Gabrieland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Tondendrale 48/49.
Welterbder an europäischen Rufen.
Nimmerwieder. Frühlings Erwachen.
Puffing. Hedda Gabler.
Romische Oper. Rigoleto.
Wespen. Der ideale Bauer.
Kleines. Und das Licht scheint in der Finsternis.
Königsgraber Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Geschlossen.

Kurfürstentheater. Der Schmutz der Madonna.
Neues. Der Vogelhändler.
Reichens. Geschlossen.
Schauspielhaus. Das große Geheimnis.
Berliner. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.
Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Reichens. Spielereien einer Kaiserin.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Schiller O. Wunderschöne Fächer.
Sch. u. S. Charlottenburg. Don Carlos.

Freie Volksbühne

Lessing-Theater.
Sonntag, den 7. April (1. Osterfeiertag):
Extra-Vorstellung.
Hauptmann: **Einsame Menschen.**
Einkaufskarten a M. 1.30 in allen Zahlstellen.

Thalia-Theater Schönthan: Der Raub der Sabinerinnen.	Neues Schauspielhaus Calderon: Das Leben ein Traum.
Lessing-Theater S., 14., 21. April: Wenn der junge Wein blüht.	Residenz-Theater S., 12. Mai: Emil Augier: Die arme Löwin.
Abendabteilungen Frederich: Das Familienkind.	Herrnfeld-Theater Sven Lange Samson und Delila.

Die Mitglieder d. Nachmittagsabteilungen können zu den Montagabendvorstellungen im Neuen Schauspielhaus Gastkarten a 1.30 M. beim Obmann im Theater (7-8 Uhr) erhalten. 24/13

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165
Neu eröffnet!
Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
Entree 50 Pf. 30/44

TYPOGRAPHIA
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
Ges. 1879
Gesamter Alexander Widmann M.A.S.

Sonntag, den 7. April 1912 (1. Osterfeiertag)
KONZERT
im großen Festsaal der „Neuen Welt“, Hasenheide.
Mitwirkende:
Kammersängerin Elisabeth Beskm van Endert, Kgl. Hofopernsängerin. — Anton Siemermans, Konzertsänger. — Das Neue Sinfonie-Orchester. [60/12]
Zum Vortrag gelangt unter anderem:
Frithjof, Chorwerk mit Orchester und Soli von Max Bruch.
Sinfonie No. 5 (C-moll) von Beethoven.
Eintritt 75 Pfennig, Kinder 20 Pfennig. Anfang 6 1/2 Uhr. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.
Einkaufskarten à 60 Pf. in der Musikalienhandlung von Zigarrengeschäften von P. Horsch, Engelstr. 15; G. Schulz, Kottbusser Tor; K. Bielefeld, Graefestr. 35; B. Söttger, Skalitzer Str. 107 und Zossener Str. 30; M. Köpfe, Yorckstr. 40; M. Käsmarck, Elisabethufer 37; H. Köpfe, Tilsiter Str. 46; W. Kolbin, Bülowstr. 56; G. Kühring, Jahnstr. 1; H. Parake, Büschingstr. 2; A. Rensky, Choriner Str. 29; E. Schulz, Mittenwalder Straße 2; W. Seidel, Bergmannstr. 56; G. Voigt, Elbinger Str. 77; in Neukölln: A. Abraham, Donaustr. 25; W. Chasté, Schillerpromenade 28; P. Opitz, Pfingstberg 74; A. Riedorf, Pannierstr. 40; Schönberg: K. Schönebeck, Brunhildstr. 7; Charlottenburg: F. Meyer, Hardenbergstr. 15, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen.
Für die Sänger: Sonntag, vorm. präzise 10 Uhr: Generalprobe.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute: Großes Konzert!!!
Musik. d. 5. Grde-Regis. z. F. Dirig. Oberm. Tschütsch.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Morgen Karfreitag: Geschlossen.
Sonabend, den 6. April: **Gr. Konzert.**

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr:
Von Abbazia bis Costa.
8 Uhr:
Weltbäder an europäischen Küsten.
(Von Hamburg bis Lissabon)

Zirkus A. Schumann
Heute Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Gr. Sportvorstellung.
5 Auroras 5
mit ihrem **lebenden Koullette.**
Auftr. von Fr. Dora Schumann.
Dir. Albert Schumann
sowie das übrige Sport-Prgr.
Um 9 Uhr:
Beginn des mit so großem Beifall aufgenommenen Ausstattungsstückes
Motorpferd
Am 1. und 2. Osterfeiertag!
2 Vorstellungen 2
Nachm. 3 1/2 Uhr u. ab 7 1/2 Uhr.
Der Vorverkauf für die Feiertage hat begonnen.

Passage-Panoptikum.
Während der Osterferien vom 1. bis 14. April inkl.
Volkstage!
Jedem 1 Kind frei. Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Zum **Das Riesenpaar**
Brühdid und Danore
Deutschland u. Frankreich um 110 mm größer als Machnow.
Er die größte Frau, die Sie je gelebt.
Beide lebend zu sehen ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
Gastspiel
Gertrude Barrison
Carl Hollitzer
Das Geisterfenster
und das große April-Programm mit 10 neuen Attraktionen!

Metropol-Theater.
Heute abend 8 Uhr:
Trilby.
Schauspiel in 4 Akten von u. P. M. Potter.
In Szene gef. u. Dirigt. Richard Schultz.
Am beiden Osterfeiertagen, abds. 8 Uhr:
Die Nacht von Berlin.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100
Donnerst., 4. April, 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Sonabend, den 6. April bis Dienstag, den 9. April
2 Vorstellungen 2
Nachmittags sahnen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circuskasse und an sämtlichen Billetverkaufsstellen von A. Wertheim.
Schluß der Saison: Dienstag, 9. April.

Herrnfeld Theater
Donnerstag, den 4. und Sonnabend, den 6. April:
Die Wienerhains
und
Die letzte Ehre.
An allen drei Osterfeiertagen:
Wie man Männer bessert
und
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Weltvorverkauf 11-2 (Theaterkass.)

Für den Inhalt der Zurecht abgenommen die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Ki-Ko
Kinemakolor®
bei
Kroll
ist die höchste Vollendung der lebenden Photographie, Kinemakolor ist wirkliche Farbenphotographie, kein schwarzer, kein übermalter (kolorierter) Film. Kinemakolor zeigt uns die Welt in den Farben der Natur: lebend, farbenprächtig, plastisch.
Eröffnung: Sonnabend, 6. April.
Täglich Vorstellungen von 4-11 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen von 3-11 Uhr.
* Kinemakolor ist die internationale Bezeichnung der naturfarbigen Lichtspiele nach dem Patent Urban-Smith.

Zirkus Busch
Donnerstag, 4. April, abds. 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend!
Die größte sensation. Neuheit!
Neu! **Iwanoff** Neu! (Leaping the Loop am schwing. Trapez), zurzeit der tollkühnste Luftakt, welcher jemals gezeigt wurde.
Neu! Die ausgezeichnet. Reiterfamilie! Neu! **Oriando-Barocco**.
Neu! **Miss Zefera**, ohne Sattel-Reiterin. Neu! **Herr Georg Burkhardt**. Fechtst. Schulreiter.
Jack Joyce, d. berühmte amerik. Cowboy u. Pferdebandiger.
Lasso-Arbeit i. höchst. Vollend. 9/4.
Uhr: **„Die Hexe“.**
Gr. Volks-Manege-Schauspiel.
Sonntag, 7. Montag, 8. April, an beiden Osterfeiertagen: je 2 gr. Gala-Vorstellungen, 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr: Kinder unt. 10 Jahren zahlen nachm. halbe Preise auf all. Sitpl. Gallerie volle Preise. In d. Nachm.-Vort.: Die Hexe in voller Aufführung.

Apollo Theater
ab 8 Uhr:
Vollständig neues Programm
Hermann Klink
mit neuem Repertoire
Ernesto Bellini
Telepat. Ohnomen ufm.

Admiralpalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Allabendlich: Tänz auf d. Eise. D. prcht. Elisabeth. Alpenzauber. Nachm.: Kunstaus-Produktionen. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassapreise.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Elite-Programm
Anfang 8 Uhr.

Königsstadt-Kasino.
Gle. Dolgmarkt. u. Alexanderstraße
Vom 1. bis 16. April:
D. anderwärts Riesenprogramm
Unter anderem:
Die heiratslustige Witwe.
Große Halle mit Orchest. in 1 Akt.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 192.
Neu einblüht:
Es gibt nur ein Berlin.
Gr. Neuheit in 6 Bildern von G. B. Garbi.
Ruffl von Arhr Steins.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Geschlossen.
Sonnabend und folgende Tage:
Es gibt nur ein Berlin.

Casino-Theater
Lohringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Heute und Sonnabend:
Ein Weib aus dem Volke.
An allen Feiertagen 8 Uhr:
Die lustige Strohvitwe.
Nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere lieben Frauen.

Folies Caprice.
Der Dorfmusikant.
Komiker Schnittz.
An allen 3 Feiertagen:
Der Poltzehund.
Das Broadway-Girl.

Voigt-Theater.
Donnerstag, den 4. April 1912:
Gastspiel in
Puhlmanns Theater. Schönhauser Allee 148.
Ein Sohn des Volkes.
Sensations-Vollstück in 3 Akten von Hans Müller und R. Berg.
Reffenöffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.

6. Wahlkreis.

Zur **Partei** am **Freitag** treffen sich die Genossen und Genossinnen um **1/10 Uhr** im **Café Türk** (früher **Bein**, in **Kolonie Grunewald**, **Subertusbader Straße 8**).

Abmarsch spätestens **1/11 Uhr** durch den **Grunewald** nach dem **Brauerei-Ausschank** in **Pichelsdorf**.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Urania-Vorstellung

Taubenkrahe 48/49
Sonntag, den 7. April 1912 (1. Osterfeiertag):

Von Meran zum Ortler.

Der **Wahlkampf** wird am 4. Uhr geöffnet. Die **Vorstellung** beginnt pünktlich 5 Uhr. — **Sitzes** a 65 Pfennig inkl. Garderobe sind im Bureau, **Engel- ufer Nr. 14/15**, zu haben. 81/11

Wegen der **Osterfeiertage** bleiben die **Bureaus** und **Arbeitsnachweise** am **Sonnabend**, den 6. April, von **1 Uhr** ab und am **Montag**, den 8. April, und **Diens- tag**, den 9. April, den ganzen Tag geschlossen.
Die **Kassierung** der Beiträge erfolgt in allen **Zahl- stellen** am **Sonnabend**, den 6. April, von **6 bis 8 Uhr** abends. Die **Ortsverwaltung**.

Schuhputz
Servus
das Beste

Überall zu haben in Dosen à 10 and 20 Pfg.
Fabrik: Lubzynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

„FREIER BUND“

Einkaufs- und Produktivgenossenschaft freier Gast- und Schankwirte
Berlins und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Berlin.

Bilanz 31. Dezember 1911.

Aktiva		Passiva	
Raffa-Konto	146,21	Mittelsbergguthaben-Konto	2430,88
Robillen-Konto	121,98	Aktionsfonds-Konto	1082,01
Sant-Konto	24,10	Genossenschaftler-Konto	736,38
Brauerei-Antell-Konto	300,—	Für Jungausfahrten	
Brauerei-Konto	2884,95	Gewinn- und Verlust-Konto	408,85
Genossenschaftler-Konto	1200,68		
	SR. 4827,92		SR. 4827,92

Mitgliederbewegung: Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1911 117, Zugang — Abgang 15. Mitin Mitgliederzahl am 31. Dezember 1911 102. Im Laufe des Geschäftsjahres haben sich die Mitgliederzahlen um 5170 B. vermindert und die Zahlsumme um 4500 B. verringert. Die Gesamtsumme aller Mitglieder beträgt am Jahresabschluss 2040 B.
Berlin, den 27. Februar 1912. 103/18
Herd. Matthes, 304. Greif.

Berliner Schweiz
Schillerwarte ' Gofener Berge
Karfreitag und Ostern Dampfer-Extrafahrten
mit Musik von der **Roederer Nebiling, Jannowitz- brücke, Schultheis-Restaurant.**
Abfahrt: Vormittags 9 Uhr, nachmittags 2 1/2 Uhr.
Fahrpreise: Hin und zurück vormittags 60 Pf., nachmittags 80 Pf.
Ostern: Vormittags 80 Pf., nachmittags 50 Pf.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten will ich hierdurch mein- in der
Oranienstraße 103
gelegenes Lokal in empfehlende Erinnerung bringen.
Gleichzeitig möchte ich auf meinen alleinig bekann- und kräftigen
Wittigstlich hinweisen.
Saal und Bereinigungszimmer, 500 Personen fassend, sind zu vergeben.
Julius Meyer
J. S.: Frau. Clara Augusta.

Den Vorwärts-Lesern gewähre Rabatt.

Wundervoll geslickte ab- **Portièren**
gepaßte **Portièren**
(Uebergardinen für Fenster) (Vorhangen für Türen)
in Qualität H. pro Fenster:
Flüsch . . . 3,35 bis 10,50
Naturleinen . . . 3,95 bis 20,00
Velvetplisch . . . 0,85 bis 7,00
Persisch (doppelt-seitig) . . . 0,75 bis 36,00
Kochelleinen . . . 6,75 bis 60,00
Pa. reitw. Tuch 16,50 bis 150,00
Nach auswärtig per Nachnahme.
Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Unterhalte nirgends Filialen!
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko.

Nathan Wand
129 Staliner Str. 129.
Die schönsten
Herren-Sommerpaletots u. Ulster
und **Anzüge** in neu- (sowie speziell) erfallige, auf Seide gearbeitete Garderobe, von 21411.
Kavaliere getragen, fast neu, für jede Figur passend, speziell danach angefertigt sind in großer Auswahl stets zu haben zu billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Staliner Str. 129.
Guduhofstr. 20/21
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Stoffe
Route 1. Anzug, Paletot etc. 3.—
Laden für Herren- u. Damen- u. Tüchler Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Achtung! **Herrenpartien!**
Restaurant „Havelschloß“
Farnspr. **Papenberge** Farnspr. Spd. 322 Spd. 322.
Wohlfisch, Gislwein, frische Curry
mogu freundschaftlich einladet **Otto Schöne**.

Auch Teilzahlung:
Nur **Möbel-Misch**
Gr. Frankfurter Str. 45/46

Teppiche
130x200: 5 bis 19 Mk
165x230: 10,50 bis 40 Mk
200x300: 22 bis 64 Mk
250x350: 32 bis 120 Mk
300x400: 67 bis 198 Mk
Gardinenhaus
Bernhard Schwarz
Wedstr. 13 (Dresdner)

50%
Kronen-Atmold
Abteilung für Stark- u. Schwachstromanlagen.

Knaben- und Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß am billigsten und realsten in der Fabrik
Koppenstr. 85, part., 2. Minuten v. Schles. Bahnhof.
Karl Hustädt.
Herren-Garderobe nach Maß.

Das Waren- u. Möbel-Kredithaus
Hugo Udo Cohn
Nr. 13 Kottbuser Damm Nr. 13
gewährt allen reell Denkenden
Möbel-Kredit
mit kleinster Anzahlung
Polsterwaren aus eigener Fabrik
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
1 Stube u. Küche Anzahlung v. 15 M. an
2 Stuben u. Küche Anzahlung v. 45 M. an
3 Stuben u. Küche Anzahlung v. 75 M. an
Grasses Lager — grosser Umsatz
Niedrige Speeren — niedrige Preise
Ganz kolossale Auswahl in
Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe
Manufakturwaren, Schuhwaren
Alles auf Teilzahlung
1 Mark Wochentrate 1 Mark
GRATIS-Ostereier!
gefüllt mit dem allerfeinsten Konfekt,
erhält jeder neu hinkommende
Kunde sofort beim Kauf ungetrigelt.

Unserer Genossin
Margarete Lorenz
nach ihrem jungen Mann die herzlichsten Glückwünsche zur **Hochzeit**.
Die Genossen des 302. Wahlbezirks des 4. Kreises.

Unserm früheren Bezirksführer
Karl Justin
und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur **Hochzeit**.
Die Genossen u. Genossinnen d. 302. Bezirks, 2. B. R.-W.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokr. Kreis-Wahlverein Nieder-Barnim.
(Bezirk Ober-Schöneweide.)
Am 1. April d. J. verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied, der **Dreher**
Max Genzmer.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute **Donnerstag**, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes aus statt.
211/1 Die Bezirksleitung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 2. April, vormittags 10 1/2 Uhr, unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der **Alempler**
Hermann Ansorge
an den Folgen eines Schlaganfalls verstorben ist.
Die Beerdigung findet am **Freitag**, den 3. April, nachm. 4 Uhr, auf dem **Stions-Kirchhof** in **Nordend** statt.
10208
Die trauernden Hinterbliebenen.

Sozialdemokratisch-Wahlverein Kreis Nieder-Barnim.
Bezirk Lichtenberg.
Nachruf.
Am 29. März, verstarb unser Mitglied
Wilhelm Heckmann.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksleitung.

Genossen und Freunden zur Nachricht, daß der ehemalige **Werkzeugmacher u. Lagerverwalter**
Adolf Reißner
14 Jahre bei der Firma **Robert Stod**, Berlin, Jenaerstr. 10/11, geboren und die letzten 10 Jahre **Kassier** in **Kandahar**, Kandaharstr. 7 am 1. April im **Großlichterfelder Krankenhaus** nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.
10046
Dies zeigt tiefbetriibt an
Frau Anna Reißner
und **Entelind**,
Gr. Lichterfeld-Str. 20.
Die Beerdigung findet am **Freitag**, nachmittags 4 Uhr von der Halle des **Freiwilligen Friedhofes**, Berlin, Pappelallee 15/17, aus statt.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltung Berlin.
Am Montag, den 1. April, verstarb nach längerem Leiden, der **Steinbildhauer**
Ernst Dietz
im Alter von 45 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet **Freitag**, den 3. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem **Graben-Friedhof** in der **Sausstr. (Schillerpark)** statt.
Um rege Beteiligung ersucht
20/4 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Schlichter**
Karl Simonsen
am 29. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
115/3 Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgruppen.
Ortsverwaltung Berlin.
Unserem Mitgliede zur Nachricht, daß der **Kollege, Bierfahrer**
Simon Blaszcak
(Schultheiß II) nach langem, schwerem Leiden am 2. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet **Freitag**, den 3. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des **Matthias-Kirchhofes** in **Süden**, **Schöneberger Straße 146**, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
42/13 Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter,
Frau Ida Neumann,
sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den Arbeitern des **Robbenfängerwerks Rummelsdörfer** und dem **sozialdemokr. Kreiswahlverein**, **Bezirk Franz-Buchholz** und Herrn **Bohne** für seine tröstlichen Worte am Grabe der Entschlafenen unsern herzlichsten Dank.
Ernst Neumann nebst Kindern.

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede u. verw. Gewerbe Deutschl. Zahlstelle IV.
Am Montag, den 1. April, verstarb unser Mitglied, der **Ges.- anhaltarbeitler**
Karl Stoeckel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute **Donnerstag**, den 4. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen **Jakobi-Kirchhofes**, **Neudän**, **Hermannstr. 148**, aus statt. 178/9
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme anlässlich der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem **135. Bezirk des Wahlvereins** und der **Frauen-Steinballe** der **Bogenbauer**, **Bezirk 17**, meinen besten Dank.
27512
Karl Steinborn.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
(Zweigverein Berlin.)
Sektion der Putzer.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der **Kollege**
Adolf Runde
(Bezirk Moabit) am 2. April verstorben ist.
Die Beerdigung findet am **Freitag**, den 3. April, nachmittags 4 Uhr, vom **Brauereihof** **Seuffstr. 18**, aus statt.
138/9 Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines ungeliebten Mannes, unseres guten Vaters
Adolf Doll
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, besonders dem **Gesangsverein „Linde“**, dem **Wahlverein**, den **Kollegen** und dem **Zentralverband** der **Löhler** unsern herzlichsten Dank.
Witwe Doll nebst Kindern.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber unvergesslicher Mann und guter Vater
Adolf Runde
nach langem schweren Leiden am **Dienstag** sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetriibt an
Minna Runde nebst Tochter.
Die Beerdigung findet **Freitag**, nachmittags 4 Uhr, vom **Brauereihof**, **Seuffstr. 18**, aus nach dem **Friedhof** der **Seilandsgemeinde**, **Wägenlee**, statt. 10196

Danksagung.
Für die vielen wohlwollenden Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden unseres lieben, unvergesslichen Sohnes und Bruders
Paul Helbig
sagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders seinen **Kollegen** von der **Ag. Postbesetzungs-Orde** unsern herzlichsten Dank.
Hermann Helbig
und Frau.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Marktplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 3-4

**SÄNGER:
REDNER:
RAUCHER:**

WYBERT-TABLETTEN

schützen Sie vor:
**HUSTEN
HEISERKEIT
KATARRH**

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.-

10000 M. Strafe

verpflichten wir uns an die Armen Berlins zu zahlen, wenn dieses Angebot nicht reell ist und auf Wahrheit beruht. Wer sich billig und gut kleiden will, der kaufe uns die von unserer Kundschaft nicht abgenommenen neuen Maß-Anzüge, Paletots, Ulster, Hosen usw. ab, die wir 33 1/2 bis 50 Proz. unter Preis abgeben, damit wir unsere guten Sachen nicht zu verramschen brauchen. Ferner kommen mit zum Verkauf Kleider aus prima engl. und deutschen Stoffresten, von unseren Maß-Schneidern in der stillen Zeit angefertigt, sowie Partie-Posten in fertiger Konfektion zu spottbilligen Preisen.

Sonntags während der Verkaufzeit geöffnet.
Gebr. Heinemann, Engl. Herren-Moden
Behrenstr. 26a, vis-à-vis der Passage, Kein Laden
Bitte ausschneiden und bei Bedarf nachfragen.

Wegen Separierung

Gänzlicher Ausverkauf

des übernommenen Schuhwarenlagers

Rosenthalerstr. 40-41

(Hackescher Markt) Bahnhof Börse. **Kinderstiefel,**

schwarz, mit und ohne Lackkappe
kräftig in Oberleder u. Sohle
20-24 25-26 27-30 31-35
1.55 2.45 3.25 3.75

Kinderstiefel, braun mit Lackkappe
21-24 25-26 27-30 31-35
2.95 3.25 3.75 4.25

Kinderstiefel, Rochevreau mit
Lackkappe, prima Qual.
27-30 31-35
3.65 3.95

Damenstiefel

braun und schwarz
in Chevreau mit Lackkappe
breite u. halbbreite Fassons
36-42 Paar 4.95
echt Chevreau mit Lackk.
schicke Form, 36-42 5.75
echt Chevreau mit Lackk.,
Goody.-Welt, amer. Formen
36-42 Paar 7.95

Herrenstiefel

Rindbox, Zug-,
Schnür- u. Schnallen-
stiefel, kräftiger
Straßen-Stiefel.
40-47 .. nur 5.95

Chevreau-Schnürstiefel
schwarz u. braun mit Lackkappe
wunderbare Fassons nur 6.95
Prima Chevreau Schnürstiefel,
Goodyear-Welt, in amer. elegant.
Formen, schwarz und braun,
sehr schick 8.95

Halbschuhe

moderne Form, Lackkappe M. 3.95
schwarz, Derby, Lackkappe M. 4.75
braun, Derby, Lackkappe M. 5.75
schwarz und grau, Samt-
pumps nur M. 3.95
Chevreau- und Lack-
Halbschuhe mit Wildleder
nur M. 5.95

Solange Vorrat

Möbel-Cohn

58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stube und Küche:

Mark 15 30 50 75
bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

Moderne

Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer

jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke

Größte Rückkauf bei
Krankheit und Arbeits-
losigkeit.

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich,
resp. nach Uebereinkunft.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Karfreitag 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung

BERLIN C

Gertraudenstr. 25-26-27 Rosstr. 1-1a-2

Fertig am Lager:



Herren-Paletots

in modernen Farben u. neuen
Formen

Preise:

23 32 38 44 54
68 78 88 98 M.

Herren-Ulster

schöne Muster in bester Aus-
führung gearbeitet

Preise:

27 33 38 48 58
70 78 88 98 M.

Möbel

Ganze
Einrichtungen
auf
KR. DIT

Fertige
Betten
Inlette
Bezüge

Richard Krumbeck
Berlin O, Frankfurter Allee 154
liefert alles auf Kredit

Kredit-Haus

Richard Krumbeck

154' Frankfurter Allee 154'

Mit
20 M.
Anzahlung

1 Schrank
2 Bettstellen
1 Tisch
3 Stühle
1 Spiegel
1 Spiegelspind
1 Küchenspind
1 Küchentisch
1 Küchenrahm.
2 Küchenstühl.
wöchentlich

2⁰⁰

Mit
30 M.
Anzahlung

1 Schrank
1 Vertiko
1 Tisch
4 Stühle
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 geschl. Spieg.
1 Spiegelspind
1 Küchenspind
1 Küchentisch
1 Küchenrahm.
2 Küchenstühl.
wöchentlich

3⁰⁰

Mit
40 M.
Anzahlung

1 Schrank
1 Vertiko
1 eleg Tisch
4 Rohriehnst.
2 Muschel-
becken
mit Matratz.
1 Trumeau
1 Sofa
1 Küchenspind
1 Küchentisch
1 Küchenrahm.
2 Küchenstühl.
1 Kabinenkasten
1 Handtuchhül.
wöchentlich

4⁰⁰

Möbel

Ganze
Einrichtungen
auf
KREDIT

Teppiche
Gardinen
Portieren

Richard Krumbeck
Berlin O, Frankfurter Allee 154
liefert alles auf Kredit

Bunte
Küchen

Damen- Garderobe

Kostüme, Blusen
Röcke, Jackette

wöchentlich

1⁰⁰

Herren- Garderobe

Rock- u. Jackett-Anzüge

Massersatz

wöchentlich

1⁰⁰

Je

5

Mark

Anzahlung

1 Kleiderschrank
1 Vertiko
1 Bettstelle mit Matratze
oder
2 Matratzen u. Kellissen
1 Küchenspind
Spiegel und Spiegelspind

1⁰⁰

wöchentlich

Karfreitag und 2. Feiertag von 12-2 Uhr geöffnet.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Adlershof T. B. hat das Lokal Kaiser-Wilhelm-Garten, Kaiser-Wilhelm-Strasse 29, den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber weigert sich, sein Lokal der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen, das Lokal ist daher von der Liste zu streichen. Wir bitten die Lokalliste genau zu beachten.

Die Lokalkommission.

Staaken. Freitag, den 6. April, abends 8 Uhr, findet in Gnädigs Gasthof eine kombinierte Versammlung sämtlicher Arbeitervereine statt. Das Erscheinen aller Wahlvereinsmitglieder ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Ladeburg (Oberbarnim). Donnerstag, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Sommer: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die verfloffene Gemeindevertreterwahl. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Politische Ostersie.

Von Jahr zu Jahr hat die Ostersieindustrie sich mehr entwickelt. Erstaunlich ist die Erfindungsgebe, mit der die fäulige Eiform zu allen möglichen Dingen ausgenutzt wird. Sängst hat auch die ursprüngliche Materie des Ostersie, der Zucker-, Marzipan- und Chokoladestoff, sich in dauerhaftere Bestandteile gewandelt. Wir sehen in den Schaufenstern Ostersie aus Pappe und Holz, Eisenblech und Metallen aller Art, selbst aus Gold und Silber, mit Juwelen besetzt oder gefüllt. So entstand eine eigene Geschenkindustrie, die vielen Tausenden neuen Verdienst brachte und weit über die Ostersiezeit hinaus ihr Absatzgebiet findet. Neben hoher Kunst, die sich in besseren Geschenkartikeln von Eiform verkörpert, kommt auch der Humor zu seinem Recht. Der Geschäftswitz, der sich sonst über so ziemlich alles hermacht, was einträglich erscheint, hat leider noch nicht das politische Ostersie fruktifiziert. Welche ergötzlichen Kombinationen von Mensch und Ei sich da ergeben! Unter herrlicher Reichsphilosophie als Eier-Solotänzer oder als Jongleur mit blau und schwarz gefärbten Eiern wäre ein zeitgenössisches Motiv für Ostersie-Ansichtskarten. Auch Ring Herdebrand, wie er im Mißhaufen nach nationalliberalen Umknickern mit der Forke fischt, würde keine üble Figur abgeben. Oder man denke sich eine ganze Galerie bekannter Regierungsleuchten, deren Intelligenz damit angedeutet wird, daß sie sich eben aus dem Ei pellen. Will jemand aber ein Ei, womöglich ein Kuckucksei, im Wilde als faul bezeichnen, so braucht er bloß einen Jesuiten daneben zu malen. Kurzum, die politische Satire in Eiform könnte hier Triumphe feiern und würde dem Ostersieermarkt mal eine neue pikante Nuance geben. Dann höbe sich vielleicht auch wieder die Ostersieartenindustrie, die nicht mehr recht auf die Beine kommen will. Es ist ja richtig, daß der Massenverband von Feiertagskarten, wie er einige Jahre hindurch auch zu Ostersie Rode war, im Grunde genommen seinen Wert hat und unverdient der Postverwaltung einen hübschen Batzen Geld bringt. Für glücklichen politischen Humor im Ei darf man schon eher einen Sechser riskieren. Da bleibt immer etwas hängen, das doch manchen, der die Eihöhle noch am Rückenende zu kleben hat, flügge macht und ihn in jenes Lager trägt, wo die Kampfhähne — rote Eier legen.

Die Steuereinsparungen sind in den letzten Tagen den Steuerzahlern zugestimmt worden. Uebereinstimmend gehen die Klagen dahin, daß mit ausgesuchter Kniffligkeit die Steuer-schraube angezogen wird. Am schärfsten werden hierbei die Arbeiter getroffen, die auch nicht entfernt die Abzüge machen können, wie Leute mit hohen Einkommen. Wir haben in der Nummer vom Sonntag, den 17. März in der 3. Beilage eine längere Abhandlung über Steuerfragen veröffentlicht, in der besonders die Veranlagung und die Abzugsfähigkeit dargelegt ist. Wir verweisen hiermit auf diesen Artikel.

Nebenerwerb durch Heimarbeit

wird immer wieder in Zeitungsinserten angeboten. Solche Inserate üben eine verlockende Wirkung besonders auf verheiratete Frauen aus, die neben der Beforgung ihres Hauswesens noch eine bar Geld bringende Beschäftigung treiben möchten, um dem Einkommen des Mannes vielleicht noch ein paar Mark pro Woche hinzuzufügen zu können. Gleichwohl setzt die Hausfrau sich hin, schreibt einen Brief und meldet sich unter Chiffre so und so. Denn in der Regel nennen diese Angebote nicht die Firma, bei der der lohnende Nebenerwerb zu haben ist, sondern verlangen schriftliche Meldung bei einer Zeitungsredaktion. Die Antwort, die dann der hoffnungstreubigen Briefschreiberin durch die Post überbracht wird, ist mondmal eine große Enttäuschung für sie. Zwar ist Beschäftigung reichlich vorhanden, und es wird auch ein ganz hübscher Verdienst in Aussicht gestellt, aber die Sache hat noch einen Haken, auf den die noch Nebenerwerb verlangende Hausfrau nicht vorbereitet war. Bevor die Firma die versprochene Beschäftigung gibt, die bar Geld bringen soll, soll die Arbeitssuchende selber bar Geld hergeben.

Wittellungen, die in letzter Zeit wieder am uns gelangt sind, berichten über solche Erfahrungen und Klagen über die bereite Enttäuschung. Wir halten es für unsere Pflicht, diese Dinge öffentlich zu besprechen, damit sie weiteren Kreisen bekannt werden und andere die Erfahrungen nutzen können. Leute, die nicht noch Geld drüber haben, können sich dann die Mühe des Briefschreibens und die Ausgabe für Papier und Porto von vornherein sparen. Mehrere Personen klagen uns, daß sie durch eine Annonce der „Berliner Volkszeitung“ enttäuscht worden seien. Die Annonce lautete:

Gesucht sofort 3000 Arbeiterinnen für leichte Heimarbeit.

Gesl. Angebote unter N. G. Z. 504 an Rudolf Wölfe, Berlin SW. 19.

„3000 Arbeiterinnen für leichte Heimarbeit“, das mußte natürlich auffallen. Wer weiß, wie viele Tausende von Arbeitssuchenden daraufhin sich bei Rudolf Wölfe gemeldet haben mögen! Diejenigen, die uns über den Erfolg ihrer Meldung berichten, haben aus Mißhaufen im Elend von einer „Haarnehfabrik C. Bouchet“ (Engel-Dollfus-Strasse 1) die folgende, in allen Fällen gleichlautende Zuschrift erhalten:

„Im Besitze Ihrer Anfrage betreffend Heimarbeit benachrichtige ich Sie, daß es sich um das Stricken von Haarnehen handelt. Diese Arbeit ist sehr leicht zu erlernen und wirft einen hohen, ständigen Nebenverdienst ab, dieselbe ist eine fortwährende und werden die fertigen Nehen von mir zu jeder Zeit gegen sofortige Kasse abgenommen. Zur Ausführung dieser Strickerei ist ein geringes Arbeitsmaterial nötig, welches ich nebst genauer An-

weisung und Muster gegen Voreinsendung von M. 2.— per Postanweisung liefern. Eine Rückvergütung dieses Betrages, welcher kaum meine Auslagen für Material, Druckfachen, Porto usw. deckt, findet auf keinen Fall statt. Die Sache ist sehr reell und nicht mit Strumpfstrickerei zu verwechseln, wo teure Maschinen gekauft werden müssen, die hierzu nötige keine Ausgabe von M. 2.— wird bei den ersten Ablieferungen zurückverdient und kann die Strickerei als ständiger Beruf statt nur im Nebenberuf betrieben werden. Sollten Sie geneigt sein, die Arbeit zu übernehmen, bitte ich um Einsendung obengenannten Betrages und werde ich dann sofort mit Näherem dienen. Hochachtung! Bouchet.“

Beigefügt war ein fertigmachtes Postanweisungsformular, in das die Adresse des Herrn Bouchet und der Betrag von 2 M. eingetragen waren. Die Arbeitssuchende hatte nur noch nötig, sich als Abnehmerin darunterzuschreiben, die erforderliche Freimarke aufzukleben und ihre 2 Mark herzugeben. Da die Postanweisungsformulare numeriert sind, so können wir aus den Nummern der Formulare zusammen mit den Datumsangaben der Briefe ermitteln, wieviele Sendungen dieser Art der Herr Bouchet innerhalb einer bestimmten Zeit abgeschickt hat. Von den uns vorgelegten Briefen ist der älteste vom 26. März, der jüngste vom 28. März, und beigefügt wurden am 28. März Postanweisungen Nr. 1976, am 28. März bereits Postanweisung Nr. 2192. Hiernach hat Herr Bouchet in diesen 48 Stunden allein über 200 Arbeitssuchende mit seinen Postanweisungsformularen beglückt. Die Personen, die uns darüber berichten, haben sämtlich nicht geantwortet. Wie viele mögen geantwortet und ihre 2 M. eingekandt haben?

Gleichfalls in der Berliner „Volkszeitung“ hatte eine andere Firma annonciert, die Frauen für leichte Heimarbeit suchte. Diesmal hatte die annonciierende Firma sich folgende genannt: es war „Josef Heller, Leipzig-Mädern, Völkerschlachtdstr. 1“, ein Geschäft für pharmazeutische Präparate und kosmetische Artikel. Eine Arbeitssuchende, die sich meldete, erhielt folgende Zuschrift:

„Sehr geehrte Frau! Antworlich Ihrer werten Zuschrift betreffend Heimarbeit“ teilen wir Ihnen mit, daß es sich um die Fertigstellung der von uns fabrizierten kosmetischen und hygienischen Präparate handelt. Wir haben resp. errichten in allen Verkehrscentren Deutschlands Verkaufsstellen und wollen nunmehr unsere Fabrikation dadurch entlasten, daß wir die Fertigstellung der einzelnen Artikel in dem betreffenden Bezirke selbst vornehmen lassen. Die Ablieferung der Waren usw. würde dann an die betreffende Verkaufsstelle zu den von uns festgesetzten Preisen zu erfolgen haben. Die Bezahlung ist eine angenehme und gute, weil wir den Hauptwert nicht auf Billigkeit, sondern auf saubere und sorgfältige Ausführung legen. Wenn Sie sich für die fragl. Arbeit ernstlich interessieren, wollen Sie mit beifolgender Postanweisung 1,20 M. an uns einreichen. Wir lassen Ihnen dann Muster, Anleitung, Verdienstabrechnung usw. zugehen. Wir tun dies deshalb, weil sich auf unsere Inserate vielfach eine große Anzahl Leute melden, denen es gar nicht um einen Nebenverdienst zu tun war, sondern die es lediglich darauf abgesehen hatten, unser Material gratis zu bekommen. Dadurch entstehen für uns, außer der zwecklosen Korrespondenz, auch noch ganz bedeutende Unkosten, die wir für die Folge vermeiden wollen. Ein Risiko besteht aber für Sie schon deshalb nicht, weil wir diesen Betrag bei der ersten Lieferung in Abrechnung bringen, außerdem aber bleibt es natürlich Ihnen überlassen, dieses Material in Ihrem Bekanntenkreise zu verkaufen, wobei allerdings der von uns festgesetzte Normalpreis von 2,50 M. eingehalten werden muß (Ihr Verdienst betrüge also 1,30 M.). Da es sich um einen hygienischen Gebrauchartikel handelt, wird derselbe von jeder Frau gern gekauft. Wir bemerken noch, daß bei regelmäßiger Tätigkeit der Wochenverdienst circa 25 M. beträgt, und schon der Zufassung des Betrages entgegen, worauf Ihnen sofort das Material zugehen wird, so daß Sie schon Anfang kommender Woche beginnen können. Hochachtung! Josef Heller, Fabrik kosmetischer Präparate, Leipzig-Mädern.“

Hier wird die Forderung, zunächst 1,20 M. einzusenden, damit begründet, daß viele auf Inserate der Firma sich meldende Personen „es lediglich darauf abgesehen hatten“, die Firma zu prellen. Die Arbeitssuchende, von der uns diese Zuschrift vorgelegt worden ist, hat es gleichfalls für das Beste gehalten, nicht zu antworten.

Die städtische Nachlassstelle wird schon seit zwei Wochen von der Markthalle in der Grünthaler Straße nach derjenigen in der Tresckowstraße verlegt. Der Umzug soll, da recht erhebliche Bestände vorhanden sind, sogar noch acht Tage dauern. Während des Umzuges sollte der Ausgabebetrieb der Nachlassstelle ruhen. Ansehend ist die Bekanntmachung dieser Maßnahme nicht genügend erfolgt. Armenkommissionsvorsteher haben Anträge gestellt für Nachlassfächer (Reisemöbel und dergleichen), die zum 1. April zu liefern waren. Im Vertrauen auf die Lieferungszusage wurden Wohnungen gemietet, die nun leer bezogen werden mußten. Es ist kaum verständlich, warum der Umzug in einem solchen Schneidentempo von statten geht, wie das hier der Fall ist. Ueberhaupt werden über die Nachlassstelle schon lange wegen Langsamkeit und schwerfällige Verwaltung Klagen geführt, die dringend der Abhilfe bedürfen.

Die Besteigung des Stadthaussturmes. Mit der besseren Jahreszeit erweist sich der Turm des neuen Stadthauses eines immer zahlreicheren Besuches. An verschiedenen Tagen wurde die Besucherzahl von 400 Personen überschritten. Dabei wurde der zum obersten Turmgelock führende bequeme Aufzug stark benützt. An Montagen und Donnerstagen von 11 bis 3 Uhr ist der Besuch und auch die Benutzung des Aufzuges kostenlos, an den anderen Wochentagen von 11 bis 3 Uhr werden dafür 20 Pfennige pro Person erhoben.

Gegen die Rechnung Dr. Silbergleits wendet sich der Propaganda-

ausschuß „für Groß-Berlin“ mit folgender Erklärung: Gegen die Angriffe, die in der ersten Groß-Berliner Verbandsversammlung gegen die vom Propaganda-ausschuß „für Groß-Berlin“ veröffentlichten Zahlen erhoben wurden, legt der Propaganda-ausschuß Vertretung ein. Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Prof. Silbergleit, hat sich gutachlich geäußert, daß die vom Propaganda-ausschuß aufgestellte bevölkerungsstatistische Behauptung, um richtig zu sein, folgendermaßen lauten müsse:

„In Groß-Berlin wohnen 500 000 Menschen in Wohnungen, in denen, falls Küche und nicht heizbare Zimmer als Wohnräume nicht angesehen werden, jedes Zimmer durchschnittlich mit 5 und mehr Personen besetzt ist.“

Dem ist zu entgegnen, 1. daß die von Prof. Silbergleit angenommene Zahl 500 000 nur eine Schätzung ist, während die vom Propaganda-ausschuß vertretene Zahl 600 000 eine Berechnung darstellt, die auf der letzten für Groß-Berlin vorhandenen Wohnungsaufnahme aus dem Jahre 1905 beruht. Zu der Annahme von Prof. Silbergleit, daß die Verhältnisse sich seit 1905 wesentlich gebessert haben, ist keine Berechnung vorhanden. Eine kleine Besserung jedoch hält der Propaganda-ausschuß für möglich, andernfalls müßte es nicht 600 000, sondern 630 000 heißen.

2. Ob Küche und nicht heizbare Zimmer als Wohnräume angesehen sind, ist ganz gleichgültig. Als Zimmer werden sie von der Groß-Berliner Bevölkerung nicht angesehen. Und dementsprechend hat die Berliner amtliche Statistik auch stets die Ueberbevölkerung durch einen Vergleich der Zahl der Bewohner mit der Zahl der heizbaren Zimmer ermittelt. Insbesondere enthält auch die von

Professor Silbergleit herausgegebene Bearbeitung der Groß-Berliner Wohnungsaufnahme von 1905 lediglich die Belegung nach der Zahl der heizbaren Zimmer.

3. Das Wort „durchschnittlich“ ist überflüssig, weil selbstverständlich. Wenn man sagt, daß in Deutschland jährlich auf jeden Einwohner 100 Liter Bier kommen, so meint man damit natürlich auch „durchschnittlich 100 Liter“.

Bisher ist in der amtlichen Berliner Wohnungsstatistik (und zwar durchweg von 1875 bis 1900 — für 1905 ist der entsprechende Zeit leider noch immer nicht erschienen) ein wesentlich strengerer Maßstab für die Ueberbevölkerung angelegt worden, als dies der Ausschuß „für Groß-Berlin“ getan hat. Insbesondere hat Geheimrat Böck, der Vorgänger von Prof. Silbergleit, immer wieder un-nachlässig auf die Anzahl Menschen, die in Berlin in überbevölkerten Wohnungen wohnen, hingewiesen; er berechnete sie auf 45—59 Prozent (der Ausschuß nur auf 15 Prozent). Und auch die einzige Groß-Berliner Gemeinde, die die Wohnungsaufnahme von 1905 teiliglich verarbeitet hat, Schöneberg, hat in ihrem Verwaltungsbericht einen wesentlich strengerer Maßstab angelegt als der Ausschuß und berechnet dementsprechend den Anteil der Bevölkerung, der sogar in Schöneberg in überbevölkerten Wohnungen wohnt, auf 25 Prozent.

Aus den hier angeführten Gründen ist der Propaganda-ausschuß im Interesse der Wahrheit verpflichtet zu wiederholen: In Groß-Berlin wohnen 600 000 Menschen in Wohnungen, in denen jedes Zimmer mit fünf und mehr Personen besetzt ist.

Die kurierten Steinschneiderei. Der Verband der Steinschneiderei hatte vor einigen Jahren einen Ring geschlossen zur Ausbeutung der Gemeinden. Bei Submissionen verteilten die Ringunternehmer die Arbeiten unter ihre Mitglieder, wobei alle Mitglieder an dem Gewinn infolten partizipierten, als die Angebote 10 Proz. Aufschlag erhielten, der zur Verteilung unter den Mitgliedern gelangte. Diese unerhörte Benützung der Gemeinden führte schließlich dazu, daß die Tiefbauverwaltung der Stadt Berlin beschloß, sich von dem Ringe der Ringunternehmer zu befreien, indem in Zukunft alle diese Unternehmer nicht mehr bei Vergabe von städtischen Arbeiten zugelassen wurden. Diese Maßnahme hat die Sprengung des Ringes zur Folge gehabt. Heute befindet sich der Verband in Liquidation. Es schweben noch einige Prozesse, die erledigt werden müssen, um diese unlautere Gründung endgültig zu begraben.

Der Beschluß der städtischen Tiefbaudeputation war auf zwei Jahre gefaßt, die jetzt abgelaufen sind. In ihrer gestrigen Sitzung hat die Deputation beschlossen, die sich jetzt meldenden Unternehmer in die Unternehmerliste wieder aufzunehmen, da eine Gefahr, wie sie früher vorlag, nicht mehr besteht. Die Innung verlangt, in allen Fällen über die einzelnen Firmen bei ihr selbst Gutachten einzuholen bei Aufnahme wie bei Ausschluß. Dieses Ansuchen wurde aber entschieden zurückgewiesen. Die städtische Verwaltung wird ihre Maßnahmen selber treffen und sich nicht unter das Verdikt der Innung stellen.

Die Steinschneiderei werden vorläufig von ihrer Taktik geheilt sein; wiederholen sie ihr früheres Beginnen, so dürften die Herren sich wieder böse verrechnen.

Ueber die Fürsorgeanstalten will der Vorsitzende des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages Pastor Seiffert in Strausberg ein Illustrationswerk herausgeben. Zu diesem Zweck hat sich der Herausgeber an die verschiedenen Kommunalverbände gemeldet mit dem Ersuchen, sich durch Hergabe von Bildern und Beschreibungen ihrer Anstalten an dem Werke zu beteiligen. Verschiedene Kommunalverbände haben abgelehnt. Auch der Kommunalverband Berlin will sich an dem Werke nicht beteiligen. Das Fürsorgewesen sei in der Entwicklung begriffen und die jetzigen Anstalten seien nicht so, um sie auf Jahre hinaus im Wilde festhalten zu lassen. Staat könne man mit den paar eigenen Anstalten nicht machen. Diese Meinung hatte man allgemein in der Waisendeputation. Bekanntlich verfügt die Stadt Berlin nur über die Anstalten Dichtenberg, Birkenholz und Kleinbeeren; letztere ist für Mädchen bestimmt.

Dem Herausgeber des Illustrationswerkes möchten wir den guten Rat geben, die Hölle Mietschwin in dem Werke nicht zu vergessen und den Pastor Dreithaupt als Peitschenschwinger auf das Titelblatt zu setzen.

Ma nennt sich in abgeklärter Form die Allgemeine Luftfahrzeug-ausstellung, die gestern in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten eröffnet worden ist, und in der die Luftfahrzeuge der verschiedensten Systeme ausgestellt sind.

Der Brückenbau im Zuge der Bornholmer Straße über die Ringbahn kommt nicht vom Fleck, weil die Eisenbahnverwaltung Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat. Das Projekt ist von den städtischen Behörden seit mehr als Jahresfrist beschlossen, das Geld ist bewilligt und das Projekt war genehmigt. In neuerer Zeit hat die Eisenbahnverwaltung in Rücksicht auf die bevorstehende Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahn eine andere Konstruktion der Brückenbogen verlangt. Das hat zu einer erheblichen Umarbeitung des ersten Projekts und demgemäß zu einer großen Verzögerung des Brückenbaus geführt. Wenn das neue Projekt den Anforderungen der Eisenbahnbehörde entspricht, dürfte mit dem Bau begonnen werden können. Man hofft, im Laufe des Jahres die Arbeiten beginnen zu können.

Mit dem Bau der Brücke im Zuge der Sonnenburger und Schönfließer Straße sind ähnliche Schwierigkeiten entstanden, so daß auch diese Arbeiten nicht recht vorwärts kommen. Der „Lokal-Anzeiger“ weiß zu melden, daß mit dem Bau dieser Brücke noch nicht hätte begonnen werden können. Das ist falsch. Es wäre besser, wenn der „Lokal-Anzeiger“ einen Vertreter der Sonnenburger Straße einsetzte und sich von der Inkorrektheit seiner Meldung überzeuge. Jeder Mensch sieht, daß die Brücke sich im Bau befindet.

Ein internationaler Hochstapler wurde gestern von der Schöneberger Kriminalpolizei festgenommen. Der Gauner erschien bei einer Witwe in der Mohrstraße und mietete von derselben mehrere Räume, um dort seine Praxis auszuüben. Er versuchte dabei, von der Frau einen größeren Geldbetrag zu erlangen, indem er angab, daß seine Einrichtung noch unterwegs sei und ein größerer Geldbetrag von seinem Vater für ihn auf der Bank lagere, den er nicht mehr abheben könne, da die Bank schon geschlossen sei. Obwohl der angebliche „Dere Doktor“ sehr nobel und selbstbewußt auftrat, schöppte die Vermieterin doch Verdacht und benachrichtigte das nächste Polizeirevier, von dem ein Beamter gerade eintraf, als der neue Mieter sich drücken wollte. Der Beamte nahm den Mann fest, in dem auf dem Polizeipräsidium der als internationaler Hochstapler signalisierte Ingenieur Karl Gulberg aus Schöneberg festgestellt wurde. Der Verhaftete gestand ein, in zahlreichen Hallen Vermieterinnen in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Mariendorf und anderen Vororten um erhebliche Beträge geschädigt zu haben, wobei er in der oben erwähnten oder in ähnlicher Weise zu operieren pflegte. Gulberg gab weiter an, daß er bereits seit Anfang vorigen Jahres in zahlreichen Städten des In- und Auslandes und in Groß-Berlin gemeinsam mit dem schwedischen Kandidaten der Rechte, August Johanson, den Logischindiel betrieben und seinen Lebensunterhalt lediglich auf diese Weise bestritten habe. Gulberg wurde dem Moabitser Untersuchungsgefängnis zugeführt.

In Lebensgefahr schweben vorgestern nachmittag drei kleine Kinder bei einem Brande, der in der Reichenberger Straße 120 ausbrach. Im Erdgeschosse des Hinterhauses waren gestern neue Portierleute zugezogen. Als die Portierfrau gestern nachmittag mit dem Reinigen der Treppen beschäftigt war, holte der dreijährige Sohn der Familie Feuer aus einem Ofen, wobei Kleinstücke in Brand gerieten. In der Wohnung hielten sich außer diesem Knaben noch zwei Geschwister auf. Zum Glück wurde die Gefahr von einer Nachbarin rechtzeitig bemerkt. Die Frau schrie um Hilfe und hinzueilenden Hausbewohnern gelang es noch, die drei gefährdeten Kinder aus der brennenden Wohnung herauszuholen. Das Feuer wurde dann von der Feuerwehre gelöscht.

Gasexplosion in einer Fabrik. Eine heftige Gasexplosion, bei der zwei Personen verunglückten, erfolgte gestern vormittag in der Nathausstraße 6 im Süden Berlins. Im ersten Stock des linken Seitenflügels befindet sich dort die Bronzefigurenfabrik von Bruno Krohne. Als der Jahaber gestern vormittag mit einem seiner Gehilfen in der Werkstatt beschäftigt war, machte sich ein starker Gasgeruch bemerkbar. Um die Ursache zu ergründen, schloß Herr Krohne den Hauptgasabfluß und leuchtete die Gasleitung mit einem Streichholz ab. Hierbei trat dann die Explosion ein, denn es hatten sich an der Decke große Gasblasen angesammelt, die aus einem undichten Kugelgelenk ausgetreten waren. Durch die Stichflammen wurden der Jahaber Bruno Krohne und ein Gehilfe Duliniski getroffen. Beide erlitten starke Verbrennungen im Gesicht und an den Händen und mußten nach der nächsten Unfallstation gebracht werden. Durch den Aufbruch waren einige Raubwände eingedrückt und zahlreiche Fenster zertrümmert worden. Auch mehrere Türen wurden aus den Angeln gerissen und von den Wänden lösten sich große Stücke Putz. Feuer entstand bei der Explosion nicht. Vier andere Gehilfen der Fabrik, die in einem Nebenraum arbeiteten, kamen mit dem bloßen Schreck davon.

Im **Spolitheater** tritt in diesem Monat wieder Ernesto Bellini auf, der sich auf dem Programm als ein telepathisches Phänomen bezeichnet. Bellini produziert sich als Erzähler von Gedanken. Er fordert auf, sich bestimmte Aufträge auszugeben, die Bellini ausführen soll und deren Ausführung sich im Saale ermöglichen läßt. Die betreffende Person schreibt den Auftrag auf einen Zettel, den sie geschlossen einer fremden Person übergeben muß zur Kontrolle darüber, daß kein Schwindel vorliegt. Der Auftraggeber wird von Bellini an die Hand genommen und in Begleitung führt er seine Aufträge aus. Erst nachdem das Geschehen ist, wird der schriftliche Auftrag, von dem Aufbewahrer verlesen, um zu kontrollieren, ob das Experiment stimmt. Herr Bellini machte den Eindruck, als ob er im Traumzustand herumläuft. Seine Aufgaben löste er bewundernswert. Nebenfalls sind die Experimente äußerst interessant. Außer dieser Vorführung enthält das Programm eine Reihe recht bemerkenswerter Attraktionen.

Vorort-Nachrichten.

Friedenau.

Die Beratung des Etats für das laufende Jahr nahm drei Sitzungen der Gemeindevertretung in Anspruch. Die Finanzlage des Ortes muß danach als außerordentlich günstig bezeichnet werden. Der Etat der ordentlichen Verwaltung schließt mit einem Ueberschuß von 130 000 M. (im Vorjahre 120 425 M.) ab. Eine Abänderung gegen früher ist infolgedessen eingetreten, als für die Feuerwehre, den öffentlichen Rettungsdienst, das Desinfektionswesen, die Schulhofanlage, das Kranentransportwesen, die Volkshochschule, die Kinderfürsorge und ähnliche Posten, die bisher im Voranschlag der „Allgemeinen Verwaltung“ erschienen, ein neues Kapitel: „Für gemeinnützige Einrichtungen“ aufgeführt wird. Ferner sind für Straßenbeleuchtung und Sonderverwaltung besondere Voranschläge erschienen. Die Polizeiverwaltung erfordert einen Zuschuß von 126 557,60 M. Da vom 1. April an die Abschaffung der Nachwächter beschlossen ist, werden von dem Termin an fünf Polizeibeamte eingestellt. In der Hochbau- und Baupolizei-Verwaltung ist eine Mindereinnahme von circa 13 000 M. zu verzeichnen. Dies hängt damit zusammen, daß der Ort fast vollständig ausgebaut ist. Der Voranschlag für gemeinnützige Einrichtungen erfordert einen Zuschuß von 8 626 M., wovon auf das Feuerlöschwesen allein 17 235 M. entfallen. Der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose wird mit 2000 M., der Verein für Ferienkolonien mit derselben Summe unterstützt. Neben einer ganzen Anzahl Vereinen, meistens religiösen Charakters, wird auch die Sektion des Vaterländischen Frauenvereins mit 1800 M. subventioniert. Aus Anlaß der schon im „Vorwärts“ besprochenen Beleidigungsklage der Sektion, gegen eine Frau, deren Einsehen in dem Institut verstorben war, verlangte Genosse Richter, allen diesen Vereinen den Zuschuß nur unter der Bedingung zu gewähren, daß der Gemeinde zu jeder Zeit das Recht der Kontrolle zusteht. Der Antrag wurde abgelehnt.

Das Kapitel „Grundbesitz“ schließt mit einem Ueberschuß von 69 129,16 M. ab. Die Armenverwaltung erfordert einen Zuschuß von 68 650 M.

Der Etat der Tiefbauverwaltung, der mit 206 180,33 M. abschließt, erfordert einen Zuschuß von 12 880,33 M. Die Straßenreinigung schließt mit 92 021,50 M. ab und erfordert 89 621,50 M. Zuschuß. Die Straßenbeleuchtung einen solchen von 107 061,38 M.

Beim Steueretat wurde zuerst konstatiert, daß Friedenau, im Gegensatz zu anderen Gemeinden, an eine Erhöhung des Einkommensteuereinzugs über 100 Proz. vorläufig nicht zu denken brauche. Vorgeschlagen ist, die Gemeindegrundsteuer für bebauten Grundstücke von bisher 2,85 pro Mille des gemeinen Wertes auf 2,70 und für unbebauten Grundstücke von 5,70 auf 5,40 pro Mille zu erniedrigen. Das bedeutet ein Geschenk an die Grundbesitzer von jährlich 27 000 M., dem die Herren selbstlos, wie sie nun einmal sind, freudig zustimmen. Anders verhielten sie sich, als Genosse Richter beantragte, die Einkommen der Vermögenden, d. h. derjenigen, welche von 450 bis 600 M. jährlich verdienen, steuerfrei zu lassen. Unser Redner wies darauf hin, daß es hier viel eher angebracht sei, sich größtmäßig zu zeigen, noch dazu, da die Verwirklichung seines Antrages fast keinen Einnahmeverlust bringe, da jetzt schon die eingebrachten Steuererträge von diesen Einkommen zum größten Teil in den Eintreibungsgebühren draufgehen. Kaltblütig lehnten die Erfahrenen der Dreiklassenwahl den Antrag ab.

Das Ergebnis der Veranschlagungen geht dahin, daß an Personal-Einkommensteuern gegen das Vorjahr 103 500 M., Betriebssteuer 400 M. und Gewerbesteuer 11 500 M. mehr eingestellt sind, während sich die Grundsteuer um 1800 M. erniedrigt. Für die Umfahsteuer sind wie im Vorjahre 90 000 M. eingestellt. Das vergangene Jahr brachte eine Mehr-Einnahme von 97 000 M.

Die Hundesteuer ist von 20 auf 30 M. erhöht worden und ist mit 30 000 M. eingestellt.

Der Vermögensnachweis weist ein Reinerlösnis von 3 413 000 M. auf. Zum Schluß ist zu bemerken, daß das Schulgeld für auswärtige Schüler von 140 auf 180 M. erhöht worden ist. Die Einnahmen des Elektrizitätswerks sind mit 438 000 M. eingestellt, die Ausgaben mit 242 800 M., sodas ein Ueberschuß von 195 200 M. verbleibt. Dieses bedeutet bei einem investierten Kapital von 1 410 000 M. eine Verzinsung von 13,5 Proz.

In der außerordentlichen Verwaltung ist der Rest der 3 000 000 M. Anleihe mit 1 000 000 M. zu Soll gestellt. Die Gesamterlösnis der Gemeinde betragen 2 043 000 M.

Schönberg.

Tragödie eines Ehepaars. In dem Hause Gustav-Müller-Straße 34 vergifteten sich vor 50 Jahre alle Apotheker Hermann Hein und seine Ehefrau Maria geborene Daniel, die 88 Jahre zählte. Man fand die Eheleute gestern morgen um 8 1/2 Uhr in ihrer Wohnung tot auf. Wie der Bericht ergab, hatten sie Zyanalkali genommen. Nach einem hinterlassenen Briefe haben sie in gegen-

seitigem Einverständnis gehandelt. Als Grund dafür geben sie Nahrungsvorgänge an. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach der Halle in der Hofstraße gebracht.

Steglich.

Die **Gemeindevertretung** beschloß am Dienstag, die Gültigkeit der im März vollzogenen Gemeindevorwahlen. Ein gegen die Wahlen der zweiten Abteilung eingeleiteter Protest wurde gegen die Stimmen der gesamten Linken als unerbittlich abgewiesen. Darauf erfolgte die Einführung und Verpfändung der Neu- resp. Wiedergewählten, unter denen sich auch Genosse H. H. H. befand. Als regelmäßiger Sitzungstag der Versammlung wurde wie bisher der Freitag nach dem Ersten eines jeden Monats bestimmt, der Sitzungsbeginn auf 6 Uhr abends festgesetzt.

Durch einen **großen Wasserrohrbruch** wurde vorgestern am Ort eine erhebliche Verkehrshindernisse hervorgerufen. Vor dem Grundstück Diebstahlstr. 8 trat plötzlich bei dem Hauptrohr ein Bruch ein, wodurch mächtige Wassermengen aus der schadhaften Stelle herausschossen. Die Wassermengen überfluteten den ganzen Fahrweg und machten ein Passieren unmöglich. Erst nach mehreren Stunden konnte dem Vordringen des Wassers ein Ende bereitet und der Defekt in dem Rohr beseitigt werden.

Charlottenburg.

Elternverein für freie Erziehung. Dienstag, den 9. April, (dritter Oberfeierabend), nachmittags 3 Uhr, findet im Volkshaus, Poststraße, 3, für Mitglieder und deren Kinder eine Oberfeier, verbunden mit Reigenaufführung und Osterfeierfeier für die Kinder, statt. Der Vorstand.

Sancti.

Auf recht eigenartige Weise scheint sich der **Amtsvorsteher** Dr. Behndorff Vorbeeren erwerben zu wollen. Am letzten Sonntag wollte der Bildungsausschuß für die Schulentlassenen eine Feier veranstalten. Nachdem bereits alle Vorbereitungen getroffen waren, erhielten ganz unvermuthet Sonnabendnachmittag gegen 4 Uhr, der Gastwirt Schulz, bei dem die Feier stattfinden sollte, und ein ganz unbeteiligter junger Mann die amtliche Mitteilung, daß die Feier verboten sei, da der Jugend- und Bildungsausschuß nach den Entscheidungen des Gerichts ein politischer Verein und die von ihm beabsichtigte Feier als eine öffentliche Versammlung unter vorzugsweiser Beteiligung jugendlicher anzusehen sei. Es wurde angedroht, daß die Versammlung durch polizeilichen Zwang verhindert werden würde, wenn sie trotzdem abgehalten werden sollte. In so später Stunde war es natürlich nicht mehr möglich, die Feier abzubestellen oder zu verlegen. Am Sonntag wurde nun die Straße zum Lokal von Schulz auf beiden Seiten von Polizeibeamten bewacht. Pünktlich um 5 Uhr erschienen zwei Beamte im Lokal, um den Vortritt auf das Verbot aufmerksam zu machen. Es wurde den Beamten mitgeteilt, daß man sich der Gewalt fügen müsse und auf die Abhaltung der Feier verzichte. Nach und nach fanden sich eine Anzahl Gäste ein, die sich über die behördlichen Maßnahmen unterhielten, derweilen sich die Kinder im harmlosen Spiel die Zeit vertrieben. Abends gegen 9 Uhr erschienen nochmals fünf Polizeibeamten und forderten die Anwesenden auf, den Saal zu verlassen.

Später verlangten sie auch die Räumung der übrigen Lokalitäten. Gegen diese willkürliche Maßnahme des Amtsvorstehers wird natürlich Beschwerde erhoben. In alternativer Zeit wird sich außerdem noch eine öffentliche Versammlung hiermit beschäftigen. Daß der Amtsvorsteher durch solchen reaktionären Latendrang mit Erfolg die Bildungsbemühungen der Arbeiterkassen nicht unterdrücken kann, soll er früh genug erfahren.

Friedrichsfelde.

Aus der **Gemeindevertretung.** Wie in den Gemeinden Bogenhagen-Rummelsburg und Ober-Schöneweide, wollte auch unsere Gemeindeverwaltung noch in letzter Minute vor dem Inkrafttreten des Zweckerbundes sich durch Vertrag mit der Ostbahngesellschaft eine Straßenbahnlinie sichern, auf deren Erlangung man später kaum rechnen durfte. Die Vorlagen waren in größter Hast ausgearbeitet. Leider wurde die Angelegenheit als Nachtrag zu einem vor mehreren Jahren bereits geschlossenen Vertrag verhandelt, wobei in wesentlichen Punkten die alten Vertragsbestimmungen herangezogen waren, so daß man keinen klaren Uebersicht über die Tragweite des Gesamtprojektes gewinnen konnte. Eins aber ging aus den Verhandlungen deutlich hervor, nämlich, daß die Ostbahngesellschaft eine ganze Anzahl für die Gemeinde recht nachtheilige Bedingungen gestellt hatte. Zum Teil sollte man sich darüber hinweg mit der Illusionierung, daß es nicht mehr Sache der Gemeinde, sondern des Zweckerbundes sein werde, sich später einmal mit der Straßenbahngesellschaft auseinanderzusetzen. Es wurde beschlossen, den Nachtragsbestimmungen zuzustimmen, wonach eine Straßenbahnlinie von der Treckow-Allee durch die Auguste-Viktoriastraße und den Hoddammweg bis zur Gemarkungsgrenze von Rummelsburg gebaut werden soll. Zum Schluß aber zeigte sich, daß das ganze Projekt im Grunde genommen gegenstandslos ist, weil die Gemeindevertretung von Rummelsburg befallentlich in ihrer Sitzung die Zustimmung zum Bau der Anschließstraße nicht gegeben hat.

Neu-Zittau (Kreis Beeskow).

Ueber die **Gültigkeit der letzten Gemeindevorwahlen** hatte vor einigen Tagen die Gemeindevertretung zu entscheiden. Gegen die Wahl in der dritten Abteilung hatte der Kaufmann Hermann Müller Einspruch erhoben. Bekanntlich hatten unsere Genossen Emil Schulz und Heinrich Peltzer je 30 Stimmen, die bürgerlichen Kandidaten Müller und Grund 28 und 27 Stimmen erhalten. Die beiden letzteren hatten noch ein Duzend Vollmachten als Wahlhilfe in der Tasche. Der Einspruch stützt sich darauf, daß der Protokollführer beim Namensaufruf zweier Witwen nicht den Namen des Herrn Müller als Vollmachtinhaber aufgerufen hatte, wodurch Herr Müller an der Stimmabgabe verhindert worden sei. Die Mehrheit der Gemeindevertretung stimmte dem Protest zu, trotzdem noch ein viel größerer Verstoß des Wahlvorstehers zu verzeichnen war.

Reinickendorf.

Die **Gemeindevertretung** erklärte in ihrer letzten Sitzung die Wahlen zur Gemeindevertretung in der 3. und 1. Abteilung für gültig. Für die 2. Abteilung haben bekanntlich Stadtwahlen stattgefunden, die auf den 10. April anberaumt wurden, von der Aufsichtsbehörde war einiger Bestimmungen wegen die neue Friedhofsanordnung für den Friedhof an der Graf-Röder-Allee nicht genehmigt worden. Es wurde beschlossen, die verlangten Änderungen, soweit sie rein formaler Natur waren, zu akzeptieren, diejenigen materieller Natur aber abzulehnen. Mit der Gemeinde Nieder-Schönhausen hatte der Gemeindevorstand einen Vertrag vereinbart, der die Abgabe von Wasser an diese Gemeinde zum Preis von 12 Pf. pro Kubikmeter vorsieht. Der Vertrag wurde mit der Maßgabe einer fünfundsiebenzigjährigen Dauer genehmigt. Auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde wurde sodann noch beschlossen, die Zahl der regelmäßigen Kostenrevisionen zu beschränken, dafür jedoch unvermuthet Kostenrevisionen öfter als bisher vorzunehmen. Den Rest der Tagesordnung bildete die Genehmigung verschiedener Etatsüberschreitungen.

Nieder-Schönhausen.

Ueber die **Gültigkeit** der am 10. und 11. März stattgefundenen Gemeindevorwahlen hatte die am Dienstag tagende Gemeindevorwahlen Beschlus zu fassen. Wegen die erste und zweite Klasse lagen Einsprüche nicht vor. In der dritten Klasse wurde die Wahl des Genossen H. H. H. als Kandidat genehmigt für gültig erklärt. Dagegen lag gegen die Wahl des Genossen H. H. H. ein Einspruch vor, daß dieser nicht Hausbesitzer im Sinne der Landgemein-

ordnung sei. Bürgermeister Abraham machte darauf aufmerksam, daß die Wahl dieses für ungültig zu erklären sei, da er nur Reichbrauer des Hauses wäre, letzteres genüge jedoch nicht, um als Eigentümer zu gelten, es müsse daher eine Neuwahl stattfinden. Die Auffassung, daß der Herr Mühl nun als Vertreter gewählt sei, bezeugte er als falsch. Nach kurzer Beratung, bei der die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, erklärte die Vertretung gegen die Stimmen unserer beiden Vertreter die Wahl des Genossen H. H. H. für ungültig, es hat nunmehr eine Neuwahl stattzufinden.

Nowawes.

Die **Kommission für Beschaffung billiger Lebensmittel** macht bekannt, daß in den nächsten Tagen eine größere Sendung guter roter Kartoffeln eintrifft, die zum Preise von 4,35 M. pro Zentner durch den Händler Albert Ziegner, Großbeerenstr. 31, abgegeben werden; es werden bereits jetzt Bestellungen von diesem entgegengenommen. Der dem Genannten übertragene Verkauf von weißen Kartoffeln zum Preise von 4,85 M. pro Zentner erfolgt auch weiterhin wochentäglich von 3 Uhr nachmittags ab. Der Verkauf findet jeden Mittwoch, nachmittags von 3 Uhr ab, vor dem Geschäftslokale des obengenannten Händlers statt. Erforderlichenfalls wird der Verkauf auch am Donnerstagmorgen fortgesetzt.

Potsdam.

Die **Schulzabteilung** wird mit dem 15. April ins Leben treten. Die im Vorjahre beschlossene ambulante Zahnbehandlung der Schulkinder wird nach Ansicht der Stadtverordneten zu teuer werden und weniger wirksam sein. Nach einer Umfrage bei den Eltern haben sich dieselben für 2112 Kinder gleich 46 Prozent bereit erklärt, je 1 M. jährlich als Beitrag für die Zahnbehandlung in der Klinik zu zahlen. Die Klinik wird in der Gemeindegasse 4 in der Kauerer Straße eingerichtet. Die Einrichtungskosten mit 2000 M. sollen aus den Ueberschüssen der Sparkasse bewilligt und die Unterhaltungskosten (ausschl. des Zuschusses der Eltern) mit 1800 M. durch den Etat genehmigt werden. — Was geschieht nun mit den übrigen 54 Prozent der Schulkinder? —

Die **Errichtung einer Halberholungsstätte** für Potsdam und Nowawes auf dem Brauhansberge wird angestrebt. Nach einem Vortrage des Prof. Dr. Lennhoff-Berlin wurde eine Kommission gewählt, der unter anderem die Vorsitzenden der Ortskrankenkasse beider Orte angehören.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Am Karfreitag: Kaffeeabend nach Finkenweg. Abends 9 Uhr. Treffpunkt pünktlich 7 Uhr am Wilhelmplatz (an der Bank). Prostant und Ueberläufer sind mitzubringen. — Am zweiten Osterfeiertag: Erste Spielpartie nach der Jungfernhöhe (Spielplatz am Königsdamm). Treffpunkt mittags 3 Uhr am Wilhelmplatz (an der Bank). Anfallen entstehen bei dieser Partie nicht. Dabeist finden auch Wettspiele statt, wobei eine größere Anzahl Preise verteilt werden. — Wir bitten die hiesige Arbeiterkassen, ihre Schulentlassenen Söhne und Töchter auf beide Veranstaltungen aufmerksam zu machen.

Ober-Schöneweide. Am Karfreitag: Spielpartie nach Fieberbad und Köpenick. Treffpunkt 1 Uhr nachmittags, Jugendheim, Marktstr. 2. Der Jugendauschuß.

Gerichts-Zeitung.

Die leichtgläubigen Berlinerinnen.

Am 10. Januar d. J. wurde das Generalagent Kurt Blatz wegen Betruges, begangen in 3 Fällen, vom hiesigen Schöffengericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Blatz sollte sich von jungen Damen, die er kennen gelernt hatte, Geld geliehen haben unter der Vorspiegelung, er wolle sie heiraten. Gegen das Urteil war Berufung eingelegt worden, über die jetzt von der 5. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Dönig, wies nach, daß weder von einem „Heiratsverlöbniß“ noch von irgendwelchem „Betrug“ die Rede sein könne. In dem Hauptfalle, in dem der Angeklagte einem Mädchen den Betrag von 4000 M. unter der Vorspiegelung, er wolle sie heiraten, „abgelockt“ haben sollte, stellte sich heraus, daß es sich hier um eine von einer älteren Frau für ihr eigenes Geschäft bei einer Aktiengesellschaft gestellte Kautionshandlung, für deren späteren Verlust der Angeklagte nicht im geringsten verantwortlich zu machen war. Von einem „Anborgen“ konnte erst recht nicht die Rede sein. Nachdem der Staatsanwalt in wichtigen Punkten die Anklage hatte fallen lassen, hob das Gericht das Urteil der ersten Instanz auf, sprach den Angeklagten in allen Fällen frei und legte die Kosten der Staatskasse auf.

Die chinesische Revolution in Danzig.

Die **chinesische Revolution** beschäftigte in eigentümlicher Verschlingung mit dem freisinnig hochgelobten Reichsvereinsgesetz dieser Tage die **Strafkammer in Danzig**. Eine Anzahl Genossen haben in Danzig seit einigen Jahren eine Vereinigung geschlossen, durch welche sie die Mittel zur Gründung einer Arbeiterbühne zu bringen wollen. Diese Genossenschaft hielt am 20. Oktober 1911 eine streng geschlossene Zusammenkunft ab, in der sie sich als Sparverein konstituierten, das Statut beschließen und die notwendigen Wahlen ausführen mochte. Trotz des absolut unpolitischen Charakters dieser Zusammenkunft sah das Polizeipräsidium darin eine öffentliche politische Versammlung und schickte einen Kommissar nebst Schupmann zur Ueberwachung. Diese folgten der Aufforderung des Genossen Bartel, als Leiter, zum Verlassen des Lokales nicht. Darauf wurde die Verhandlung verlegt und die Tagesordnung in einem anderen Zimmer ohne die Polizei erledigt. Dann begaben sich die Teilnehmer wieder in den Saal, in dem die Beamten noch saßen. Dort begann eine humoristische Illdebatte, in der u. a. ein Genosse die Bemerkung machte, ob man mit Rücksicht auf die chinesische Revolution nicht auch die Durchführung einer solchen in Danzig erörtern könne. Darauf läste der Polizeikommissar unter humoristischem Gelächter die Versammlung auf. Zur Begründung meinte er, wenn er auch die Ausrufung schmerzhaft auf-fasse, so könnten doch einige Anwesende sie ernst nehmen. Gegenüber Jansen, daß die Auflösung nicht gesetzlich sei, erklärte Genosse Bartel, daß man sich doch der Gewalt fügen und das Lokal verlassen müsse. Es folgte eine Anklage gegen Bartel und sechs andere Genossen wegen Beamteneidung und Vergehen gegen das Vereinsgesetz. Bartel wurde beschuldigt, die Versammlung nicht angemeldet und den Beamten einen angemessenen Platz verweigert zu haben. Er sollte weiter die Beamten beleidigt haben, indem er ihre Anwesenheit für Hausfriedensbruch erklärte. Dann sollte er zu einer kraftbaren Handlung dadurch aufgefordert haben, daß er nach der Auflösung zum Richtfortgehen aufgefordert habe. Ferner wurde ihm noch vorgeworfen, sich nach der Auflösung nicht rechtzeitig entfernt zu haben. Die bürgerlichen Zeugen bestätigten, daß eine rein private Zusammenkunft vorlag und Bartel insbesondere nicht zum Dabeisitzen, sondern ganz im Gegenteil zum Fortgehen aufgefordert hatte. Der Polizeikommissar Wilschki beschwore dagegen mit dem Schupmann, daß Bartel wiederholt zum Dabeisitzen aufgefordert habe. Dieser scharfe Widerspruch zwischen den Zeugen blieb unaufgeklärt. Das Gericht stellte fest, daß eine öffentliche politische Versammlung nicht vorgelegen habe. Das Recht zur Ueberwachung hatte die Polizei deshalb nicht. Wohl aber konnte sie, wenn sie schon einmal anwesend war, Handlungen auf Grund des Reichsvereinsgesetzes vornehmen. Etwaige Zuwiderhandlungen seien dann auch nach diesem Gesetz zu bestrafen. Bartel wurde von vier Anklagepunkten freigesprochen und nur wegen der angeblich nicht rechtzeitigen Entfernung verurteilt. Er wurde dann noch aus Anlaß der humoristischen Debatte wegen Beamteneidung bestraft. Seine Gesamtstrafe betrug 66 Mark. Ebenso hoch wurde der Arbeitersekretäre Gründlagen bestraft, weil er die Bemerkung von der chinesischen Revolution machte und sich ebenfalls nicht schnell genug entfernt haben sollte. Die weiteren fünf Angeklagten erhielten je 15 Mark wegen nicht rechtzeitiger Entfernung.

Da also, mit der chinesischen Revolution in Danzig ist's nicht, die ist aufgelöst und hat 206 M. Strafe bezurteilt.

Wahlfälschungen.

1. Der Tagelöhner Mathias Hagl wollte am 12. Januar im Schulhause in Wilberthshofen wählen, wurde aber, da er nicht in der Wählerliste stand, zurückgewiesen. Er begab sich ins Bezirksaus und erzählte dem Tagelöhner Engelbert Reinhart den Vorfall. Reinhart zeigte dem Hagl seine Karte und meinte, wenn er absolut wählen wolle, dann solle er seine Wählerkarte nehmen, denn er sei unter Nr. 420 in der Wählerliste eingetragen. Hagl nahm die Karte zu sich, begab sich ins Schulhaus, gab auf den Namen des Reinhart einen Stimmzettel ab und ging dann nach Hause. Als abends 7 1/2 Uhr Reinhart doch noch sein Wahlrecht ausüben wollte, zeigte es sich, daß auf seinen Namen schon gewählt worden war. Die Recherchen ergaben den oben mitgeteilten Sachverhalt. Hagl hatte sich darauf wegen Wahlfälschung, Reinhart wegen Beihilfe hierzu zu verantworten. Das Landgericht München I verurteilte Hagl zu 1 Woche, Reinhart zu 5 Tagen Gefängnis.

2. Der am Breslauer Stadttheater tätige Opernsänger Beeg wurde gestern wegen Wahlfälschung zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er am Tage der Reichstagswahl einen Vertreter zur Abgabe des Stimmzettels entfandt hatte. Der Vertreter wurde zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

In beiden Fällen liegt die Vermutung nahe, daß die Verurteilten das Bewußtsein des Törichtigen und Strafwaren ihrer Handlungswiese nicht hatten.

Versammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Eine Branchenversammlung der an Maschinen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, wie Hobler, Stoher, Fräser usw., fand am Sonntagvormittag in den Ruffner-Festsälen statt. Der Branchenleiter Frieß erstattete den Jahresbericht der Agitationskommission und besprach die zahlreichen kleinen und großen Kämpfe in der Metallindustrie, an denen die Maschinenarbeiter und -arbeiterinnen beteiligt waren, aber die sie für sich zu führen hatten. Unter den Angriffsbewegungen hob er die Tarifbewegung in der Gelbmetallindustrie hervor, die manchen guten Erfolg brachte. Unter den Abwehrkämpfen gedachte er besonders der Kämpfe bei Ludwig Loewe, die schon vor einem Jahre derselben Differenzen wegen ausbrachen, wie neuerdings wieder. 237 Werkstattbesprechungen fanden im Berichtsjahre statt; überall herrschte das Bestreben vor, die Lage zu verbessern und die Afford-

preise zu erhöhen. Der Redner rügte, daß in dieser Beziehung einem Beschluß der Branche nicht immer Rechnung getragen worden sei. Der Beschluß lautet dahin, daß in den einzelnen Betrieben, wo man eine allgemeine Erhöhung der Affordpreise wünscht, ein Vertreter der Branche bei den Besprechungen hinzuzuziehen ist. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ebenfalls in vielen Betrieben durchgeführt worden. Der Kampf gegen die Ueberstunden läßt oft auf Schwierigkeiten bei Arbeitern, die noch nicht den Schaden der Ueberzeitarbeit begriffen haben. — 19 Kommissions- und 10 Vertrauenswählerwahlen sowie 6 Branchenversammlungen fanden in der Berichtszeit statt. Die Zahl der Mitglieder hat sich vermehrt und ist von 14 386 im Jahre 1910 auf 16 952 im Jahre 1911 gestiegen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder des Verbandes, die meist dieser Branche angehören, hat sich von 7487 im Jahre 1910 auf 7848 im Jahre 1911 vermehrt.

In der Diskussion, die dem Bericht folgte, wurde hauptsächlich das Uebel der Ueberstunden besprochen. Während von der Verbandsleitung erklärte gegenüber verschiedenen Neuierungen, daß man es nirgends den Arbeitern zur Pflicht machen könne, Ueberstunden zu leisten. Im Gegenteil müßten die Ueberstunden, wenn irgend möglich, vermieden werden, besonders aber da, wo Tarifverträge bestehen. Häufig seien die Meister, die pro Stunde eine Mark erhalten, daran schuld, wenn Ueberstunden nötig erscheinen.

Unter Verbandsangelegenheiten wurde über die „Notwendigkeit“ der Nachtschichten, die man nur für Ausnahmen anerkannte, viel diskutiert. Wo man Nachtschichten einführt, ist häufig noch nicht einmal die erste und zweite Schicht voll besetzt. Manche Nachtschichten lassen Nachtschichten arbeiten der Kellame wegen. Die Arbeiter fürchten alle die Nachtarbeit, weil sie ihre zerstörende Wirkung für die Gesundheit kennen. Wo die Arbeiter zur Nachtarbeit verpflichtet werden, sollen sie ihre Brandeneitung sofort in Kenntnis setzen.

Lebhaft besprochen wurde noch die Taktik großer Firmen, eine Reihe der besten Arbeiter als Wochenlöhner auf 14 Tage Kündigung zu engagieren, gleichsam als eine Art Versicherung gegen plötzlich ausbrechende Streiks und Aussperrungen. Die Arbeiter wollen ihre Augenmerk darauf richten und werden sich demgegenüber so verhalten, wie es zweckentsprechend erscheint, um sich vor Schaden zu bewahren; denn die besten Arbeiter sind in der Regel auch Verbandsmitglieder, die keine Streitarbeit verrichten dürfen.

Die vorgenommenen Neuwahlen ergaben die Wiederwahl des Branchenleiters und der Agitationskommission, resp. die Ergänzung der letzteren durch zwei neue Mitglieder.

Briefkasten der Redaktion.

7. N. 3. 1. 27. September 1911. 2. Teil 26. September 1910. 3. und 4. Durch 2 erledigt. — S. N. 38. Sie können mit Wirkung zum 1. Mai ankündigen; spätestens am 15. d. M. muß der Vermieter im Besitz der Kündigung sein. — S. N. 2100. Erkundigen Sie sich bei der Sparkasse. Jedemfalls erscheint das ungewöhnlich. — S. N. 100. Das ist zulässig, geschieht aber äußerst selten. — S. N. 1000. Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, wo der Vater unmittelbar nach Eingebung der zweiten Ehe gewohnt hat. — S. N. 117. Das ist zulässig. — C. Z. 88. In der Regel nicht. — G. B. 52. Ja, sofern das Einkommen der Frau mitveranlagt ist. — S. N. 500. Die Eingebung der Ueberforderung nebst den Vollstreckungskosten ist sofort zulässig; die Prozesskosten müssen vorher festgelegt werden. — A. D. 100. Erst wenn der Ueberforderung eingetreten ist, kann deswegen Ermäßigung beantragt werden. Das Fahrgehalt ist in der Regel nicht abzugsfähig. — B. D. 18. Bei einer Fahrermiete von mehr als 300 M., progressiv steigend bei höheren Werten. — R. M. Nr. 10. 1. Nein, das Einkommen des abgelaufenen Kalenderjahres. 2. Nein. 3. Ja, wenn Sie den Artikel „Steuerfragen“ in der Nummer des „Vorwärts“ vom 17. März. — Rixdorf 76. Die Klage hat Aussicht auf Erfolg. — S. N. 40. 1. und 2. Nein. — C. B. Stockholm. Ohne Einigung mit der geschiedenen Frau erscheint ein neues Verbot ausfindiglos. — S. N. 100. Zwei Stufen. — S. N. 1888. 1. E. nein. — S. N. 46. Sie haben Anspruch auf die Hälfte des Reinverdienstes. Falls Sie Ihre Behauptungen beweisen können, hat eine Klage Aussicht auf Erfolg. — S. N. 14. Für die Schriftsätze können Sie Gebühren nicht verlangen. — C. M. 30. Die Veranlagung ist zu Recht erfolgt, wenn der Steuerzahler dem mutmaßlichen Einkommen im Steuerjahre entspricht. — A. B. 1886. Nein. — S. N. 110. 1. und 2. Nein. 3. Ja. 4. Wenden Sie sich an die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 89. — S. N. 99. Nein, Sie können aber auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagen. Die Klage ist durch einen Rechtsanwalt anhängig zu machen. — Veitsh. Einer für Alle. Der Versuch kann gemacht werden. Eine Verpflichtung dazu hat die Landesversicherungsanstalt nicht. — S. N. 90. 1. Januar 1891.

Marktbericht von Berlin am 2. April 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—54,00. Erbsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 8,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,00. Hammelfleisch 1,30—2,30. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,20—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 0,00—2,40. Hase 1,80—3,20. Hander 1,60—3,60. Fische 1,40—2,60. Barfische 1,00—2,00. Schote 1,60—3,20. Riese 0,80—1,40. 60 Stück Kresse 4,00—30,00.



Der neue Weg,
aufsparsame Weise
zu einem guten Kaffee-
Getränk zu kommen:
Trinken Sie „Kornfranck“!

2

Möbel auf Kredit!

**Ganze Einrichtungen
sowie Ersatzstücke.**

Polsterwaren, Teppiche,
Portieren, Gardinen,
Berten, Tisch-, Bett-,
Steppdecken
etc.

C. Wachsmann & Co.

Reinickendorfer Straße 35, Ecke Ravené-Straße, neben der Feuerwache.

**Herren-
Damen- und
Kinder-Konfektion**

Kinderwagen

Schuhwaren

Alles auf Teilzahlung.

Anzahlung schon von 5 Mark an. Abzahlung von 1 Mark an.

Verkäufe.

Teppiche! (Lehrerbücher) in allen Größen... Verkauft für die Hälfte des Wertes... Teppichlager... Vorjährige elegante Herrenanzüge... Normales Leder erhalten zum... Räumungspreise... Neubau... Teppich-Thomas... Grundbegriffe der Politik... Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im... Kinderwagen, Teilszahlung... Herrenhüte... 30 Prozent Rabatt... Teppiche mit Farben... Salonplüsch... Gardinen, Fabrikreste... Totalverkauf... Tuch- und Plüschportieren... Steppdecken... Tischdecken... Gardinen... Kleiderwagen... Sommerfeld... Klappportwagen... Herrenhüte... Teppiche... Väterhoff... Tischdecken... Gardinen... Billig, billig, billig!... Betten... In freien Stunden...

30 Prozent Rabatt... Gardinen, Fabrikreste... Tischdecken... Kleiderwagen... Herrenhüte... Teppiche... Väterhoff... Tischdecken... Gardinen... Billig, billig, billig!... Betten... In freien Stunden...

Reinigungs... Möbel, Kleiderschrank... Möbel-Geliebten... Fahräder... Bilder... Patentanwalt... Vermietungen... Wohnungen... Zimmer... Schlafstellen... Arbeitsmarkt... Stellengesuche... Stellenangebote... Kaufgesuche... Arbeiter auf Tuchgarnaschen... C. Riese, Kochstr. 53... Grundrmeister... Achtung! Holzarbeiter... Unterricht... Verschiedenes...

Reinigungs... Möbel, Kleiderschrank... Möbel-Geliebten... Fahräder... Bilder... Patentanwalt... Vermietungen... Wohnungen... Zimmer... Schlafstellen... Arbeitsmarkt... Stellengesuche... Stellenangebote... Kaufgesuche... Arbeiter auf Tuchgarnaschen... C. Riese, Kochstr. 53... Grundrmeister... Achtung! Holzarbeiter... Unterricht... Verschiedenes...

Reinigungs... Möbel, Kleiderschrank... Möbel-Geliebten... Fahräder... Bilder... Patentanwalt... Vermietungen... Wohnungen... Zimmer... Schlafstellen... Arbeitsmarkt... Stellengesuche... Stellenangebote... Kaufgesuche... Arbeiter auf Tuchgarnaschen... C. Riese, Kochstr. 53... Grundrmeister... Achtung! Holzarbeiter... Unterricht... Verschiedenes...

Reinigungs... Möbel, Kleiderschrank... Möbel-Geliebten... Fahräder... Bilder... Patentanwalt... Vermietungen... Wohnungen... Zimmer... Schlafstellen... Arbeitsmarkt... Stellengesuche... Stellenangebote... Kaufgesuche... Arbeiter auf Tuchgarnaschen... C. Riese, Kochstr. 53... Grundrmeister... Achtung! Holzarbeiter... Unterricht... Verschiedenes...

Aus der Frauenbewegung.

Die Puppe.

Den meisten Müttern und vielen Vätern erscheint heute noch die Puppe als das selbstverständliche Spielzeug des Mädchens. Und doch sind dagegen soziale berechtigte Einwände zu erheben, daß man zum mindesten verlangen muß, die Puppe dürfe unter den Spielsachen des Mädchens nicht mehr an erster Stelle stehen. In ihrem kürzlich erschienenen Buche „Das Alltagsweibliche“ hat Hulda Maurenbrecher die Haupteinwände gegen die Alleinherrschaft der Puppe treffend zusammengestellt.

Eine der wichtigsten Anforderungen an das Spiel ist, daß es dem Kinde Gelegenheit zum eigenen Gestalten gebe. Daher die große erzieherische Bedeutung von Spielmaterialien wie Sand, Wasser, Holz, Papier, Lehm, Plastilin, Korben, Bausteinen. Die Puppe aber läßt sich nicht zerlegen und wieder zusammensetzen, ja oft nicht einmal baden, an- und ausziehen oder säumen.

Das Wesen vieler Kinderspiele besteht in der Nachahmung der Umgebung, und gewiß ist das auch beim Puppenspiel der Fall. Aber hier beschränkt sich die Nachahmung einzig auf den Kreis der Tätigkeiten von Mutter und Kind, wobei noch zu bemerken ist, wie wenig Phantasie es bedarf, das Alltägliche der Umgebung nachzumachen. Den Jungen dagegen setzen seine Spiele und Spielsachen in Beziehung zu den weiten Gebieten des öffentlichen Lebens, und so entsteht in ihm früh eine Art Bild der Welt mit ihrem Reichtum an Naturerzeugnissen und Produkten menschlicher Tätigkeit, und die Teilnahme an den Dingen der sozialen Gemeinschaft reift mit Selbstverständlichkeit in ihm heran, indes die Puppe des Mädchens Gedanken nur auf zwei Dinge lenkt: das künftige Kind und die künftige Küche.

So spielt sich das Mädchen in die engen Alltagsorgen hinein. Und es wäre ganz falsch, dem gegenüber von der Erziehung zur „Mütterlichkeit“ schwärmen zu wollen; denn die Pädagogik vermeidet es sonst gerade, Gefühle mit sexueller Färbung vor der körperlichen Reife noch besonders zu wecken und zu pflegen. Es ist auch keineswegs der Beweis zu erbringen, daß etwa das kleine Mädchen selbst nach der Puppe verlange; denn dieser Wille ist ja nicht frei, sondern steht unter dem Einfluß der gesamten Umgebung.

Hulda Maurenbrecher scheint allerdings ihre Forderung einer starken Einschränkung des Puppenspiels mit allgemein-pädagogischen Gründen zu belegen. Man vermischt den Hinweis darauf, daß für eine kleinbürgerliche Gesellschaft, in der die Tätigkeit der Frau in der Tat auf das Haus beschränkt ist, die Puppe ein ideales Spielzeug für Mädchen ist. Die wirtschaftliche Revolution hat die Frau als Gefährtin (häufiger Konkurrentin) neben den Mann auch im außerhäuslichen Produktionsprozeß gestellt, sie revolutioniert auch die Küche, und so entsteht — ja, B. auch bei Hulda Maurenbrecher — der Wunsch nach einem Frauengefährtin, das nicht mehr unter dem Pfland der „Mütterlichkeit“ gegenüber den Männern steht, seiner „Alltagsweiblichkeit“. Diese Revolution verachtet auch nicht das scheinbar so unschuldige Kinderspiel, denn das Kind ist ja nach einem tiefen Worte „des Mannes Vater“. Wer eine Zeit kommen sieht und sie ersehnt, in der auch die Arbeit der Frau nicht isolierte Hausarbeit, sondern organisierte öffentliche Arbeit ist, muß auch für unsere Mädchen Spiele verlangen, welche die Dinge und Organisationen des sozialen außerhäuslichen Lebens zum Hintergrunde haben. Und die Puppe wird ihre Vorrangstellung unter den Mädchenspielsachen notwendigerweise verlieren.

Frau A. Hiloskova, die älteste Vorkämpferin der russischen bürgerlichen Frauenbewegung, ist im Alter von 75 Jahren am 30. März verstorben. Aristokratischen Kreisen entstammend und an einen hohen Beamten (Generalstaatsanwalt) verheiratet, entging ihr doch nicht das Schicksal, Ende der 80er Jahre wegen ihrer Propaganda verbannt zu werden. Nach ihrer Rückkehr unter Alexander II. widmete sie sich erneut den Bestrebungen der bürgerlichen Frauenemancipation.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Lebensbilder führender Frauen. Unter diesem Titel veranstaltet der Verein Frauenwohl im April einen Vortragszyklus. Es werden behandelt neben Frauen der Vergangenheit von führenden Frauen der Gegenwart: Carry Chapman Catt, Präsidentin des Weltbundes für Frauenstimmrecht, und aus der deutschen Frauenbewegung: Helene Lange, Clara Zetkin (Referentin M. Cauer), Minna Cauer. Als Referentinnen sind fast durchweg Frauen gewonnen, die durch ihr Wirken zu den Nachfolgerinnen der behandelten Vorkämpferinnen gehören, u. a.: Anna Pappritz, Frau Cauer, Elise Lüders, Frau Regina Deutsch. Der Preis beträgt für Gäste 2 M., Einzelvorträge 50 Pf.

Versammlungen.

Mißstände bei der Firma Schwarztopf. Die Arbeiter der Firma Schwarztopf, Scheringstraße, sind sehr unzufrieden mit den Zuständen, die in diesem Betriebe herrschen, und es ist ihnen nicht möglich, durch den Arbeiterausschuß ihren Beschwerden Gehör zu verschaffen, da die Rechte des Ausschusses sehr beschränkt sind und in Lohnfragen überhaupt nicht anerkannt werden. In einer gutbesuchten Betriebsversammlung, die am Dienstagabend in der Buchbrauerei, Chausseestraße, stattfand, referierte A. B u s c h i e vom Deutschen Metallarbeiterverband über die Mißstände im Betriebe und kritisierte das Verhalten der Direktion gegenüber den zahlreichen Wünschen und Beschwerden der Arbeiter. Er legte seinen Ausführungen zum Teil das Protokoll einer Sitzung der Vertreter der Firma mit dem Arbeiterausschuß zugrunde. Alle wesentlichen Anträge des Ausschusses wurden einfach abgelehnt.

Von der Bewährung eines Urlaubs für Arbeiter, die das ganze Jahr hindurch fleißig der Firma gebient haben, will die Direktion nichts wissen. Eine Erweiterung der Rechte des Ausschusses, besonders in bezug auf Lohnfragen, wird mit der Motivierung abgelehnt, daß dies „den Statuten“ widerspricht. Die Arbeiter wünschen eben eine Änderung dieser Statuten. Sehr unangenehm berührt hat die Antwort der Direktion auf die Frage: Wo bleiben die Kantinenüberschüsse? Die Direktion antwortete: „Eine Rechnungslegung über die Verwendung der Kantinenüberschüsse zu Wohlfahrtszwecken wird nicht beabsichtigt“; die Direktion begnügt sich mit der Versicherung, daß nicht nur diese Beträge, sondern ein erhebliches Vielfaches derselben unteren Schichten zugewendet wird.“ — Aber die Arbeiter begnügen sich nicht mit dieser Versicherung; sie wiederholen nicht nur diese Frage, sondern fügen noch die Frage nach der Verwendung der Strafgeelder hinzu. Auf die Anregung, den Schnaps aus der Kantine zu verbannen, antwortete die Direktion: „Der Erlaß eines Schnapsverbots wird nicht beabsichtigt, vielmehr den Arbeitern anheimgegeben, durch Enthaltung von Alkohol selbst einen Rückgang des Konsums herbeizuführen.“

B u s c h i e brachte eine lange Reihe von Beschwerden aus den einzelnen Abteilungen vor. Die Lohnverhältnisse lassen besonders bei den Hilfsarbeitern viel zu wünschen übrig. Er verlas eine Lohnabelle, die folgende Ziffern zeigt: 1 Arbeiter, vielleicht der älteste im Betriebe, erhält 32 Pf. Stundenlohn, 2: 35 Pf., 3: 37 Pf., 4: 38 Pf., 5: 39 Pf., 6: 40 Pf., 7: 42 Pf., 8: 43 Pf., 9: 44 Pf., 10: 45 Pf., 11: 46 Pf., 12: 47 Pf., 13: 48 Pf., 14: 49 Pf., 15: 50 Pf. Dabei besteht eine sehr lange Arbeitszeit; 80 bis 90 Stunden pro Woche ist keine Seltenheit. Die Kesselheizer und das Feuerungspersonal beklagen sich über unerträglich lange Arbeitszeit; zum Beispiel müssen die Feuerleute abwechselnd von Sonntag mittag 12 Uhr bis Montag früh 6 Uhr, also 18 Stunden hintereinander, arbeiten und ohne Lohnzuschlag. Ueberhaupt wird das Ueberstundenbüßen sehr gefördert, leider ohne bei den Arbeitern auf energisches Widerstand zu stoßen. Mit recht eindringlichen Worten ermahnte der Redner die Anwesenden, gegen die Schäden der Ueberzeitarbeit, die er eingehend schilderte, den Kampf aufzunehmen. Alle Mühe um Verbesserung der Lage sei nutzlos, wenn die Arbeiter in diesem Punkte nicht selbst ein Eingehen haben. — Rauscherei Beschwerden werden geführt über die verhängten Strafen. In der Kesselberei bestehen Strafen von 3 bis 300 M. für nicht gut geratene Arbeit. Nun sollen aber die technischen Einrichtungen in der Kesselberei nicht einem modernen Betrieb entsprechen; unter anderem sollen ganz alte Drehbänke vorhanden sein, so daß es schwer hält, sie gut geratene Arbeit zu leisten. Sehr schlecht wird die gesundheitsgefährliche Arbeit des Kesselschleifens und Polierens bezahlt, hier fehlt es auch an wirklichen Staubabzugsvorrichtungen. Klagen aus vielen Abteilungen zeigen, daß die hygienischen Einrichtungen vielfach mangelhaft sind, sogar an gutem Trinkwasser fehlt es, was um so mehr Unwohlsein erregt hat, als man für die Pferde Sorge trägt, daß sie gutes Wasser erhalten. Aus der Schmiede und aus der Gießerei wurden ebenfalls viele Beschwerden vorgebracht. Die Meister Schade und Brühmayer haben sich durch rigoroses Verhalten sehr unbeliebt gemacht.

Der Referent wies auf die Notwendigkeit einer besseren Organisation hin und forderte, daß die Arbeiter dafür eintraten, die Stellung des Ausschusses zu befestigen und seine Rechte zu erweitern.

In der Diskussion wurde diesem Verlangen durchaus beigestimmt. Man bestätigte von allen Seiten die Wichtigkeit der Ausführungen des Referenten. Schluß vom Verband der Schmiede und Krudt vom Deutschen Transportarbeiterverband (für die Hilfsarbeiter) nahmen ebenfalls das Wort und wandten sich gegen mancherlei Mißstände, deren Beseitigung vielfach von dem einigen und geschlossenen Vorgehen der Arbeiter abhängt.

Die Versammlung beschloß, zum Zeichen des Protestes den Arbeiterausschuß zurückzuziehen und eine Kommission zu wählen, die der Direktion die Gründe zu dem verlangten Rücktritt des Ausschusses darlegen und zugleich Vorschläge zu einer Statutenänderung machen soll, damit die Rechte eines neuen Ausschusses erweitert werden. In diese Kommission wurden gewählt je ein Vertreter des Schwachmaschinenbaues, des Torpedobaues, der Schmiede, der Metallgießerei und der Hilfsarbeiter überhaupt.

Ein weiterer Beschluß der Versammlung zielte auf einen Boykott der Kantine, doch wurde die Angelegenheit vorerst noch den Vertrauensleuten überwiesen. Die Versammelten hofften, daß die Direktion den Wünschen der Arbeiter mehr entgegenkommen als bisher zeigen werde.

Eingegangene Druckschriften.

- Der Kardinal. Bekenntnisse eines Klerikers. Von E. Kästner. Brosch. 4 M. G. Müller, München.
- Von allen Zweigen. Sammlung deutscher Gedichte. Ausgewählt von H. Krenz, G. Handl und R. Köhler. Leinenband 1,80 M. — **Am Niederrhein der Völker.** Die halbjährliche Vierteljahrsschrift der sozialdemokratischen Partei Bayerns. Für den Buchhandel zu beziehen von der Süddeutschen Volksbuchhandlung, München, Sendlingerstraße 20.
- Der Kreuzweg. Roman von R. Ball. 6 M. — **In Bluffland.** Roman von Rene Haase. 4 M. — **Thomas Ringwald.** Roman von G. Stegmann. 4 M. — **Es bleibet u. Co.** Berlin, Unterstr. 16.
- Die gynäkologische Prophylaxe bei Wahnstun. Von Prof. Dr. L. R. Böhm. 3 M. D. Sobieski, Berlin W. 30.
- Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse. Von R. Kappel. 2 M. Bremer Wärend-Verlag, Bremen.
- Charlottenburger Statistik. Heft 23: Schulstatistik 1911. 105 S. — Heft 24: Stand und Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1909 und 1910. 230 S. — Heft 25: Die berufliche und soziale Gliederung der Charlottenburger Bevölkerung. 107 S. — Heft 26: Das Charlottenburger Gewerbe. 53 S. — Sämtlich herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt. Kommissionsverlag H. Ulrich u. Co., Charlottenburg.

Der echte Hämorrhoidal-Likör
(Das Elixier des langen Lebens)
alterprobt zur Vermeidung von Verstopfung und daraus entstehenden Beschwerden, besonders bei Personen mit flüchtigen Lebensweise. Flasche M. 1.— u. 1.50.
50...
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

Zöpfe.
Wirklich reelle Ware. Größte Auswahl zu den allerbilligsten Preisen.
Otto F. Kafka, Neukölln, Erkstr. 3.
Zöpfe- und Perückenfabrik.

Strickwolle
Engros-Preise. Strumpfwollen und Stoffe, große Auswahl, spottbillig.
Mad. Westfalstraße 16. Hol part.
Vorzugsweise erhält 10 Proz.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).
Soeben erschien: 246/30
Die Wertuachsteuer.
Reichsgesetz vom 14. Februar 1911.
Von Albert Südekum.
(Heft 12 der Sozialdemokratischen Gemeindepolitik.)
Preis 1 M.
Verbandsausgabe 40 Pf.

KREDIT geben wir
hocheleg., schicke Kostüme, Ulster, Seldemäntel, Rüsche u. Blusen, auch
grosse Auswahl an Herren-Ulster
PALETOTS, ROCK- und JACKETT-ANZÜGE
Jedermann
Kredit! Kleinsto Anzahlung von Kredit!
M. 5.00 an
Kompl. Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzelne
Möbel, bunte Küchen, Polsterwaren, Teppiche
Kaufhaus zum Rollkrug
Hermannstr. 257 NEUKÖLLN Berliner Strasse 1

Großes Spezial-Geschäft für Damen-Putz
Neukölln, Berliner Straße 51/53. * Berliner Straße 51/53, Neukölln.
Größte Auswahl in Damenhüten, Kinderhüten, Trauerhüten
vom feinsten bis zum billigsten Genre. Streng reelle Bedienung.

Teppich-Thomas ist umgezogen
von Oranienstraße 160 nach Neubau Oranienstraße 126, gegenüber dem Waldeckpark.
II. Geschäft: Rosenthaler Straße 54, Springbrunnenhaus.
Bis 1. Mai in beiden Geschäften 5% Extrarabatt.

HMV

stellt sich unter die direkte Kontrolle des kaufenden Publikums und ist jederzeit durch Vorlage ihrer Berechnung des Selbstkostenpreises in der Lage, den Nachweis zu führen, daß der Nutzen tatsächlich nur 10 % beträgt.

Der Selbstkostenpreis wird festgestellt

durch den Netto-Einkaufspreis zuzüglich der Miete- und Geschäftskosten. Diese offene Kundige Verkaufsart gibt Ihnen die beste Gewähr, keine willkürlichen Preise zahlen zu müssen.

Der Herren-Moden-Vertrieb

zum Selbstkostenpreis + 10 % Nutzen

Charlottenburg, Wilhelm-Platz

Eingang Spreestr. 48, I. Etage, direkt am Untergrundbahnhof Wilhelm-Platz empfiehlt für Frühjahr und Sommer

aus der Abteilung fertiger Herren-Garderobe

Jackett-Anzug „Paris“ . . . Selbstkostenpreis M. 35.63
 Jackett-Anzug „Ulm“ . . . Selbstkostenpreis M. 42.50
 Ulster „Famos“ . . . Selbstkostenpreis M. 25.00
 Ulster „Engadin“ . . . Selbstkostenpreis M. 29.38

Abteilung für Anfertigung nach Maß

Jackett-Anzug „Tunis“ . . . Selbstkostenpreis M. 58.75
 Jackett-Anzug „Genie“ . . . Selbstkostenpreis M. 69.70
 Jackett-Anzug „Lausanne“ . . . Selbstkostenpreis M. 77.38
 (seht engl., hochapart)

Auf Wunsch Vertreter-Besuch mit reichhaltiger Muster-Kollektion zur Maß-Anfertigung.

Telephon Amt Charl. 420.

Einsegnungs- und Verlobungs-Geschenke.

Riesenauswahl, anerkannt billige Preise in



Uhren und Goldwaren

bei **Werner & Fleckinger**

Neukölln, Hermannstraße 65.

Spezialität: Trauringe. 1 Duk. schwer M. 10
 2 „ „ „ 20
 Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Rabatt.

HERREN KNABEN KLEIDUNG

S. LEVY, CHARLOTTENBURG

SCHARRENSTR. 36.

MÖBEL

Wir bieten soliden Leuten Gelegenheit zur leichten Anschaffung von einzelnen Stücken und ganzen Einrichtungen, speziell für Ein- und Zweizimmer-Wohnungen. **Mäßige Anzahlung, kleine monatliche Raten.** Unsere Preise sind an jedem Stück deutlich vermerkt und bei weitem **niedriger**, als sonst bei Teilzahlungskäufen üblich. **Diskrete Lieferung, keine Einkassierer.** — Durch Lieferung nur dauerhafter Möbel und kulantes Entgegenkommen bei Zahlungsstockungen ist unser Geschäft in fünfzehnjährigem Bestehen ausschließlich durch Weiterempfehlung seitens unserer Kundschaft von Jahr zu Jahr gewachsen. Jeder Versuch bei uns führt zu dauernder Kundschaft.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvenslebenstraße 6 Laden, I. und II. Etage.
 dicht an der Potsdamer Straße.
 Sonntags geöffnet.

Ganze Wohnungsanordnungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter, gediegender Arbeit empfiehlt **W. Lambrecht**, Berlin SW., Simeonstr. 19.

Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

Steglitz-Gr.-Lichterfelde. Steglitz-Gr.-Lichterfelde.
 Fernsprecher: Gr.-Lichterfelde 691.

Birkenwäldchen-Restaurant.

Inhaber: **Georg Martin**, genannt der „Birkenwirt“.
 5 Minuten vom Bahnhof Steglitz, Endstationen der Linien F, E, D,
 W. V. 99, Händelplatz.

Neu renoviert! Elektr. Beleuchtung! Neu renoviert!
Wunderbarer Naturgarten.

3000 Sitzplätze.
 Kaffeefläche. — Großer Tanzsaal. — 3 große Kegelbahnen.
 Sommerhalle. — Kinder-Spielplätze. — Gr. Rummelplatz.
 Gute Speisen. — Gut gepflegte Getränke.

Es ladet ergebenst ein „Der Birkenwirt“ **Georg Martin**.

Möbel liefert an jedermann **auf Kredit** (mit weitester Rücksichtnahme bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit) bei **bescheidenster Anzahlung** **Paul Neugebauer Nachf.**, Wilmersdorfer Str. 31, Charlottenburg.

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78
 Herren- u. Knaben-Bekleidung



Ulster

ein- und zweireihig

Mark 26.- 30.- 34.-
 38.- 42.- 46.- 50.-

Anzüge

Mark 22.- 26.- 30.-
 36.- 40.- 44.- 48.-

Vorzügliche Stoffe
 Neueste Dessins
 Hervorragende Paßform

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft

Karfreitag 12-2 Uhr geöffnet.



Nicht für Wiederverkäufer.
 Nur solange Vorräte reichen.

Mehl

II. Weizenmehl	Pfd. 17 Pl. m. 10 Proz. Rahatm., also netto ca. 15 Pl.
feinstes Kaiseranzug	19 „ 10 „ „ „ „ 17 „
allerf. Viktoria-Auszug 5 Pfd.-Beud. 105 „	10 „ 10 „ „ „ „ 95 „
„ „ „ 10 „	210 „ 10 „ „ „ „ 189 „

Zucker

gemahlen . . . Pfd. 28 Pl. mit 10 Proz. Rahatmarken, also netto ca. 25 Pl.

Eier

schöne frische, Stück 6 Pl. mit 10 Proz. Rahatmarken, also netto ca. 5 1/2 Pl.

Speck

feiner Rückenspeck, Pfd. 66 Pl. mit 10 Proz. Rahatmarken, also netto ca. 59 1/2 Pl.

Hefe

täglich frisch, Pfd. 58 Pl. mit 10 Proz. Rahatmarken, also netto ca. 52 Pl.

Ia. Bratenschmalz	Pfd. 54 Pl.	} ohne Rabatt
Ia. Rohschmalz	Pfd. 52 Pl.	

Reik, Neukölln.